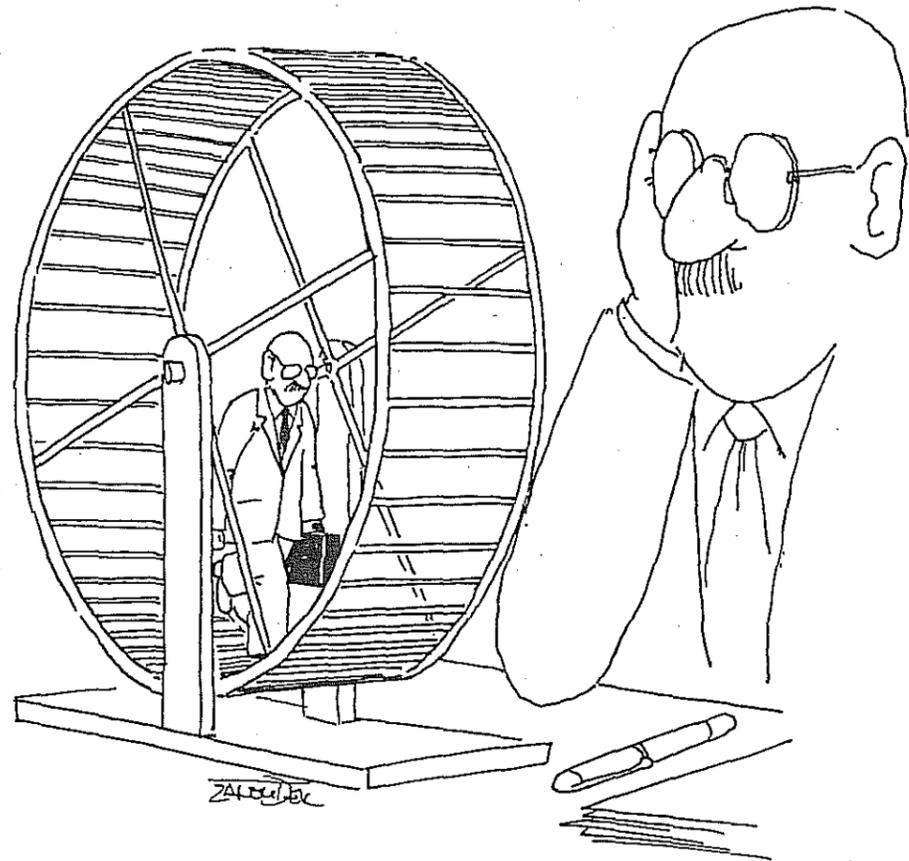


Ein oder zwei (?)
Soziologe bei der Arbeit!

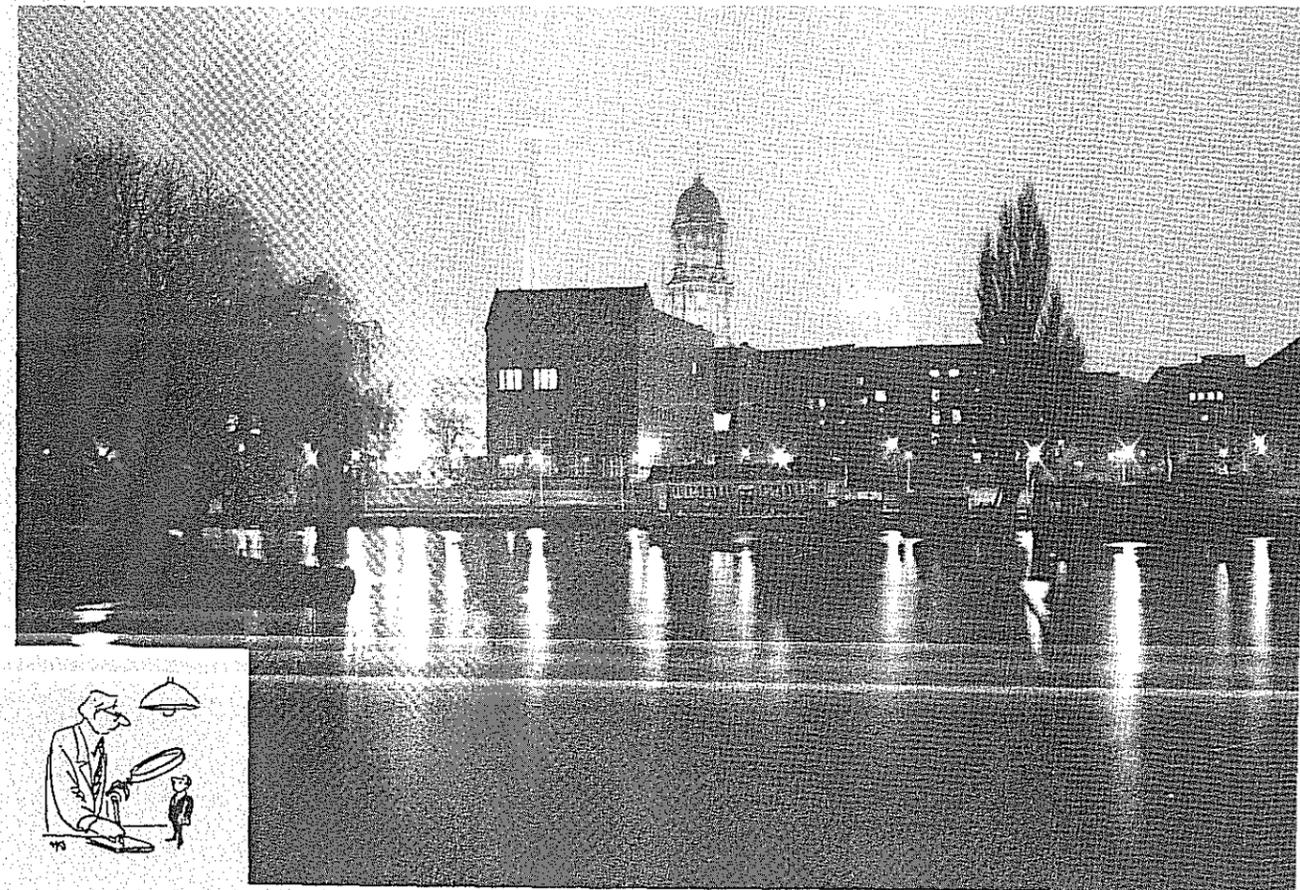


Peter Zaloudek

Süddeutsche Zeitung 1./2.12.1190

Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

5. Jg. Nr. 2
Dezember 1990



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für
Soziologie von Wendelin Strubell, Bonn

Anmerkungen des Herausgebers

Dieses Heft dokumentiert vor allem die Beiträge der Sektionsveranstaltung auf dem Frankfurter Soziologentag zum Thema "Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und -politik in Osteuropa". Dies war ein Versuch der Bestandsaufnahme der Entwicklungen in Osteuropa aus der Sicht von Stadtsoziologie. Die dort ablaufenden "Großexperimente" sollten an sich für empirisch arbeitende Sozialwissenschaftler, aber auch für theoretisch orientierte, der gegenwärtige Forschungsgegenstand sein.

Auch die Sektion wird sich damit in der ersten gemeinsamen Veranstaltung mit der Schwester-Sektion der ehemaligen DDR im Frühjahr in Weimar beschäftigen. Viele Umbrüche werden uns noch ins Haus stehen. Dies betrifft insbesondere auch die Absicherung des Faches Soziologie an den Universitäten der ehemaligen DDR, vor allem aber auch die personelle Besetzung. Tendenzen des Aufbaus und der Auflösung laufen dabei parallel. Um nur ein Beispiel zu nennen. Zukünftig wird es die "Informationen zur soziologischen Forschung" herausgegeben von der Zentralstelle für soziologische Information und Dokumentation (als Nachfolgeorganisation der ehemaligen Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) über das Heft 6.1990 hinaus nicht mehr geben. Dies ist zu bedauern, aber eben auch ein Teil der Altlasten. Andererseits ist inzwischen ein "Berliner Journal für Soziologie" (verlegt beim Akademie-Verlag in Berlin) ins Leben gerufen worden. Altes stürzt, Neues entsteht. Hoffentlich bleibt die Kontinuität unseres "Blättchens", auch wenn es zukünftig etwas teurer werden wird, erhalten.

Wendelin Strubelt

Bonn, im Januar 1991

P.S.: Ich weise darauf hin, daß ich nur noch Material zur Veröffentlichung akzeptieren kann, das reproduktionsfähig ist. Mir ist es nicht möglich, schlecht kopierte oder nicht reproduktionsfähige Texte neu schreiben zu lassen. Sie werden zukünftig ohne zusätzliche Informierung meinerseits an die Absender - nolens volens - in den Papierkorb wandern. Dafür bitte ich um Verständnis und Beachtung.

W. St.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 30. April 1991

Schicken Sie Ihre Beiträge bitte an die folgende Adresse der Redaktion:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30

5300 Bonn 2

I. <u>Berichte und Ankündigungen aus der Sektion</u>	
- Bericht von der Mitgliederversammlung der Sektion am 11.10.1990	3
- Leseliste	7
- Dokumentation der Sektionsveranstaltung "Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und -politik in Osteuropa"	12
-- Michal Illner: Zwischen Ökonomie und Neofeudalismus	12
-- Bernd Hunger: Neue Orientierungen im Städtebau der neuen Bundesländer - Hemmnisse und Chancen	20
-- Jiri Musil: Was wird sich an der Stadtentwicklung unter den neuen Bedingungen ändern?	25
-- Kazimierz Z. Sowa: Die Entwicklung Krakaus unter der Planwirtschaft	32
- Bericht über das Treffen der Arbeitsgruppe der Frauen in der Sektion	42
- Presseerklärung zum POWER-Workshop "Frauenplan"	50
II. <u>Berichte / Informationen / Hinweise</u>	
- Erläuternde Unterlage zum Habilitationsvortrag von Hans Hovorka	52
- Code of Ethics der American Sociological Association	59
- Forschungsprogramm des Institute of Sociology in Prag	64
- Kongreß-Ankündigung	71
- Vorträge und Tagungen der Universität Dortmund	72
III. <u>Forschungsprojekte</u>	
- Universität Hannover / Bauakademie Berlin	73
- Universität Hannover / FernUniversität Hagen / Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar	74
- Universität Dortmund	74
- Wohnforum München gGmbH	75
IV. <u>Lehrveranstaltungen</u>	
- Universität Dortmund	81
V. <u>Literatur-Hinweise</u>	
- Diverse Literaturhinweise	82
- Universität Dortmund	85
- Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek	86
- Literaturhinweise zum Thema "Frauen"	96

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Hartmut Häußermann

*Bericht von der Mitgliederversammlung der Sektion
am 11. Oktober 1990 in Frankfurt/M.*

1. Kooperation der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) mit der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der Gesellschaft für Soziologie (GfS, ehemalige DDR)

Am Tag vor der Mitgliederversammlung hatten sich die Sprecher der Sektion mit Mitgliedern des Vorstandes der GfS-Sektion getroffen, um über die zukünftige Arbeit im Bereich der vereinigten deutschen Staaten zu sprechen. Bei diesem Gespräch haben wir vorgeschlagen, die Organisation der beiden Sektionen den nun geschaffenen politischen Realitäten anzupassen und möglichst rasch eine Fusion zu vollziehen. Dies wurde von den Vertretern der GfS-Sektion ohne Vorbehalte akzeptiert und begrüßt. Daraufhin vereinbarten wir folgendes Vorgehen, um die beiden Sektionen zu vereinen:

- Über den Fusions-Vorschlag wird auf Mitgliederversammlungen der jeweiligen Sektionen diskutiert und beschlossen; die DGS-Sektion tat dies am folgenden Tag in Frankfurt, die GfS-Sektion wird dies Ende November bei ihrer Tagung in Rostock tun.

- Die schon seit April 1990 vereinbarte gemeinsame Sektionstagung wird am 26./27. April 1991 in Weimar oder Dessau stattfinden und Gelegenheit zu gemeinsamer Diskussion und zu weiterem Kennenlernen bieten.

- Die Fusion wird durch die gemeinsame Wahl eines Sprechergremiums auf der Sektionstagung im Herbst 1991 vollzogen.

Die Mitgliederversammlung der DGS-Sektion hat am 11. 10. 1990 diese Vorschläge ohne Gegenstimme angenommen. Gleichzeitig wurde die Wahlperiode des jetzigen Sprecher-Gremiums, die im Frühjahr 1991 abgelaufen wäre, bis zum Herbst 1991 verlängert.

Da diese Vorgehensweise von derjenigen des Vorstandes der DGS abweicht (vgl. den abgedruckten Beschluß), soll sie hier noch einmal begründet werden:

Der politische Prozeß seit Oktober 1989 hat Realitäten geschaffen, die auch Wissenschaftler nicht ignorieren können. Die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Regionen Deutschlands werden sich aller Voraussicht nach rasch einander angleichen.

Bei der Organisation von Forschung und Lehre, beim Auf- und Ausbau von Forschungsmöglichkeiten und bei der Einrichtung von funktionierenden Institutionen für wissenschaftliche Kommunikation sind Kooperation und gegenseitige Unterstützung nun sehr wichtig. Das Aufrechterhalten von verbandlichen Grenzen oder Sonderorganisationen erscheint dabei in keiner Hinsicht förderlich. Wissenschaftliche Kommunikation ist im Prinzip universalistisch, organisatorische Grenzen sind nur dann sinnvoll, wenn sie unterschiedliche Kulturen (etwa sprachliche) ausdrücken oder sich auf unterschiedliche institutionelle Bedingungen der wissenschaftlichen Arbeit (wie etwa zwischen Staaten) beziehen.

Die Sektion befindet sich gegenüber der DGS insgesamt in der vorteilhaften Lage, daß die Teilnahme an der Arbeit der Sektion durch keine formalen Kriterien begrenzt wird (was die Kooperation von Planungspraktikern und eher theoretisch arbeitenden Soziologen ermöglichen soll). Wer sich für diese Arbeit interessiert, kann seinen Namen auf die Adressenliste der Sektion setzen lassen und wird dann über deren Aktivitäten laufend informiert. Weitere Vorteile aus der "Mitgliedschaft" entstehen nicht. Da die Sektion

nicht über Mittel dazu verfügt, wissenschaftliche Arbeit besonders zu fördern, und glücklicherweise auch nicht dazu, wissenschaftliche Arbeit zu behindern, stellt sie ein sehr liberal organisiertes Forum der Diskussion dar, das nur durch die Aktivitäten der Mitarbeitenden lebt.

Mit der Fusion der beiden Sektionen wird sich die Zahl der Mitglieder erhöhen und damit hoffentlich auch die Zahl derjenigen, die an den Sektionstagungen teilnehmen. Damit wird die Organisation vielleicht etwas schwerfälliger, aber das müssen wir abwarten. Neben den halbjährlichen Routinesitzungen werden, wie bisher auch, themenspezifische Arbeitsgruppen oder Sonderveranstaltungen möglich, die von speziell Interessierten nach Diskussion auf den Mitgliederversammlungen vorbereitet werden, aber für alle zugänglich sind. Bei solchen flexiblen Organisationsformen erscheint die Einrichtung von Regionalgruppen oder sonstigen Formen von weiteren Untergruppen wenigstens vorläufig überflüssig.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die bisher im Wissenschaftssystem der DDR gearbeitet haben, sind die Befreiung von Bevormundung bei der wissenschaftlichen Arbeit, das Ende der politisch motivierten Zensur bei Publikationen und der Wegfall von Reisebeschränkungen fundamentale Verbesserungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten. Daß neue und andere Probleme nun auftreten, angefangen von der materiellen Ausstattung bis zur Klärung der eigenen Beschäftigungssituation, macht die Situation für viele Kolleginnen und Kollegen in der nahen Zukunft andererseits sehr schwierig. Die politische Kontrolle der wissenschaftlichen Arbeit, die in der ehemaligen DDR alltäglich war, macht außerdem Prozesse der Selbstklärung nötig. Wir wollen und dürfen uns da nicht einmischen, da wir weder die jeweilige Situation wohl kaum richtig einschätzen noch unsere Erfahrungen und Kenntnisse in jedem Fall die angemessenen sein können.

Allerdings dürfen wir auch die Augen nicht vor einer Vergangenheit verschließen, über die wir noch viel zu wenig wissen. Das Verhältnis von Wissenschaft und politischer Praxis sowie die Rolle von Soziologen in der Gesellschaft werden wir gemeinsam diskutieren müssen, ebenso die Möglichkeiten wissenschaftlicher Erkenntnis unter spezifischen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. Solche Diskussionen werden voraussichtlich auch nicht ohne Einfluß auf unsere eigene Arbeit bleiben. Die Neubestimmung des eigenen wissenschaftlichen und politischen Standorts ist nicht nur eine Notwendigkeit und Chance für unsere Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR, sondern auch Anlaß für uns, unsere Routinen und unser Selbstverständnis neu zu reflektieren.

Der erste Tag der gemeinsamen Tagung im April 1991 in Weimar oder Dessau soll solchen Gesprächen vorbehalten bleiben. Die Vorbereitung dazu haben die Kolleginnen Marianne Rodenstein, Frankfurt/M., und Christine Weiske, Weimar, übernommen. Wer einen vorbereiteten Beitrag dazu bzw. ein Referat halten möchte, sollte sich möglichst bald mit einer kurzen Inhaltsangabe an eine der beiden Organisatorinnen wenden.

Bis spätestens 15. Februar 91!



Am zweiten Tag sind folgende Themenblöcke vorgesehen:

- Darstellung eines Forschungsprojekts der Stadtsoziologen der Hochschule Weimar über eine Stadt in dieser Region;
- Vorstellung und Diskussion von Forschungsprojekten, die vorbereitet werden oder schon laufen, in denen Soziologen aus Ost- und Westdeutschland bei der Bearbeitung eines im Gebiet der ehemaligen DDR lokalisierten Gegenstandes zusammenarbeiten (die Vorbe-

reitung liegt bei Fred Staufenbiel, Weimar, und Hartmut Häußermann, Bremen);

- Ein Zeitblock soll thematisch offen bleiben und für die Diskussion solcher Probleme reserviert werden, deren Auftauchen bzw. Relevanz heute noch nicht erkannt werden kann. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß sich die Verhältnisse und auch die Wichtigkeit der Probleme derzeit in Deutschland rasch ändern können, ihre Thematisierung auf einer Sektionstagung also auch nicht abschließend mehrere Monate im Voraus geplant werden kann.

2. "Leseliste" der Sektion

Auf Bitte des Vorstandes der DGS haben die Sprecher der Sektion im Laufe des Sommers eine Leseliste erstellt, die bisher 38 Titel enthält. Diese Liste soll eine einführende Information für Studenten, die im Laufe ihres Soziologie-Studiums einen Schwerpunkt im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie setzen wollen, darstellen, über welche Literatur sie sich einen Zugang zu den wichtigsten Themen und Diskussionen in diesem Fachgebiet verschaffen können. Vom Sprecher wurde zu diesem Zweck eine schriftliche Umfrage bei den Kolleginnen und Kollegen veranstaltet, die Stadtsoziologie lehren. Aus dem Rücklauf wurde nach den Mehrheitsnennungen der Teil I der Liste zusammengestellt. Im Teil II wurden für verschiedene Themenbereiche Literaturangaben zusammengestellt, die nicht auf einer quantitativen Basis beruhen konnten, weil die eingesandten Listen unterschiedliche Themenschwerpunkte hatten.

Auf der Mitgliederversammlung wurde das Vorgehen der Sprecher gebilligt und als faires Verfahren ausdrücklich legitimiert. Das schließt natürlich nicht aus, daß alle mit dem Ergebnis in allen

Punkten übereinstimmen. Den Sprecher hat z.B. ein Brief mit massivem Protest erreicht - auch die Gruppe der Frauen hat angemeldet, daß sie noch weitere Titel zu frauenspezifischen Themen auf der Liste sehen möchte. Einigkeit bestand auch darin, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR zu bitten, einige wenige Titel zu nennen, die einen ersten Zugang zu der Forschung ermöglichen, die uns in den letzten Jahrzehnten weitgehend unbekannt geblieben ist.

Da aber die Liste in ihrer jetzigen Fassung schon 38 Titel enthält, wurde vereinbart, daß neue Titel nur aufgenommen werden können, wenn der/die Vorschlagende gleichzeitig angibt, welche Titel gestrichen werden sollen, um "Platz zu machen", denn die Obergrenze von 40 Titeln ist vom DGS-Vorstand allen Sektionen verbindlich vorgegeben worden. Die endgültige Entscheidung, ob solche Vorschläge aufgenommen werden, muß dann beim Sprechergrremium liegen. Bis Ende November muß die überarbeitete Liste vorliegen. Sie wird dann zusammen mit den Listen aus den übrigen 17 Sektionen und 5 Arbeitsgruppen (voraussichtlich mit den Unterlagen für die Wahlen) allen DGS-Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Im Abstand von etwa 2 Jahren sollen die Listen dann jeweils aktualisiert werden.

P.S.:
Inzwischen liegt die "Leseliste" in überarbeiteter Form vor. Sie wird im folgenden dokumentiert.
Möge sie Hilfestellung sein, als auch Anregung zur Verbesserung und Korrektur - nur: Länger darf sie nicht werden.

W. St.

Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

Leseliste (November 1990)

In der Stadtsoziologie gibt es seit vielen Jahren eine grundsätzliche Debatte um die Frage, ob der Gegenstand dieser Teildisziplin überhaupt in soziologischen Kategorien formulierbar sei. Zwar hat die Stadtsoziologie einen wichtigen Untersuchungsgegenstand, welcher wissenschaftliche Zugang zu diesen die Stadtsoziologie konstituiert; wird jedoch sehr unterschiedlich interpretiert. Entsprechend verschieden sind die Literaturbereiche, die von Stadtsoziologen jeweils für die Lehre herangezogen werden. Sie reichen von eindeutigen Schwerpunkten in der sozialökologischen Tradition der Chicagoer Schule bis zu gesellschaftstheoretisch ambitionierten Ansätzen der neomarxistischen Diskussion.

Die Schwierigkeit, aus dieser theoretischen Bandbreite eine einigermaßen konsistente "Leseliste" mit "Standardliteratur" zusammenzustellen, wird dadurch vergrößert, daß die praktischen Probleme, die im Schwerpunkt "Stadt- und Regionalsoziologie" behandelt werden können und sollen, sehr vielfältig sind: die Gegenstände Stadtentwicklung, Stadtsanierung, Wohnungsversorgung, Neubaugebiete, Infrastrukturversorgung, Stadt- und Wohnungspolitik, Regionalentwicklung und ländlicher Raum sind Beispiele, die zeigen, daß je nach Schwerpunktsetzung sehr verschiedene theoretische und empirische Kontexte erschlossen werden müssen. Die Gegenstände verlangen in jedem Fall einen interdisziplinären Zugang. Literatur aus der Ökonomie, Politologie, Geographie und Rechts- und Verwaltungswissenschaft muß jeweils ebenso benutzt werden wie soziologische Literatur.

Angeht diese Situation läßt sich für die Stadt- und Regionalsoziologie keine Liste zusammenstellen, die ein Minimalprogramm in dem Sinne darstellen würde, daß sie von einem Studenten, der diesen Schwerpunkt im Studium wählt, auf jeden Fall gelesen sein müßte. Je nach thematischem Schwerpunkt sind andere Texte "zwingend" - dies ist nicht nur der Komplexität des Gegenstandsbereichs angemessen, sondern auch für die wissenschaftliche Diskussion produktiv.

Die folgende Liste ist nach zwei Gesichtspunkten zusammengestellt: zunächst (Teil I) werden diejenigen Titel genannt, die von mindestens der Hälfte derjenigen genannt worden sind, die an einer entsprechenden Umfrage teilgenommen haben; dabei handelt es sich zum Teil um "klassische" Texte dieser Teildisziplin, zum Teil um themenübergreifende Einführungen, die gegenwärtig häufig in der Lehre benutzt werden. In einem zweiten Teil (II.) werden Titel zu Themengebieten aufgeführt, die von mehreren Mitgliedern der Sektion genannt wurden, wenn sie diesen Schwerpunkt in ihrer Vorschlagsliste überhaupt berücksichtigt hatten.

Hartmut Häußermann
(Sprecher der Sektion)

I.

"Klassische" Texte und Einführungen:

- Atteslander, Peter; Hamm, Bernd (Hrsg.) (1974): Materialien zur Siedlungssoziologie. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Band 69, Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Sammlung klassischer Texte zur sozialökologischen Forschung*
- Bahrdt, Hans-Paul (1969): Die moderne Großstadt. Hamburg: Christian Wegner
- Beispielhafter Versuch, einen soziologischen Zugang zur Stadtforschung zu entwickeln*
- Friedrichs, Jürgen (1977): Stadtanalyse. Hamburg: Rowohlt (Neuaufgaben: Westdeutscher Verlag)
- Zusammenfassender Überblick in /die vor allem mit quantitativen Methoden arbeitende Stadtforschung in der Tradition der Sozialökologie*
- Friedrichs, Jürgen (Hrsg.) (1988): Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Aktuelle Texte zur Theorie der Stadtentwicklung, zum Zusammenhang von sozialem Wandel und räumlicher Differenzierung*
- Hamm, Bernd (1982): Einführung in die Siedlungssoziologie, München: Beck
- Einführung in die sozialökologisch orientierte Stadtforschung mit einer Ausweitung auf semiotische Fragestellungen*
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt/M.: edition suhrkamp
- Soziologische Analyse von Stadtentwicklung und kritische Darstellung aktueller Strategien der Stadtpolitik*
- Herlyn, Ulfert (Hrsg.) (1974): Stadt- und Sozialstruktur. München: Nymphenburger
- Enthält einige klassische Texte zur Stadtsoziologie, bedeutsam vor allem die Aufsätze von L. Wirth (Urbanität als Lebensform) und H. Gans (Urbanität und Suburbanität als Lebensformen)*
- Krämer, Jürgen; Neef, Rainer (Hrsg.) (1985): Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Basel; Boston; Stuttgart: Birkhäuser (Stadtforschung aktuell, Bd. 9)
- Sammlung von Texten ausländischer Autoren, die sich als Vertreter einer kritischen Stadtforschung (New Urban Sociology) verstehen*
- Saunders, Peter (1987): Die Soziologie der Stadt. Frankfurt: Campus
- Theoretische Diskussion der Frage, ob es einen soziologischen Gegenstand "Stadt" gibt (zugleich ein Überblick über die Theoriegeschichte der Stadtsoziologie)*
- Schmals, Klaus M. (Hrsg.) (1983), Stadt und Gesellschaft. München: Academic
- Breite Sammlung von Texten und Buchauszügen zum Thema Stadt*
- Simmel, Georg (1984): Die Großstädte und das Geistesleben (zuerst veröffentlicht 1901). In: G. Simmel, Das Individuum und die Freiheit, Essays. Berlin: Wagenbach
- Klassischer Grundlagentext zum Zusammenhang von Stadtentwicklung und Gesellschaftsentwicklung; methodologisch und theoretisch immer noch äußerst anregend*
- Weber, Max (1964): Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte). In: M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Köln/Berlin: Kiepenheuer
- Theoretische und historische Betrachtungen über die Bedeutung der Städte für die Herausbildung des abendländischen Kapitalismus; methodisch bedeutsam und historisch informativ*
- Friedrichs, Jürgen; Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (Hrsg.) (1986): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Opladen: Westdeutscher Verlag
- Analysen und Fallstudien zu Entwicklung, Ursachen und sozialräumlichen Konsequenzen der regionalen Entwicklung*
- Harvey, David (1973): Social Justice and the City, London: Edward Arnold
- Marxistischer Ansatz für die Analyse von Stadtentwicklung in der Sozialgeographie*
- Herlyn, Ulfert (Hrsg.) (1980): Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der BRD. Verteilung und Nutzung sozialer Infrastruktur, Frankfurt, New York: Campus
- Untersuchungen zur schichtspezifischen Infrastrukturausstattung in großstädtischen Quartieren*
- Herlyn, Ulfert; Saldern, Adelheid von; Tessin, Wulf (Hrsg.) (1987): Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Frankfurt, New York: Campus
- Historische und empirische Untersuchungen zu den Entstehungsbedingungen und Lebensverhältnissen in Neubaugebieten*
- Kujath, Hans-Joachim (1986): Regeneration der Stadt. Hamburg: Christians
- Analyse von ökonomischen Prozessen der Stadtentwicklung und Wohnstandortverteilung, die zugleich einen Überblick über theoretische Ansätze bietet*
- Reulecke, Jürgen (1985): Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt/M.: edition suhrkamp
- Zusammenfassender Überblick über die Verstädterung und die sozialen und politischen Probleme in den Städten in Deutschland bis 1945*

II.

a) Probleme der Stadtentwicklung

- Becker, Heidede; Keim, Dieter (Hrsg.) (1977): Gropiusstadt: Soziale Verhältnisse am Stadtrand. Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 59. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer
- Methodisch fundierte Studie über Wohnverhältnisse in einem geschlossenen Neubaugebiet*
- Becker, Heidede; Schulz zur Wiesch, Jochen (Hrsg.) (1982): Saniierungsfolgen. Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 70. Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer
- Beispielhafte Fallstudie über die sozialen Folgen der Stadtsanierung*
- Friedrichs, Jürgen (Hrsg.) (1985): Städte in den 80er Jahren, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Textsammlung zu aktuellen Problemen der demographischen, ökonomischen und räumlichen Entwicklung von Städten in der Bundesrepublik*
- Friedrichs, Jürgen (Hrsg.) (1985): Stadtentwicklungen in West- und Osteuropa. Berlin, New York: de Gruyter
- Fallstudien zu der Frage, ob sich Stadtentwicklungen in verschiedenen Gesellschaftssystemen unterscheiden*

b) Wohnungsversorgung

Brede, Helmut; Kohaupt, Bernhard; Kujath, Hans-Joachim (1975): Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung. Frankfurt/M.: edition suhrkamp

Einführender Überblick über polit-ökonomische Grundlagen der Wohnungspolitik

Engels, Friedrich (1971): Zur Wohnungsfrage (1872). In: Marx-Engels-Werke, Bd.18. Berlin(Ost): Dietz, S. 209-287

Klassischer Text über Ursachen und Strategien zur Beseitigung der Wohnungsnot, insbesondere zur Eigentumsbildung

Herlyn, Ingrid; Herlyn, Ulfert (1976 und spätere Auflagen): Wohnverhältnisse in der BRD. Frankfurt, New York: Campus

Überblick über Probleme der Wohnungsversorgung in der ehemaligen BRD

Prigge, Walter; Kaib, Wilfried (Hrsg.) (1989): Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich. Frankfurt/M.: Vervuert

Einführende und resümierende Beiträge zur Geschichte der Wohnungspolitik und Wohnungsversorgung in verschiedenen europäischen Ländern und USA.

Niethammer, Lutz; Brüggemeier, Franz (1976): Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?. In: Archiv für Sozialgeschichte XVI, S. 61-134

Umfassender und detailreicher Überblick über Probleme der Wohnungsversorgung und Verstädterung in Deutschland vor 1914

Blasius, Jörg; Dangschat, Jens S. (Hrsg.) (1990): Gentrification, Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Frankfurt, New York: Campus

Theoretische und empirische Beiträge zur verstärkten Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum, zu den Reaktionen der räumlichen Planung und zu den sozialen Folgen

Spiegel, Erika (1986): Neue Haushaltstypen. Entstehungsbedingungen, Lebenssituation, Wohn- und Standortverhältnisse. Frankfurt/M., New York: Campus

Empirische Untersuchung zu neuen Wohnformen in den Städten (Wohngemeinschaften, Singles, unverheiratet Zusammenlebende)

c) Kommunal- und Stadtpolitik

Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg.) (1975): Lokale Politikforschung, 2 Bände, Frankfurt/New York: Campus studium

Textsammlung zu kritischen Ansätzen der Stadtforschung in der Tradition der politisch-ökonomischen Theorie

Blanke, Bernhard; Evers, Adalbert; Wollmann, Hellmut (Hrsg.) (1986): Die zweite Stadt, Leviathan Sonderheft 7, Opladen: Westdeutscher Verlag

Textsammlung zu Ansätzen einer an lokalen Situationen und sozialen Problemen orientierten Stadtpolitik

Pahl, Ray E. (1975): Whose City?. London: Penguin

Beispielhafte Aufsätze für soziologische Analyse-Ansätze

d) Frauenforschung

Dörhöfer, Kerstin (Hrsg.) (1990): Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze, Freiburg: Kore

Textsammlung aus der theoretischen und empirischen Forschung zur Stadt- und Regionalsoziologie aus frauenspezifischer bzw. feministischer Perspektive

Kein Ort, nirgends - Auf der Suche nach Frauenräumen, Themenheft der Zeitschrift ARCH+, Nr. 60, Dezember 1981

Aufsätze über Frauenprojekte, feministische Architektur und Frauen in der Stadt

e) "Klassische" Fallstudien

Gans, Herbert J. (1962): The Urban Villagers. Group and Class in the Life of Italian Americans, New York: Free Press

Klassische Fallstudie zu Sozialformen in der Großstadt

Young, Michael; Willmott, Peter (1957): Family and Kinship in East London, London: Keagan & Paul

Klassische Studie zu schichtspezifischen Lebensformen und sozialen Netzen in einer Großstadt

Lindner, Rolf (1990): Die Entdeckung der Stadtkultur, Frankfurt/M.: Suhrkamp

Wissenschaftshistorische Einführung in die methodisch und inhaltlich nach wie vor interessanten Studien des Instituts für Soziologie der Universität Chicago aus den 20er Jahren

f) Überblicke über soziologische Stadtforschung in den 60er und 70er Jahren in der Bundesrepublik

Herlyn, Ulfert (1989): Der Beitrag der Stadtsoziologie, Ein Rückblick auf die Forschungsentwicklung

Schäfers, Bernhard (1989): Stadt- und Regionalsoziologie: Ausgewählte neuere Ansätze beide in: J.J. Hesse (Hrsg.), Kommunalwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos

Korte, Hermann (1986): Stadtsoziologie, Forschungsprobleme und Forschungsergebnisse der 70er Jahre, Darmstadt: WBG

Dokumentation der Sektionsveranstaltung "Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und -politik in Osteuropa" im Rahmen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt

Zwischen Ökonomie und Neofeudalismus. Die Rolle der Unternehmen in der räumlichen Entwicklung einer real-sozialistischen Gesellschaft

Michal Illner
Institut für Soziologie, Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Prag
Jilska 1, 110 00 Praha 1

Welche Rolle hatten die Industriebetriebe und welche Rolle die Städte im gesellschaftlichen Leben der tschechoslowakischen Gesellschaft und - spezifischer - im Rahmen der sozialen Reproduktion ihrer individuellen Mitglieder im "realen Sozialismus" gespielt? Was für Beziehungen wurden zwischen diesen zwei Arten gesellschaftlicher Einheiten gebildet? Diese Probleme werden in dem vorgelegten Beitrag behandelt.

Die Aufmerksamkeit wird auf die Rollen konzentriert, die von den Industriebetrieben und Städten in der Organisation und Durchführung sozialer Dienstleistungen angenommen werden, d.h. in einer Schlüsselinstitution, die die soziale Reproduktion ermöglicht.

Die Übertragung der gesellschaftlichen Funktionen der Städte auf die Betriebe

In den Nachkriegsjahren haben die damals neuen volkseigenen Betriebe in der Tschechoslowakei eine außerordentliche Position im Rahmen ihrer Territorien erworben. Sie wurden vom kommunistischen Regime als Vorposten des neuen Systems, als Repräsentanten der neuen politischen und gesellschaftlichen Kräfte betrachtet. Als Elemente der hierarchischen, zentralgeleiteten Organisationsstrukturen haben die Betriebe in ihren Territorien als Repräsentanten zentraler Macht gewirkt. Üblicherweise gehörten sie in den jeweiligen Städten zu den ökonomisch stärksten, politisch verlässlichsten Institutionen, deren Quellen am bereitwilligsten für verschiedene äußere Zwecke zur Verfügung standen.

Die Industriebetriebe wurden von dem Regime mit ökonomischen, politischen und sozialen Funktionen beauftragt, die ihre primäre ökonomische Aufgabe oft überstiegen. Die Quellen der Industriebetriebe mußten befehlsmäßig die Lücken in der städtischen oder regionalen Ökonomie ausfüllen. Die Fabriken gewährten Arbeitskräfte und Maschinen für die Landwirtschaft in der Erntezeit, für den Aufbau von Häusern, sie wurden für die Unterstützung des kulturel-

len und sportlichen Lebens, für die politische Propaganda und die Tätigkeit der Massenorganisationen in ihrem Hinterland verantwortlich gemacht.

Die Funktionäre der städtischen und regionalen politischen Organe wurden oft aus den Reihen der Betriebsleitung ernannt. Die höchsten Betriebsleiter bildeten einen einflußreichen Teil der politischen Stadtelite und gehörten zu der örtlichen Nomenklatura, von der die wichtigsten Posten in der Stadt besetzt wurden. Die Industriebetriebe waren auf diese Weise in die Organismen der Städte als ein aktives, einflußreiches, und in den meisten Fällen - als das entscheidende Element einbezogen.

Ein Bestandteil des Prozesses, durch den Position der Industriebetriebe gegenüber den Städten verstärkt wurde, war die Entwicklung ihrer eigenen autonomen sozialen Infrastruktur und eines autonomen Netzes sozialer Dienstleistungen, die von den städtischen Einrichtungen unabhängig waren:

- Als Reaktion auf den stets andauernden Wohnungsmangel wurden von den Betrieben Wohnungen, Häuser oder sogar ganze Stadtteile aufgebaut, manchmal wurden auch Geschäfte und technische Einrichtungen errichtet.
- Die Unternehmen kompensierten den Mangel im öffentlichen Verkehr dadurch, daß sie eigenständige Verkehrsdienstleistungen einrichteten.
- In der Zeit, da es Mangel an Waren zum alltäglichen Gebrauch gab, verteilten sie einige der fehlenden Güter an die Arbeiter und manchmal errichteten sie Geschäfte in den Fabriken selbst.
- Zur innerbetrieblichen Verteilung gehörten auch einige mangelnde Dienstleistungen, wie z.B. Erholung zu billigen Preisen, Theatereintrittskarten, Auslandsreisen usw..
- Die Betriebe errichteten und leiteten ihre eigenen Kinderkrippen, Kindergärten, Krankenhäuser, Polikliniken, Entbindungsheime, Erholungsheime, Hotels, Kultureinrichtungen, Schlösser, Sportplätze und Schwimmstadien, Skilifts usw..

Die autonomen sozialen Dienstleistungen, die von den Betrieben geleistet wurden und in den meisten Fällen ausschließlich ihren eigenen Angestellten und deren Familien zugänglich waren, verdoppelten oft das Dienstleistungsangebot der Stadtbehörden; überstiegen es aber hinsichtlich ihres Umfangs, ihrer Qualität und unterboten es im Preis. Es gab jedoch auch Dienstleistungen, die ausschließlich von den Betrieben gewährt wurden, wie z.B. Wohnungen außerhalb des Anwärterverzeichnis, fertiggebaute Einfamilienhäuser, Familienerholung zu billigem Preis usw..

Die Nutzung und manchmal auch die Zugänglichkeit zu sozialen Dienstleistungen im Rahmen der Betriebe wurde mit Rücksicht auf die professionellen und politischen Positionen, die Ausbildung und den Wohnsitz der Angestellten gewährt. Die manuellen Arbeiter, die unqualifizierten Arbeitskräfte und die einfachen Angestellten, die in den kleineren Orten außerhalb des Betriebssitzes wohnten, waren regelmäßig benachteiligt.

In den letzten Jahren entwickelte sich noch etwas anderes, nämlich die massive Beteiligung der Industriebetriebe an eigentlich städtischen Dienstleistungen. Auf Grund der Anforderungen der Stadtverwaltungen wurden von ihnen nicht nur städtische Schulen, Kindergärten und Sportplätze, sondern auch Straßen, Kanalisation, Altersheime, Markthallen oder sogar Friedhöfe gebaut. Die Stadtbehörden verließen sich meistens auf die Hilfe der Betriebe und verlangten dies manchmal mit politischem Druck¹⁾. Die Politik der Zentralregierung unterstützte meistens die umfangreiche Beteiligung der Betriebe an Aufgaben der Städte, weil es sowohl zentrales als auch städtisches Geld sparte und eine Kompensation für die allgemeine Schwäche der Stadtverwaltung darstellte.

Die Daten aus den siebziger und achtziger Jahren illustrieren den Umfang der an den Betrieb gebundenen sozialen Dienstleistungen in der Tschechischen Republik. Von allen zur Verfügung gestellten genossenschaftlichen Wohnungen wurden 60 % von den Betrieben oder mit ihrer Beteiligung gebaut, - sie wurden auch von den Betrieben ihren Angestellten zugeteilt. Die Betriebe leiteten 63 % aller Gesundheitszentren, 27 % aller Polikliniken, 11 % aller Klubs, 74 % aller Fachschulen. Sie errichteten etwa ein Drittel aller neuen Plätze in den Kinderkrippen und Kindergärten.

Das umfangreiche Anwachsen der autonomen, an die Betriebe gebundenen sozialen Infrastruktur und Dienstleistungen, sowie die Übertragung der Verantwortung für die Entwicklung und Durchführung einer großen Zahl von städtischen Dienstleistungen auf die Betriebe kann als Reaktion auf die allgemeine Schwäche des stagnierenden, ungenügend finanzierten und ungenügend ausgestalteten öffentlichen Sektors betrachtet werden. Die Betriebe, die oft viel größere Mittel (Geld, Maschinen, Material, qualifizierte Arbeitskräfte, Fachkenntnisse, Einfluß) als die Stadtverwaltungen zur Verfügung hatten und weniger eingeschränkt in ihre Nutzung waren, bemühten sich ihre eigenen Dienstleistungen zu entwickeln, um gegen die Mißerfolge des öffentlichen Sektors gesichert zu sein.

Die beschriebene Situation stellt selbstverständlich eine Verallgemeinerung dar, die nicht in derselben Weise auf alle Fälle der Betrieb-Stadt-Beziehungen zutrifft. Am besten entspricht sie der Situation von größeren Betrieben, die sich in den mittelgroßen Städten befinden. Die Situation von Firmen, die schwächeren wirtschaftlichen Zweigen angehören oder in den größeren Städten ihren Sitz haben, stellt sich unterschiedlich dar. E.S.Shomina charakterisierte die Vielfalt der Betrieb-Stadt Beziehungen (für die UdSSR) mit der folgenden Typologie²⁾:

1. "Nachbarbetriebe", die ihren eigenen isolierten Platz im Rahmen der Städte einnahmen und die die Gesamtprobleme der Stadt ignorieren.
2. "Haushalterbetriebe", die die volle Verantwortung für die Lösung der Stadtprobleme übernehmen und die Stadtverwaltung beherrschen. Diese Situation war für die großen Unternehmen in den neuen monofunktionellen Städten (in ihren frühen Entwick-

lungsstadien) charakteristisch.

3. "Partnerbetriebe", die die Verantwortung für die Entwicklung der Stadt mit den Stadtbehörden teilten.
4. "Antagonistische Betriebe", deren Tätigkeit die Interessen der Stadt bedrohte, Schaden brachte und Konflikte verursachte.
5. "Parasitäre Betriebe", die keinen Anteil an der Gestaltung der Stadtumwelt nahmen, obwohl sie die städtischen Quellen benutzten. Dies war der Fall neuer Betriebe in den alten Städten.

Die Rolle der Betriebe in der sozialen Reproduktion wurde weiterhin durch die Macht unterstützt, mit der sie die Kontrolle über das Privatleben ihrer Arbeiter ausübten. Die Betriebe - oder genauer ihre politischen Organe - waren bevollmächtigt Stellungnahmen zu äußern und Bewilligungen zu gewähren; auf diese Weise "partizipierten" sie praktisch an der Entscheidung über solche Angelegenheiten wie z.B. Entwicklung außerhalb der Arbeit, Zuteilung von Kommunalwohnungen, Privatreisen ins Ausland und andere Vorteile für ihre Arbeiter. In derselben Weise waren sie berechtigt das Schicksal der Familien ihrer Angestellten zu kontrollieren, indem sie Stellungnahmen zu der Schulkarriere ihrer Kinder und die fachliche und politische Karriere anderer Familienmitglieder u.a. beeinflussten.

Während sich die konkreten Beziehungen zwischen den Betrieben und Gemeinden (Städten) von Fall zu Fall und über die Zeit auf Grund vieler Faktoren unterschieden haben, ist es doch möglich ein allgemeines Modell solcher Beziehungen - das für die meisten Länder des "realen Sozialismus" charakteristisch ist - zu skizzieren:

Obwohl die sozialistischen Betriebe primär für die Erfüllung der Produktionsziele bestimmt waren, haben sie einen breiten Bereich von Funktionen in der sozialen Reproduktion sowohl ihrer Arbeiter als auch der Stadteinwohner in ihrem räumlichen Einzugsbereich wahrgenommen. In dieser Hinsicht haben sie teilweise die gesellschaftlichen Funktionen der Städte ersetzt, geschwächt und manchmal sogar paralytisiert. Man kann mit ein wenig Übertreibung sagen, daß das System der an den Arbeitsplatz gebundenen gesellschaftlichen Beziehungen eine Tendenz zur Entwicklung in Richtung auf eine universale, multifunktionale Form gesellschaftlicher Organisation aufgewiesen hat.

So wurde die gesellschaftliche Relevanz der Städte und der territorialen gesellschaftlichen Organisation in allgemeinem untergraben - und zwar nicht nur vom politischen und administrativen Zentralismus, sondern auch vom steigenden Gewicht des parallelen Systems der ökonomischen Organisationen und ihrem paternalistischen Benehmen gegenüber der städtischen Umgebung.

Auswertungen

Diese Situation wurde aus verschiedenen Perspektiven ausgewertet. Der erste - ideologische oder vielleicht utopische - Zugang, der in den fünfziger Jahren dominierte und in den siebziger Jahren wiederbelebt wurde, legitimierte die beschriebene Entwicklung

unter der Voraussetzung, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Arbeitsgruppe (Kollektiv) das Schlüsselement der gesellschaftlichen Organisation, d.h. die wichtigste mikrogesellschaftliche Einheit ist. Auf Grund dieses Zuganges stellte die Arbeitsgruppe den gesellschaftlichen Grundkontext des individuellen Lebens und seiner Reproduktion dar. Aus diesem Grund setzte man voraus, daß es auch zum Schlüsselement der Organisation der Gemeinde werde. Die Arbeiter sollten gemeinsam "arbeiten und tanzen", sie sollten die "Betriebsnachbarschaft" teilen. Sie sollten unter Einschluß ihrer Familien alle Tätigkeiten gemeinsam, auch in der Freizeit, ausüben, also Sport treiben, Theatervorstellungen besuchen oder ihre Bildung erweitern usw..

Entsprechend diesem Programm, dessen Wurzeln man bis zu den Utopisten des 18. und 19. Jahrhunderts, zu den Vorkriegstheoretikern der Architektur und bis zu den in den Frühstadien der sozialistischen Gesellschaften in Osteuropa geprägten Idealen zurückverfolgen konnte, sollten die territorialen und betriebsorientierten Aspekte der sozialen Reproduktion zusammenfließen. Die ökonomische Organisation sollte alle anderen Formen der gesellschaftlichen Organisation, einschließlich der territorialen Form, beherrschen. In der Tschechoslowakei hat diese Vision - zum Unterschied zur UdSSR - nie fest Fuß fassen können.

Eine mildere Form dieses normativen, utopischen Zugangs verlangte, daß die Betriebe in der sozialistischen Gesellschaft außer ihrer ökonomischen Funktion auch eine gleichmäßig wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllen müssen, weshalb sie für die soziale Reproduktion ihrer Angestellten, der Familien und möglicherweise auch der im Hinterland wohnenden Bewohner verantwortlich sind.

Es wurde in diesem Sinne eine ziemlich doppelsinnige Philosophie vorgeschlagen, daß die ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen der Betriebe eine untrennbare Einheit konstituieren. Die Betriebe wurden in ihren Territorien als Repräsentanten der gesellschaftlichen Interessen betrachtet und sie wurden für deren Stützung, in die auch die Entwicklung der jeweiligen Städte und Regionen einbezogen war, verantwortlich gemacht.

Der pragmatische Zugang betonte - ohne Rücksicht auf irgendwelche normative Betrachtungen - daß die umfangreiche Teilnahme der Betriebe an der Entwicklung der sozialen Infrastruktur und der sozialen Dienstleistungen die Qualität der sozialen Reproduktion sowohl in den Unternehmen als auch in den Stadtgemeinschaften schon wesentlich verbessere; daß sie zum Lebensstandard der Bevölkerung beitrage und daß zum Fortschritt in den Städten beigetragen werde, den die Stadtbehörden selbst nie erreichen konnten. Dieses Tatsache selbst berechtigte - nach den Pragmatisten - eine asymmetrische Entwicklung. Man betonte auch, daß auf diese Weise von den Betrieben die Quellen gewonnen werden, die sonst brach liegen würden.

Der kritische Standpunkt betrachtet die beschriebene Aufteilung der Rollen zwischen den ökonomischen und territorialen gesellschaftlichen Strukturelementen als unausgeglichen und die Rolle

der Betriebe in der sozialen Reproduktion als stark. Diese Konstellation beruhe auf ökonomischen und politischen Bedingungen und Ideologien, die ihre Rationalität verloren haben. Sie können als Reaktion auf den Mangel an Mitteln, auf die ungenügende Entwicklung des tertiären Sektors und auf die allgemeine Schwäche der Stadtverwaltungen im zentralisierten System erklärt werden. Sie kann nur der übertriebenen Rolle zugeschrieben werden, die von den hierarchischen, vertikal angeordneten Strukturen der ökonomischen Organisationen in vielen Sphären des gesellschaftlichen Lebens eingenommen wurde und - im Gegenzug - zu einer allgemeinen Diskriminierung des Systems der territorialen Organisation in der totalitären Gesellschaft führte.

Weitere Kritik kann man aus sozialpolitischer Sicht anfügen:

1. Die Existenz von zwei relativ autonomen Systemen der gesellschaftlichen Reproduktion - des betriebsorientierten und des stadtorientierten Systems -, von denen gesellschaftliche Dienstleistungen verschiedenen Typs, zu unterschiedlichen Preisen und unterschiedlicher Qualität den verschiedenen Bevölkerungsgruppen angeboten werden, stellte eine Quelle sozialer Ungerechtigkeit dar. Es waren die Arbeiter in den starken Betrieben der Schwerindustrie, des Bergbaus und des Energiesektors - abgesehen von Angestellten in einigen speziellen Bereichen (Sicherheit, Armee, Parteibürokratie) - die am meisten von den weitreichenden, betriebsorientierten sozialen Dienstleistungen profitierten. Hingegen waren jene Bevölkerungsgruppen, die völlig von den territorialen sozialen Dienstleistungen abhängig waren (Rentner, Jugendliche, Hausfrauen), sowie die Arbeiter in den schwachen, nicht bevorzugten Betrieben (z.B. in der Leichtindustrie) mit einer oft ungenügend entwickelten sozialen Infrastruktur, von diesem Dualismus am meisten betroffen.
2. Die Orientierung auf die sozialen Dienstleistungen in den Betrieben, die an die außerbetriebliche Sphäre gebunden waren (d.h. die freizeitorientierten, wohnungsorientierten und andere Dienstleistungen), verzehrte die Mittel und lenkte die Aufmerksamkeit der Betriebe von der Verbesserung der grundsätzlichen Arbeitsbedingungen, wie z.B. Sicherheit der Arbeit, Hygiene, Umwelt der Werkstätten, Arbeitszeit usw., wo die Situation durchaus nicht ermutigend war, ab. Im eigentlichen Sinn war die Entwicklung der an die außerbetrieblichen Sphäre gebundenen sozialen Dienstleistungen ein Ersatz für die verspäteten Verbesserungen jedweder Arbeitssphäre bei den erwähnten Schlüsselfaktoren.
3. Die übertriebene Rolle der Betriebe in der sozialen Reproduktion entstand nicht nur aus der allgemeinen Schwäche der Stadtverwaltungen im politischen System der Tschechoslowakei, sondern sie unterminierte auch weiterhin deren Position. Die Ortsbehörden in den Städten mit ihrer ungenügenden sozialen Infrastruktur und ungenügenden Mitteln mußten häufig die reichen Unternehmen um Hilfe bitten, wenn sie Geld, Baumaterial, Arbeitskräfte, Maschinen oder Expertisen brauchten, um die materiellen

Bedingungen in der Stadt zu verbessern. Dies brachte sie in Abhängigkeit gegenüber Organisationen, die von ihnen eigentlich nach Gesetz abhängig waren und bei denen man eigentlich voraussetzte, daß sie die örtlichen, regionalen und gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen helfen. Für die erhaltene Hilfe mußten die Stadtverwaltungen den Betrieben Kompensation in Form verschiedener informeller Dienstleistungen gewähren, häufig durch die Beschleunigung ihrer legalen Ansprüche, durch die Nichtanwendung von Vorschriften, durch die Erleichterung der Kontrolle und durch die Gewährung von Ausnahmen usw. am häufigsten, in den Bereichen des Umweltschutzes, der hygienische Regeln und der Vorschriften gegen Bodenentwertung³⁾.

4. Der umfangreiche Aufbau der an das Unternehmen gebundenen sozialen Dienstleistungen und der Infrastruktur hat zur Diskriminierung der kleineren Orte, in den keine Fabriken ihren Sitz hatten, und zur Diskriminierung der Fabrikarbeiter, die in solchen Orten wohnten, beigetragen.

Schlussfolgerungen

Die in diesem Beitrag beschriebene Situation war mit dem ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen System des "realen Sozialismus" in der Tschechoslowakei verbunden. Meistens besteht sie auch heute noch, aber sie wird vergehen, sobald tiefergreifende Systemänderungen eingeführt werden. Die Einführung des marktorientierten ökonomischen Systems, die Privatisierung, die territoriale Dezentralisierung und die Installierung der städtischen Selbstverwaltung werden dabei als wichtige Faktoren wirken. Unter den neuen Bedingungen kann man eine Umverteilung der Funktionen zwischen den ökonomischen und territorialen Strukturen bei ihren sozialen Tätigkeiten erwarten.

Die zwei Systeme sozialer Organisation werden sich voneinander funktionell trennen. Die Profit-orientierten Betriebe werden unter ökonomischem Druck ihre soziale Infrastruktur und Dienstleistungen ablegen wollen und von ihrem bisherigen sozialen Engagement in den Städten ablassen. Die paternalistischen Beziehungen zwischen den Unternehmen und den Städten werden unterbrochen und die Verantwortung für die sozialen Dienstleistungen wird fast völlig auf die Stadtbehörden zukommen. Die Frage ist, wie sich die ökonomisch schwachen Städte unter diesen Lasten zu helfen wissen werden. Sehr wahrscheinlich werden sie sich bemühen, einen beträchtlichen Teil der städtischen Infrastruktur zu privatisieren oder zu beschränken. Wenn es ökonomisch starke, erfolgreiche und strategisch denkende Betriebe geben wird, werden sich diese wieder in den Städten engagieren.

Es existiert dabei die große Gefahr, daß die Quantität und Qualität der sozialen Dienstleistungen dabei in der nächsten Zeit zurückgehen wird, während ihre Preise stark ansteigen werden. Ich möchte jedoch das Argument, daß dies die unumgänglich notwendige Mautgebühr ist, die man für den Übergang zur Marktökonomie in der Tschechoslowakei bezahlen muß, zumindest in Frage stellen.

Anmerkungen

- 1) Über eine ähnliche Entwicklung in Polen schrieb Tarkowski, J., Horizontal Integration Within the Territory, in: Wiatr, J., Local Government on the Threshold of Crisis, Warsaw, University of Warsaw 1983 (polnisch).
- 2) Shomina, E.S., The Influence of Industry on Society and Urban Environment in the USSR: History, Topical Problems, Future Projections, Moscow, The USSR Academy of Sciences - Institute of International Labour Studies, Moscow 1989 (englisch).
- 3) Illner, M. and Jungmann, B., Survey of the Czechoslovak Municipal Governments, Prague, Institute for State Administration 1988 (tschechisch).

"Neue Orientierungen im Städtebau der neuen Bundesländer -
Hemmnisse und Chancen"

(Beitrag zum 25. Deutschen Soziologentag)

"Für die Bürger sind Städte und Gemeinden, in denen sie leben, mehr als nur Wohnorte und Arbeitsstätten. Sie bedeuten für sie die unmittelbare Heimat als Teil ihres sozialistischen Vaterlandes, dem sie sich besonders eng verbunden fühlen."(1) Angesichts dieser schönen, von hochstrangigen Politikern Anfang der 80er Jahre unterschriebenen Erkenntnis fragt es sich, wieso die praktische Städtebaupolitik dem politisch erklärten Ziel identitätsstiftender Stadtgestaltung jahrzehntlang entgegen gewirkt hat.

Der Beantwortung dieser Frage sei eine Bestandsaufnahme des sozial-räumlichen Zustandes der Städte in den neuen Bundesländern vorangestellt:

Es ist bekannt, daß die Zerstörung von Stadtkultur als Quelle für das Heimischfühlen der Bewohner durch den Verfall der Innenstädte im großen Maße stattgefunden hat. Die revolutionäre Umwälzung in der DDR begann als Protest gegen kommunale Mißstände, als Empörung der Bewohner über den Zustand ihrer konkreten, alltäglich wahrnehmbaren Lebensumwelt. Neben dem Verfall der Innenstädte war die ungebremste Flächenerweiterung der Städte trotz rückläufiger Einwohnerzahlen und zunehmender innerstädtischer Brachflächen zum augenscheinlichen Problem geworden.

Weg-Zeitbeziehungen verschlechterten sich, sozialräumliche Beziehungen allgemein wurden ungünstiger, den ständig laufenden Aufwendungen für die Stadtbewirtschaftung standen ein rückläufiges Arbeitsvermögen und sich anstauende Umweltprobleme gegenüber. Die Defizite im Wohnumfeld konnten trotz eines groß angelegten und quantitativ durchaus beachtenswerten Wohnungsneubauprogrammes nicht beseitigt werden; es entstanden große randstädtische Wohngebiete mit z. T. durchaus zufriedenstellenden Wohnungen, aber großen Defiziten an kulturvoller Wohnumwelt und Anbindung an den Stadtorganismus.

Die Wohnungswirtschaft war in keiner Weise in der Lage, den

Wohnungsbestand einfach instandzuhalten. Insgesamt stagnierte der Wohnungsbau hinsichtlich der Wohnqualität. Wohnungsgrundrisse und -größen haben sich im Grunde seit 20 Jahren nicht verändert, ebenso wie das sozialkulturelle Konzept zum Wohnen in der Stadt.

Die Defizite im Wohnumfeld wurden begleitet von Defiziten im Arbeitsmilieu, vor allem die Arbeitsbedingungen innerhalb der Städte, in kleinen Dienstleistungen und gesellschaftlichen Einrichtungen betreffend. Beim Handwerk und bei den städtischen Dienstleistungen ist dringlichster Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf herangewachsen. Ein letztlich bindender Faktor allgemeiner sozialräumlicher Misere ist der immense infrastrukturelle Erneuerungsbedarf - die innerstädtischen Netze sind weitreichend verschlissen; ihr Zustand brems die hochbauliche Erneuerung der Innenstädte gravierend.

Gesellschaftlicher Hintergrund der Stadtkrise

Dieses bedrückende Bild wirft die Frage auf, wie konnte es dazu kommen, was ist der gesellschaftliche Hintergrund einer solchen Entwicklung, welche ideologischen Paradigmen, welche politischen Instrumente und kulturellen Strategien haben zu dieser Situation geführt?

Zweifellos ist die Krise der Stadt in der ehemaligen DDR Folge des zentralistischen Gesellschaftskonzepts. Das Bild einer allmächtigen Zentrale einerseits und weitgehend politisch entmündigter und ökonomisch abhängiger ausführender Glieder andererseits, wurde konsequent auch auf die Stadt übertragen. Die Stadt wurde verplant als räumlicher Standort zentraler Entscheidungen und nicht politisch anerkannt als relativ selbständiger sozial-ökonomischer Organismus, als lebendige Kommune mit eigenständigen Interessen ihrer Bewohner.

Städtebau verkam zur nachgeordneten Dienstleistung des "komplexen Wohnungsbaus", er wurde betrachtet als kulturelle Zutat, die Geld kostet und wo möglichst gespart werden muß. Logische Folge eines solchen Vorstellungsbildes von Planung und Gesellschaft war die Unterordnung der Architekten und Stadtplaner unter die Leitungshierarchie der Bauwirtschaft, war die weitreichende politische, rechtliche und ökonomische Entmachtung der Kommunen.

Das wurde durch mehrere Instrumente garantiert: zum einen durch die Dominanz des sektoralen Prinzips der Wirtschaftsleitung vor den lokalen Interessen. Mächtig waren Ministerien, machtlos waren die lokalen Körperschaften. Zweitens wurde das Primat des Ökonomischen vor dem Sozialen durchgesetzt. Dafür wurde auch die Sozialwissenschaft instrumentalisiert: Der vorletzte Soziologiekongress in der DDR trug den Titel "Soziale Treibkräfte ökonomischen Wachstums".(2) Es ging um ökonomisches Wachstum, Soziales sollte hierzu helfen.

Eine zentralistische Sozialpolitik ließ drittens nur geringen Spielraum für die einzelne Kommune, gerade auch betreffs des Wohnungsbaus. Insgesamt erfolgte eine Reduzierung der sozialen Funktionen der Kommunen zugunsten einer Aufwertung der sozialen Funktionen der Betriebe: Kindereinrichtungen, Kulturhäuser, Ferienlager etc. waren den Betrieben zugeordnet, die wiederum zentralistisch von Ministerien geleitet wurden und sich nur teilweise gegenüber den lokalen Interessen öffneten.

Eine systematische Demontage des historisch erreichten Niveaus des Städtebaurechts war Voraussetzung einer solchen Entwicklung. Die juristischen Regelungen zum Städtebau waren abgeleitet aus dem produktionsorientierten Investitionsrecht. Städtebauliche Maßnahmen wurden technokratisch als Investitionsgeschehen aufgefaßt, nicht als kulturelle Leistungen.

Die logische Konsequenz eines solchen anti-urbanistischen Gesellschaftskonzepts war das völlige Unverständnis der Herrschenden für die Bedeutung der Stadtkultur als innovativem Elitier gesellschaftlicher Entwicklung. Die Zerstörung kommunalen Selbstbewußtseins und die Erosion von Stadtkultur waren zwei kulturelle Voraussetzungen uneingeschränkter Zentralgewalt.

Paradoxe Weise wurde diese zentralistische Städtebaukonzeption begünstigt durch das bis in die 60er Jahre im internationalen Städtebau gültige Leitbild der Moderne betreffs

- des technokratischen Vorstellungsbildes von der Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse;
- des Bruches mit den Werten der alten Stadt, das die kulturelle Entwertung überlieferter Raumstrukturen als "negatives kapitalistisches Erbe" geradezu herausforderte;
- des Strebens nach der Entflechtung städtischer Funktionen,

nach monofunktionalen Stadtbereichen, das dem Konzept sektoraler zentraler Wirtschaftsleitung bestens entsprach.

Das städtebauliche Leitbild der Moderne traf sich mit dem zentralstaatlichen Gesellschaftskonzept ebenfalls in einem normativen Menschenbild, das den großen Gedanken sozialer Gleichheit aller in der sozialistischen Wirklichkeit auf Gleichmacherei bzw. Gleichförmigkeit der Lebensbedingungen versimpelte.

In den neuen Siedlungen sollten unter gleichen Bedingungen alle in gleichen Wohnungen leben, was durch eine hochgradige Gleichförmigkeit der Wohnarchitektur garantiert wurde. Jeder Bewohner sollte sich "als Teil der sozialistischen Menschengemeinschaft empfinden". Gravierend wurde die Rolle der kleinen sozialen Gruppe unterschätzt, die Rolle der Nachbarschaft, der gemeinschaftsorientierten Stadtbereiche, der Bewohner. Die "sozialistische Menschengemeinschaft" wollte man, nicht die konkrete zwischenmenschlich operierende Gruppe von Menschen. Interessensunterschiede waren im "näheren" Gemeinschaftsinteresse aufgehoben, was heißt, im Interesse der Herrschenden.

Konsequenzen für den Stadtalltag

Die Konsequenz eines solchen Gesellschaftsbildes ist in ihrer Vergegenständlichung heute ablesbar in den Städten der neuen Bundesländer. Sozial bedeutete sie vor allem einen Bedeutungsverlust des Städtischen in der Lebensweise. Stadtöffentlichkeit und Stadtbewußtsein verkamen in dem Maße, wie Grundfragen der Stadtentwicklung über die Köpfe der Bewohner hinweg entschieden wurden.

Jahrelang war Stadtöffentlichkeit sprachlos, bis sie sich im Oktober 1989 wieder als Protestpotential umso machtvoller formierte. Der Bewohner wurde nicht ernst genommen, weder als mündiger Bürger und damit als politisch Beteiligter an der Stadtentwicklung, noch als Selbstgestalter seiner Lebensumwelt. Das hatte mit logischer Konsequenz ein weitreichendes Desinteresse an öffentlichen Angelegenheiten zur Folge, wenig Engagement für die Erhaltung der öffentlichen Stadtumwelt, insgesamt einen kulturellen Bedeutungsverlust des öffentlichen Stadtraumes durch Rückzug des Bewohners ins Private.

Die fatale Konsequenz dieser Entwicklung war die Verfestigung

einer relativ wenig innovativen Lebensweise. Kennzeichnend für breite Schichten der Bevölkerung in der ehemaligen DDR ist eine stark privat- und familienorientierte Freizeitverbringung. Die Städtebaupolitik förderte bewußt eine wohnungs- und gartenorientierte Freizeitverwendung. Die Folge sind dichte Wohngebiete am Stadtrand und weitreichende Datschensiedlungen im Umland. Die Leute sollten sich nicht in der Stadt treffen, sie sollten in der Wohnung oder im Garten sein und mit sich zu tun haben und sich nicht um die Politik kümmern.

Die Resultate sind bekannt: das gesellschaftliche Leben stagnierte, die Modernisierung der Gesellschaft blieb in den 70er wie in den 80er Jahren aus. In fataler Weise erinnerte die alte DDR an ein auf dem Niveau der 60er Jahre stehen gebliebenes Land: Wohnungsgrundrisse, Niveau der Bauwirtschaft, Methodik der Stadtplanung, Organisation der Stadtverwaltungen etc.

In der Krise der Stadt offenbarte sich die Krise der Gesellschaft am augenscheinlichsten.

Vor diesem Hintergrund stößt die Neuorientierung der Städtebaupolitik in den neuen Bundesländern auf beträchtliche Schwierigkeiten.

Sozialpsychologische Barrieren einer neuen politischen Kultur der Stadtplanung

Die Probleme beginnen mit den Erfahrungsdefiziten der Bewohner im kämpferischen bzw. kooperativen rechtsstaatlichen Umgang mit Kommunalverwaltungen. Das Wissen, wie man Bürgerinteressen in die Stadtplanung einbringt, öffentlich macht, Finanzhilfen beschafft, Interessenverbände gründet etc. entwickelt sich erst langsam.

Mit den Bürgerinitiativen und Kunden Tischen des 80er Herbstes entstanden hoffnungsvolle neue Formen der Bürgerdemokratie, die insgesamt jedoch eine schmale Basis hatten und haben.

Die Kommunalverwaltungen sind besonders in kleineren Städten und Gemeinden personell und psychologisch kaum vorbereitet auf die praktische Gestaltung weitreichender kommunaler Selbstverwaltung - das Personaldefizit an Stadtplanern, Juristen, Finanz- und Verwaltungsfachleuten ist enorm. Das Warten auf Anweisungen "von oben" als eingeschlifene Verhaltensweise verschwindet nicht von heute auf morgen. Zudem stößt die

- unkomplizierte, nicht durch soziale Barrieren erschwerte Nachbarschaftsbeziehungen als Chance zu informeller Kommunikation zwischen Bewohnern mit verschiedenen Wertsystemen, Berufs- und Erfahrungswelten
- unkomplizierte Aneignung der Wohnumwelt insofern, daß die Bewohner kommunaler Häuser bislang Quasi-Eigentümer waren und vielerorts in unentgeltlicher Selbstinitiative die eigene Wohnung modernisiert und das Wohnumfeld gepflegt haben.

Der große kommunale Wohnungsbestand und der weitreichende kommunale Bodenbesitz bieten die Chance, das vorhandene informelle Selbsthilfepotential der Bewohner sozial sinnvoll und kostensenkend für die Stadterneuerung und -erhaltung zu nutzen. Anknüpfen wäre an Traditionen der Bürgerbeteiligung wie Hausgemeinschaften, Gruppen der Volkssolidarität, Frauengruppen, Elternaktive in Schulen und Kindergärten, Kirchengemeinden usw. - nicht alle Formen der Bürgerbeteiligung waren in der stattgehabten DDR formal und von oben kommandiert. Schon gar nicht die vielen Bürgerinitiativen, die wesentlich am Kippen des alten Regimes beteiligt waren und heute vor dem Problem neuer Ausgrenzung durch sich etablierende neue Kommunalpolitiker stehen.

Eines sollte klar sein: es geht hier nicht um Nostalgie nicht zu haltender Werte, sondern um Nachdenken über mögliche Verluste. Die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung zeigt in den neuen Bundesländern die Tendenz zur Negation aller sozialen und kulturellen Merkmale des Lebens, die westdeutschen Normen nicht völlig entsprechen. Das erleichtert die gesellschaftliche Erneuerung in jenen Fällen, wo das Festhalten an Altem hemmt und behindert sie dort, wo kultureller Reichtum und soziale Potentiale verloren gehen.

Gefährdete sozialstaatliche Regulationsdichte der Stadtentwicklung?

Der Prozeß der sozialen Ausdifferenzierung der ostdeutschen Gesellschaft ist in vollem Gange. Für jene Mehrzahl, die nicht gleich den Sprung in gute und gesicherte Einkommensverhältnisse schafft, ist eine sozialverträgliche Kommunalpolitik unerlässlich, ja noch wichtiger als in Deutschland-West, da ein

Einführung des Bundesbaugesetzes auf Wissensdefizite; die in alt-bundesdeutschen Ämtern eingespielten Handlungsabläufe müssen erst erlernt werden.

Größtes Hemmnis für die gesellschaftliche Erneuerung ist derzeit die Tatsache, daß das Ende des zentralsozialistischen Gesellschaftssystems von vielen Menschen - und keineswegs nur von den ehemals Systemkonformen - als kulturelle Entwertung eigenen Lebens, eigener Fähigkeiten erlebt wird.

Die Abschaffung der alten Verhältnisse erfolgte durch die Bürger, die ihre Sprachlosigkeit überwunden und ihre Mündigkeit wiederentdeckt hatten. Heute ist ihr Selbstbewußtsein schwer angeschlagen - nicht zuletzt durch das von den Medien überzeichnete "Graubild vom deutschen Osten".

Zu wenig wird in der öffentlichen Diskussion beachtet, daß Kultur und Ökonomie nicht identisch sind, daß die politische und ökonomische Pleite der ehemaligen DDR nicht eine mechanistische Absage an alle besonderen kulturellen wie sozialen Verhaltensweisen und Werte im Ostteil Deutschland bedeutet.

Soziale Chancen der Stadterneuerung

Not tut neues Selbstvertrauen der Bewohner, Stadtplaner und Kommunalpolitiker, um die Erneuerung der Städte in Gang zu setzen. Das könnte ansetzen an jenen sozial-kulturellen Besonderheiten des Lebens in den Städten der bisherigen DDR, die nicht diskussionslos als sozialismusspezifische "Altlast" ad acta zu legen sind, sondern umso stärker öffentlich thematisiert werden, je deutlicher sie gefährdet sind. Dazu zählen:

- weitreichende Mieterrechte und soziale Sicherheit im Wohnen
- sozialstrukturelle Mischung der Bewohner, kaum sozial-räumliche Segregation aufgrund bezahlbarer Mieten für alle und der Wohnraumvergabe nach sozialen Kriterien
- gleiche Chancen für alle Bewohner zur Aneignung der Stadtmwelt und Nutzung städtischer Dienstleistungen aufgrund niedriger Preise für öffentlichen Verkehr und andere kommunale Dienste
- flächendeckendes Netz sozialer Grundversorgung und -betreuung für die Kinder als Voraussetzung der Berufstätigkeit beider Elternteile

großer Teil der ostdeutschen Bevölkerung ohne wesentliche Rücklagen - faktisch mit Null - in die vergrößerte Bundesrepublik eintritt.

Abschbar sind

- höhere Preise für städtische Dienstleistungen, u. a. spürbare Preissteigerungen in der Kinderbetreuung;
- Mietpreiserhöhungen und -differenzierungen;
- mittelfristig anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, wobei Frauen überproportional betroffen sind.

Werden für einkommensschwächere Bewohnergruppen bei dieser Entwicklung schwer bestimmbare Schwellwerte überschritten, so können städtebaulich nicht sonderlich beglückende, sozial jedoch weitgehend intakte Stadtbereiche zu erstrangigen sozialen Problemgebieten werden.

Ernstzunehmen ist, daß die Kommunen in den neuen Bundesländern infolge der sich nur mühselig erneuernden kommunalen Verwaltungskultur - gepaart mit chronischer Finanzschwäche - hinter der in Deutschland-West durchgesetzten sozialstaatlichen Regulationsdichte der Stadtentwicklung zurückbleiben. Beobachtbare Folge ist die schwächliche Position der Kommunen gegenüber privaten Investoren, wie sie sich u. a. in der "Wild-Ost"-Stimmung beim Grundstücksverkauf darstellt und so die kommunale Bodenvorratswirtschaft aushebelt.

Insofern ist das in westdeutschen Städten durchgesetzte Niveau behutsamer Stadterneuerung längst nicht Allgemeingut: eine pessimistische Prognose könnte die absehbare Entwicklung in den neuen Bundesländern als "trojanisches Pferd" zur Infragestellung der Regulationsdichte bundesdeutscher Sozial- und Kommunalpolitik sehen. (Die Westberliner Fachkollegen spüren das derzeit schon am deutlichsten.)

Mithin ist die Politik des Bundes in eine hohe Verantwortung genommen, um günstige Rahmenbedingungen für das In-Gang-Setzen der Stadterneuerung in den neuen Bundesländern zu schaffen.

Stadterneuerung als Konjunkturprogramm und Katalysator gesellschaftlicher Erneuerung

- Die Überlagerung von
- großem Finanzbedarf für die Stadterneuerung sowie
 - wirtschaftlichem Strukturwandel mit der kurzfristigen Per-

len Selbstverwaltung der Schlüssel zur gesellschaftlichen Erneuerung in den neuen Bundesländern.

spektive beachtlicher Arbeitslosigkeit und ausbleibender kommunaler Steuereinnahmen aufgrund der ökonomischen Schwäche der ortsansässigen Wirtschaft

läßt erwarten, daß die Kommunen der neuen Bundesländer allein nicht aus der wirtschaftlichen Talsohle kommen, zumal der marode Zustand städtischer Infrastrukturen zum Hemmschuh ersten Ranges für die Erneuerung ihrer Wirtschaft geworden ist.

Literatur:

(1) Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR. Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrats der DDR vom Mai 1982

(2) Soziale Triebkräfte ökonomischen Wachstums. Materialien des 4. Soziologie-Kongresses der DDR, Berlin 1986

Die Kumulation von städtebaulichem Nachholbedarf, wirtschaftlicher Schwäche der Kommunen und geringen Wettbewerbschancen gegenüber westeuropäischen Städten macht klar, daß die massive öffentliche Unterstützung der Stadterneuerung zu einem entscheidenden Faktor der Wirtschaftsförderung geworden ist. So gesehen ist die Erneuerung der ostdeutschen Städte kein Resortproblem neben vielen anderen, sondern eine bindende Schlüsselfrage gesellschaftlicher Erneuerung.

Zin aus Sicht der Problemlage unerlässliches Sonderprogramm zum massiven Anschub der Stadterneuerung wäre

- wirtschaftsbelebend, indem über den Aufschwung der Bauwirtschaft andere Wirtschaftsbereiche mit stimuliert werden;
- arbeitsplatzschaffend, da behutsame Stadterneuerung arbeitsintensiv ist und insofern wichtigster Bestandteil kommunaler Beschäftigungspolitik werden kann;
- wertschöpfend, indem dauerhafte, nicht exportierbare Werte geschaffen werden, die langfristig und landesintern zur Verfügung stehen;

- Günstig für die Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas im Ostteil Deutschlands. Nicht zuletzt erwuchs der Mut der Bürger zum Sturz des alten Systems aus ihrer Empörung über kommunale Mißstände. Umgekehrt kann die unmittelbar erlebte Verbesserung der Lebensumwelt eine Aufbruchsstimmung bewirken. Derzeit sagen viele Bewohner maroder Altstadtegebiete: "mein Jahr seit der Wende - und immer noch passiert nichts."

Demokratische Entwicklung wurde in Deutschland immer befördert durch politisch und ökonomisch starke Kommunen. Undemokratische Entwicklungsetappen gingen stets einher mit rigider Einschneidung der kommunalen Rechte und Finanzen durch staatliche Zentralsewalt. Insofern ist das rasche Erstarren der kommunalen

Was wird sich an der Stadtentwicklung unter den neuen Bedingungen ändern?

Jiri Musil
Institut für Soziologie
der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften

Einleitung

In meinen Bemerkungen zu den Veränderungen in der Stadtentwicklung der Tschechoslowakei, die mit der Transformation unserer Gesellschaft zusammenhängen, benutze ich den konzeptionellen Rahmen, den ich in meinem Beitrag in der KZfSS, Sonderheft 29/1988, formuliert habe. Diesen Rahmen möchte ich in den folgenden Thesen zusammenfassen:

1. Die Veränderungen, in denen sich die post-kommunistischen Gesellschaften befinden, sind grundsätzliche gesellschaftliche Transformationen. Es sind Veränderungen des ganzen gesellschaftlichen Systems. Der Begriff der Reform beschreibt sie schon nicht mehr.
2. Die erwähnten Systemveränderungen beeinflussen kettenweise alle Lebensbereiche der Gesellschaft, das heißt auch die Stadtprozesse und Stadtstrukturen. Aus sachlichen, sowie auch aus analytischen Gründen ist es jedoch nötig, zwischen intrastädtischen und interstädtischen Prozessen zu unterscheiden.
3. Die Veränderungen der Städte und des Siedlungssystems sind vielseitig. Um ihre Komplexität besser zu verstehen, ist es nützlich sie in drei Dimensionen zu betrachten:
 - a) Veränderungen in der Struktur, den Zielen und in dem Verhalten der wichtigsten Stadtakteure;
 - b) Veränderungen in so genannten Organisationsprinzipien, d.h. in den Regeln, die das Verhalten der Stadtakteure leiten oder an denen sich diese Akteure orientieren, (z.B. Arten des Planens, ökonomische Mechanismen, Rechtsnormen usw.);
 - c) Veränderungen in den institutionellen Strukturen, hauptsächlich in der Verwaltungsstruktur, im rechtlichen Status der Städte und der Kommunalinstitutionen usw.

Die wichtigsten Systemveränderungen aus der Sicht der zukünftigen Stadtentwicklung

Zu den wichtigsten Systemstransformationen, die entweder schon jetzt oder in den nächsten Jahren die Stadtentwicklung beeinflussen werden, gehören hauptsächlich die folgenden:

- Zerfall des zentralistischen Wirtschaftsplanens und die stufenweise Einleitung der Marktwirtschaft, bzw. am Beginn eine gemischte Ökonomie; die konkreten Stufen sind: Reprivatisierung und Privatisierung der kleinen Unternehmen, das Bilden von Aktiengesellschaften im Bereich der Mittel- und Großunternehmen, Demopolisierung, das Gründen von Firmen mit Auslandskapital, Mitbestimmung, die Einleitung der internen und später auch der externen Konvertibilität der Währung. Ich möchte hier feststellen, daß man auch in den radikalsten Versionen der Transformation mit der Privatisierung von Bergbau, Stahlproduktion, Kraftwerken nicht rechnet. Auch alle öffentlichen und ohne Profit arbeitenden Unternehmen und Organisationen werden entweder ganz oder teilweise im Eigentum der öffentlichen - d.h. nicht nur staatlichen - Hände bleiben. Man rechnet auch mit einem relativ starken Genossenschafts - und Kommunalsektor.
- Alle Wirtschaftssubjekte, mit der Ausnahme des öffentlichen Sektors werden im Rahmen der Marktwirtschaft funktionieren und man rechnet dabei mit der Schließung der langfristig nicht ökonomisch effektiven Unternehmen; das kann bedeuten, daß ein Viertel bis ein Drittel der Unternehmen geschlossen wird.
- Restrukturierung der Wirtschaftsstruktur im Allgemeinen und der Industrie im Besonderen. Man rechnet mit der schrittweisen Schließung der energetisch und ökologisch aufwendigen Industrieunternehmen (Stahl, Rüstung, Chemie und Baumaterialien Industrie).
- Die Wiedereinleitung des Bodenmarktes und die Transformation des Wohnungssystems.
- Der Zerfall des Zentralismus in der öffentlichen Verwaltung und die Einleitung einer radikalen Selbstverwaltung, verknüpft mit einer beträchtlichen Dezentralisation der Verwaltung. Teil dieser Bewegung ist ein wachsender Trend zum kulturellen sowie auch politischen Regionalismus (c.f. Mähren, Schlesien).
- Niedergang des etatistischen Wohlstandstaates und seine Substituierung durch ein gemischtes System der Sozialversorgung.
- Das Eindringen des ökologischen Denkens in das Bewußtsein der Öffentlichkeit, der Verwaltung und der Wirtschaft.
- Das Wachsen von unterschiedlichen Wertorientierungen in fast allen Lebensbereichen, Entstehen eines Werte-Synkretismus. Das alles auch im Bereich der Siedlungspräferenzen. Entstehen einer unruhigen Gesellschaft mit Übergangs-Werte-Vakuum. Rasches Eindringen von post-modernen Gedanken in Entscheidungsprozesse.

Konkrete Veränderungen, die die Stadtentwicklung beeinflussen werden

Einführung der Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft wird das Verhalten der vier wichtigsten Stadtakteure, d.h. 1. der Industrie, 2. der tertiären Sphäre, 3. Eigentümer des Wohnungsfonds sowie des Baufonds im allgemeinen und 4. der privaten Haushalte, verändern. Man kann erwarten, daß am schnellsten die tertiäre Sphäre und die Besitzer der Wohnhäuser sowie auch der Häuser und Räume, die für andere Zwecke dienen, reagieren werden. In der zweiten Folge werden sich dann die Haushalte anpassen. Sehr unbeweglich wird dage-

gen das Benehmen der Industrie und anderen Großbetriebe sein. Die Reprivatisierung sowie die Privatisierung der Geschäfte und Gewerbe, die schon begonnen hat, wird rasch die Struktur und Verteilung der Betriebe im Stadtraum verändern. An erster Stelle ist mit einem Wachsen der Zahl der Geschäfte und Betriebe zu rechnen. Betrachtlich wird sich auch die Struktur ändern (z.B. die Zahl der Buchhändler wird sich verringern und umgekehrt wird die Zahl der Repro- und Kopierbetrieb, der Geschäfte mit Elektronik steigen). Aus den Stadtzentren werden Geschäfte mit Lebensmitteln und billige Restaurants verdrängt werden und durch Geschäfte mit spezifischen bzw. Luxusartikeln ersetzt werden. Parallel dazu wird wahrscheinlich die Zahl der Geschäfte und Gasthäuser sowie der Restaurants usw. in den Neubausiedlungen und in anderen Wohngebieten wachsen. Die Strukturveränderungen in den Stadtzentren werden zu beträchtlichen Ungleichgewichten führen, da in unseren Städten die Zentren noch teilweise Wohngebiete sind, wo ältere und oft auch ärmere Bewohnergruppen leben.

Die Industrie wird auf die neuen Bedingungen in den Städten wahrscheinlich mit Verspätung reagieren. Im allgemeinen kann man annehmen, daß die Einführung der Marktwirtschaft mehr die innere Struktur der Städte beeinflussen wird, als interstädtische Strukturen. Diese werden sich in Folge des neuen Verhaltens der Industrie vis à vis dem Markt und auch in der Folge der notwendigen Restrukturierung der Industrie ändern. Im allgemeinen kann man mit der Verstärkung der Polarisationsprozesse rechnen. Man kann annehmen, daß es in alten Industriegebieten (Ostrava Region, Nord Böhmen, Kladno, Pilsen) und Rüstungsindustriegebieten (Mittel Slowakei, Brünn) zur Schrumpfung der Produktion sowie zur Schließung von nicht wirtschaftlich effektiven Betrieben kommen wird. Im Gegenzug können die Städte, deren wirtschaftliche Basis Verbrauchsgüterindustrien bilden und die oft auch exportfähig sind (Bier, Konfektion, Porzellan, Glas, Lebensmittel) eine neue Dynamik erleben. Diese Polarisationsprozesse werden aber durch den Mangel an Wohnungen in den Wachstums-Städten, sowie umgekehrt durch den Überfluß an Wohnungen - den gibt es schon jetzt - in den schrumpfenden Altindustriegebieten, gedämpft. Das alles kann zu ziemlich großen Spannungen führen.

Eine Wachstumschance haben auch die Kurorte und Städte, die touristisch attraktiv sind - selbstverständlich Prag mit seiner Agglomeration. Prag wird sich sehr rasch internationalisieren und sich hoffentlich zu einer europäischen Stadt der Kultur- und Politik-Begegnungen entwickeln.

Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes wird wahrscheinlich schon in den nächsten Jahren zur Belebung der Arbeitsmobilität und der Migration führen. Wegen des Wohnungsmangels wird der neue Arbeitsmarkt hauptsächlich das Wachsen der Zahl der kurzfristig Beschäftigten beeinflussen. Die soziologischen Folgen dieser Entwicklung sind klar.

Die vorgesehenen Änderungen in der Eigentumsstruktur, hauptsächlich die Wiedereinführung des Privateigentums von Kleinbetrieben, wird auch zu Strukturveränderungen in den Städten führen. Wir denken dabei an die möglichen positiven Wirkungen auf die historischen Stadtkerne, die in den letzten 50 Jahren von Auszehrung betroffen waren. Diese historischen Stadtkerne können, in der Tat, wieder durch kleine Privatgeschäfte sowie Privatgewerbe aktiviert

und revitalisiert werden. Selbstverständlich wird das von den Ortsbedingungen sowie von der Struktur dieser Privatinitiative abhängig sein. Es ist wahrscheinlich die letzte Chance, die historischen Teile der tschechischen Städte zu retten. Die Situation der slowakischen Stadtkerne ist, mit einigen Ausnahmen, fast hoffnungslos.

Alles weist darauf hin, daß es in dem Übergang von der Zentralplanung zur Marktwirtschaft zu einer beträchtlichen Arbeitslosigkeit sowie zu einer Schrumpfung des Lebensstandards kommen wird. Das wird auch das Siedlungsverhalten der Bevölkerung beeinflussen. Zur Zeit wissen wir jedoch nicht, wie sich die Bevölkerung an diese Tatsachen anpassen wird. Wir rechnen mit verschiedenen Haushaltsanpassungsstrategien. Zum Beispiel: Man kann selbstverständlich mit einer Migration in die Gebiete, wo das Angebot an Arbeit günstiger wird, reagieren aber es ist auch möglich, daß zum Beispiel die Bergarbeiter in der Ostrava Region - die sich neue Einfamilienhäuser gebaut haben - dort wohnen bleiben werden und lieber von Unbeschäftigungszuschüssen und wahrscheinlich auch vom Einkommen der Frauen leben werden oder auch kurzfristig in anderen Städten als z.B. Bauarbeiter arbeiten werden, als daß sie ihre Häuser verlassen. Die Reaktion auf diese Situation wird auch nach Altersgruppen variieren. In der Tat ist die Lage der Jungen in diesen Gebieten schon jetzt die schwerste.

Es ist deshalb nicht klar, ob das Volumen der Migration im allgemeinen steigen wird oder nicht. Wir rechnen auch mit einer wirtschaftlichen Emigration ins Ausland, mit Saisonarbeit im Ausland (dies existiert schon in Grenzgebieten mit der Bundesrepublik Deutschland und auch mit Österreich) und auch mit einer Immigration aus den Balkanländern und in der Zukunft auch aus der Sowjetunion in die CSFR. Dies wird ebenfalls zu neuen Spannungen führen.

Wiedereinführung des Bodenmarktes

Für die Zukunft der Städte wird die Wiedereinführung des Bodenmarktes und der Differenzierung der Bodenpreise besonders wichtig werden. Ohne die Unterschiede in der Reaktion der individuellen Kategorien der Stadtkerne in Betracht zu ziehen, kann man folgende Entwicklungen voraussagen:

- Auch in diesem Falle gilt es, daß die Veränderungen im Bereich intrastädtischen Bereich beträchtlicher sein werden als im Bereich des Siedlungssystems, d.h. im Sinne der interstädtischen Transformationen.
- Der Trend zu höheren Bodenpreisen und zu höheren Preisen für Räume für andere Zwecke als Wohnen - in zentralen Zonen der Städte - führt schon jetzt zu den ersten Änderungen in der Struktur der Geschäfte und Dienste und nach der Privatisierung wird sich dieser Trend zur größeren Arbeitsteilung im Stadtraum noch vertiefen.
- Man kann hoffen, daß diese Entwicklung der Revitalisierung der historischen Stadtkerne behilflich sein wird.
- Die höheren Bodenpreise in Großstädten und mittelgroßen Städten werden langfristig als Dämpfungsfaktor für das Wachstum dieser Städte wirken. Dies kann die Attraktivität der Kleinstädte steigern.

- Eine weitere Folge der Bodenpreisdifferenzierung wird eine ziemliche Steigerung der Verstädterung in der Umgebung der großen Städte sein.

Änderungen des Wohnungssystems

In der Entwicklung der Städte werden in der Zukunft auch die Änderungen des Wohnungssystems eine wichtige Rolle spielen. Für die nächste Zukunft muß man mit einer Beschränkung des Wohnungsbaus rechnen. Es gibt mehrere Gründe dafür. Zu den wichtigsten gehören: Die Beschränkung der Wohnungsproduktion auf der Basis des industriellen Plattenbau-Systems, die steigenden Preise, die schrumpfenden Staatsmittel für die Subvention des Wohnungsbaus, sowie wachsende Bodenpreise. Das alles wird als eine Wachstumsbarriere - am meisten in Großstädten, aber teilweise auch in mittelgroßen und in kleinen Städten - wirken.

Man kann annehmen, daß der Anteil der neuen Privathäuser sich vergrößern wird und in der nahen Zukunft mehr als die Hälfte des Wohnungszuwachses darstellen wird. In der Gegenwart bewegt sich der Anteil dieser Wohnungen zwischen 30-40 %.

- Der Aufbau großer Wohnsiedlungen wird schon in der nahen Zukunft zurückgehen und die Städte werden mehr organisch wachsen, d.h. in der Form kleiner Nachbarschaften in mehreren Standorten am Rande der Städte.
- Das Wohnen wird teurer sein; man rechnet schon jetzt mit der Einführung der "ökonomischen Mieten" im kommunalen Wohnungsfond und mit steigenden Preisen in Wohnungsgenossenschaften. Stufenweise wird die Politik des billigen und dabei substandardhaften Wohnens abgebaut und durch differenzierten Wohnungsbau ersetzt. Man rechnet dabei mit dem Anwachsen von Eigentumswohnungen und auch mit dem Verkauf der Kommunalwohnungen an Privathaushalte.
- Im ganzen Wohnsystem werden marktwirtschaftliche Regeln verstärkt und auch die Lage der Wohnung und die Qualität der Umgebung werden in der Preisbildung zum Ausdruck kommen. In jedem Falle wird sich das ganze Wohnsystem innerlich differenzieren und daraus wird eine neue Art der sozialräumlichen Organisation der Städte entstehen. Die Einkommensdifferenzen sowie Vermögensunterschiede werden eine größere Rolle spielen als in den sogenannten sozialistischen Städten, in denen die demographischen Variablen ziemlich stark wirkten. Wahrscheinlich wird sich das Volumen der Umzüge in den Städten vergrößern und dies wird mit anderen Faktoren zur größeren Segregation in der Sozialstruktur führen. Ganz bestimmt kann man auch mit einem Anstieg der Untermieter rechnen.

Verbesserung der Umwelt

Die Tschechische Republik gehört mit der ehemaligen DDR zu den Gebieten Europas, die am stärksten umweltgeschädigt sind. Deshalb wird die "ökologische" Reaktion auf diese Lage, als einer der wichtigsten Faktoren der Stadtentwicklung im böhmischen und mährisch-schlesischen Raum sein. Das jetzt internalisierte ökologische Denken der Öffentlichkeit, sowie der politischen Gremien führt in der gegenwärtigen schwierigen Situation der Wirtschaft zu einem fast unlösbaren Dilemma. Das alles ist noch dramatisiert durch die jetzige Energiekrise.

Der Mangel an Finanzmitteln für Investitionen zur Umweltverbesserung wird langfristig als Barriere für das Wachstum der Großstädte sowie der mittelgroßen Städte wirken und erhöht automatisch die Anziehungskraft der kleineren Städte mit relativ guter technischer Infrastruktur. Es ist möglich, daß die Verstädterung der CSFR durch diese Barriere ganz beträchtlich verlangsamt wird. Die Unfähigkeit die Umweltlage in manchen Gebieten, z.B. in Nord-Böhmen, schnell zu verbessern kann in Zukunft durch die Verbesserung des Wohnungsangebots in anderen günstigeren Teilen des Landes, zum Verlassen dieser Gebiete und zu großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der dortigen Betriebe führen.

Zerfall des Zentralismus in der Verwaltung

Sehr wichtig für die Entwicklung der Städte werden auch die Reformen in der Staats-, Regional- und Gemeindeverwaltung sein. Gegenwärtig beginnt man die zehn Kreise der Federation abzuschaffen und in der Tschechischen Republik wird man wieder zum System der Länder zurückkehren. Man rechnet mit der Vergrößerung der Bezirke und mit der Einführung von relativ kleinen Verwaltungseinheiten (ehemalige Gerichtsbezirke). Es gibt einen Konsens, daß man die Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte erweitern und vertiefen soll. Dabei soll auch die wirtschaftliche Selbständigkeit der Städte verstärkt sein. Das alles soll zur Verstärkung des lokalen Patriotismus führen und zweifellos wird sich das zu einem intensiveren Wettbewerb zwischen den Städten führen.

In Folge aller dieser Entwicklungen muß man mit einer Verlangsamung des quantitativen Wachstums der mittelgroßen Städte und auch Großstädte - mit der Ausnahme von Prag, Bratislava und Brno - rechnen, sowie mit einem selektiven Wachstum der Kleinstädte. Diese Maßnahmen werden wahrscheinlich zur Verstärkung der Polarisierungsprozesse und zum Anwachsen der Unterschiede zwischen relativ reichen und armen Städten führen, die größer sein werden als im bisherigen sozialistischen System der Redistribution, das zur Abschaffung der regionalen Unterschiede und interurbanen Differenzen dienen sollte. Zu denselben Effekten wird auch die Abschaffung des etatistischen Wohlfahrtsstaates beitragen. Man muß deshalb mit einer größeren Differenzierung zwischen den Städten in der Zukunft rechnen.

Eine Schlußbemerkung: Meine Betrachtungen über die möglichen Folgen der Transformatierung des sogenannten realen Sozialismus in eine demokratische Gesellschaft klingen nicht allzu optimistisch. Ich möchte daher noch einmal betonen, daß es sich dabei um sehr tiefe und komplexe Veränderungen handelt und daß das Entstehen von schwierigen Problemen ein notwendiger Teil des Überganges selbst ist. Manche Effekte dieser Revolution gehören natürlich zu dauerhaften Merkmalen der sich neu gestaltenden Gesellschaft. Das betrifft z.B. die Vertiefung der regionalen und städtischen Ungleichheiten, einen intensiveren Wettbewerb zwischen den Städten usw. Jedoch nach einer lebenslangen Erfahrung mit dem realen Sozialismus betrachte ich diese Phänomene aus unserer Situation der allgemeinen Stagnation als etwas positives. Alles hängt nämlich von der Perspektive ab und die ist eng mit der Erfahrung mit verschiedenen Gesellschaftssystemen verknüpft.

Stadtentwicklung und neue Bedingungen in der CSFR

Interurbane Prozesse

Faktoren der Veränderung	Konzentration d. Bevölkerung in Städten	Regionale Differenzierung	Regionale, sektoriellen- und metropolitanischen Prozesse	Suburbane Differenzierungsprozesse
Einleitung der Marktwirtschaft	0	+	+	+
Privatisierung und Reprivatisierung	0	0	0	0
Restrukturierung der Wirtschaft und der Industrie	1	+	+	+
Wiedereinführung des Bodenmarktes	1	+	+	+
Zerfall des Zentralismus in der Verwaltung	0	+	+	+
Niedergang des etatistischen Wohlfahrtsstaates	1	+	0	1
Ökologie im Denken, Verwaltung und Wirtschaft	1	0	1	+
Wertesynkretismus, wachsende Unterschiede in Wertorientierungen	0	+	+	0

Intraurbane Prozesse

Faktoren der Veränderung	Funktionale Differenzierung	Soziale Ungleichheiten	Räumliche Ungleichheiten
Einleitung der Marktwirtschaft	+	+	+
Privatisierung und Reprivatisierung	+	+	0
Restrukturierung der Wirtschaft und der Industrie	0	+	+
Wiedereinführung des Bodenmarktes	+	+	+
Zerfall des Zentralismus in der Verwaltung	0	1	0
Niedergang des etatistischen Wohlfahrtsstaates	0	1	0
Ökologie im Denken, Verwaltung und Wirtschaft	1	0	1
Wertesynkretismus, wachsende Unterschiede in Wertorientierungen	+	0	+

Kazimierz Z. Sowa

Die Entwicklung Krakaus unter der Planwirtschaft

1. Zum Wesen der sogenannten sozialistischen Planwirtschaft

Auf dem Umschlag des in diesem Jahre im Fachbereich Raumplanung Universität Dortmund u.d.T. "Raumplanungstheorie seit 1945" herausgegebenen Buches sieht man eine geistreiche Sequenz von drei Bildern, die die Rolle eines Planers in Ländern mit Marktwirtschaft illustriert. Das erste Bild stellt einen zufriedenen Planer, der ein Schiff in eine exakt bestimmte Richtung steuert, dar. Das zweite Bild zeigt, daß sein Schiff in Wirklichkeit auf eine Sandbank geraten ist. Erst das dritte Bild enthüllt die volle Wahrheit: jene Sandbank bildet tatsächlich den Rücken eines gewaltigen Walfisches, dessen Name "Markt" ist.

Auf eine identische Art und Weise kann man die Rolle des Planers und der Planung in Ländern mit sogenannter sozialistischer Planwirtschaft (seit über vierzig Jahren in Osteuropa obligatorisch) darstellen, jedoch mit einem wesentlichen Unterschied: das Schiff des Planers ist nämlich nicht auf dem Rücken des im Grunde genommen sanften Walfisches placiert, sondern auf dem eines raubgierigen Haifisches, dessen Name "Macht" ist.

Bei diesem scherzhaften Vergleich handelt es sich jedoch nicht nur um ein effektvolles Wort- und Symbolspiel. Bildet nämlich der Markt in den Ländern des Westens den Hauptregulierungsfaktor des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lebens, so spielte die politische Macht die Rolle eines solchen Regulierungsfaktors in den Ländern des Ostens, besonders in den sogenannten sozialistischen - auf jeden Fall bemühte sie sich sehr darum (in diesen Ländern gab es im Grunde genommen keine andere Macht).

Den einfachen Menschen, aber leider nicht selten auch den Spezialisten, die in den individualistischen Systemen des Westens erzogen und darin wirkten, fiel es schwer, das Wesen der in den sogenannten Ländern des realen Sozialismus bestehenden Gesellschaftsordnung, die wohl als "kollektivistischer Zentralismus" ¹⁾ am treffendsten genannt werden kann, zu begreifen. Diese Schwierigkeit ergab sich aus der folgenden Tatsache: Wird die soziale Wirklichkeit in den westlichen Gesellschaften durch menschliche Handlungen geschaffen (durch das Interesse der einzelnen Individuen und das allgemein geltende Rechtssystem reguliert), so war jedes kreative Handeln in den Ländern des realen Sozialismus der politischen Macht vorbehalten, die die meisten Verhaltensweisen der ihr untergebenen Bürger kontrollierte und gestaltete und sich darum eigentlich sehr viel Mühe gab. Der Einzelne sollte in diesem System nicht gemäß einem von ihm selbst definierten Interesse handeln, sondern im "Interesse des Kollektivs", das von seiner Macht formuliert wurde. Für solch eine Macht hatten Fakten und ihnen angemessene Handlungsmaßnahmen keine Bedeutung, sondern ausschließlich Ziele, die Richtungen und Handlungsmaßnahmen bestimmten. Aus-

gezeichnet brachte das ein Dramatiker zum Ausdruck, als er einem der Helden seines Theaterstücks - dem Bevollmächtigten einer totalitären Regierung - die folgenden, an den Botschafter der Regierung eines liberalen Staates gerichteten Worte in den Mund legte: "Weil nur das zählt, was sein sollte, und nicht das, was ist. Daß wir euch überlegen sind, besteht eigentlich darin, daß ihr nur wißt, wie die Welt aussieht, und wir wissen, wie sie auszusehen hat. Ihr habt keine Perspektive. Ihr beschäftigt euch laufend mit der Welt, und wir bereiten ihre Version in Zukunft vor, die endgültige Version der Welt." ²⁾

In diesem Zitat ist auch die ganze Philosophie der sozialistischen (kommunistischen) Planung enthalten. Die Kommunisten besaßen eine fertige, "endgültige Version der Welt" und waren bestrebt, sie mit Hilfe von militärischen Verwaltungsmethoden zu realisieren. Der "Zentrale soziale Wirtschaftsplan" wurde eigentlich nach dem Beispiel von militärischen Operationsplänen aufgestellt und verwirklicht, also mit Hilfe der Direktivverwaltung, die im Bestimmen von Aufgaben und Zuweisung von Mitteln für ihre Realisierung bestand. Deshalb war die sogenannte "sozialistische Planwirtschaft" in ihrem Wesen eine gewöhnliche Befehlswirtschaft (the command economy) - wie sie Benjamin N. Ward noch im Jahre 1967 treffend bezeichnet hatte.

Die praktische Realisierung dieser Planwirtschaft war durch zwei grundsätzliche Antinomien gekennzeichnet, die über ihre Unwirksamkeit entschieden und letzten Endes zur Niederlage dieser Wirtschaftsform geführt haben. Die eine bestand darin, daß man mit Hilfe eines militärischen Operationsplans Güter eher erobern - als produzieren - kann. Die Realisierung des Direktivplans erfordert nämlich vor allem Disziplin und blinden Gehorsam, eine effektive Produktion stützt sich dagegen auf individuelle (persönliche) Kalkulation und Unternehmungslust der Arbeitskräfte. Das System war also nicht in der Lage, unentbehrliche Mittel für die Verwirklichung des angenommenen Plans selbst hervorzubringen - es mußte von außen unterstützt werden. Diese Unterstützung von außen konnte - und so war es wirklich - zweierlei sein: 1. Kriegsbeuten ³⁾, 2. ausländische Kredite. Es ist also kein Zufall, daß z.B. das sozialistische Polen in den Siebziger Jahren seinen größten und zugleich einzigen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte, als das Land westliche Anleihen von mehreren Milliarden bekommen hatte. Es war nicht imstande, sie abzutragen, gerade aus dem Grunde, weil die sozialistische Wirtschaft organisch unfähig ist, sich intensiv zu entwickeln. So mangelte es immer in der Planwirtschaft, von der hier die Rede ist (falls es keine Unterstützung von außen gegeben hat), an Mitteln für eine sinnvolle Realisierung des angenommenen Plans. Deswegen nannte J. Kornai die sozialistische Wirtschaft Defizitwirtschaft - economy of shortage.

Die andere Antinomie betraf die technische Seite der Verwirklichung des Plans. Kommunistische Wirtschaftspläne - besonderes die im Bereich der Raumwirtschaft - hatten einen komplexen Charakter, d.h. sie umfaßten alle Wirtschaftsgebiete oder sogar alle (wie es den Planern schien) Bereiche menschlicher Bedürfnisse. Die Verwaltung der Wirtschaft hatte dagegen einen Zweig- oder Branchencha-

rakter, d.h. einzelne Wirtschaftszweige wurden von einzelnen Ministerien gesondert verwaltet. (Dies war hinsichtlich der Komplexiertheit und des Umfangs angenommener Pläne notwendig.) Diese "Zweiglichkeit" (separate Verwaltung einzelner Wirtschaftszweige) erschwerte, und machte es praktisch unmöglich, den Plan komplex zu realisieren. Das war besonders in der Stadtwirtschaft sichtbar, deren einzelne Abteilungen verschiedenen Zentralämtern unterstanden. Diese Ämter führten ein ununterbrochenes Spiel um unentbehrliche Mittel für die Realisierung des Plans, an denen es, wie ich schon erwähnt habe, mangelte. Deshalb wurden - weil es ja unmöglich war - sozialistische Wirtschaftspläne nie auf eine komplexe Weise verwirklicht. Das führte zu enormen Disproportionen in der Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige und folgerichtig zur Auflösung des ganzen Wirtschaftssystems.

Das im obigen kurz skizzierte System der Planwirtschaft unterzieht man in Polen - und in anderen postkommunistischen Ländern auch - derzeit einer grundlegenden Umgestaltung, aber seine materiellen und gesellschaftlichen Folgen werden noch jahrzehntelang bestehen. Deren Ausmaß und Dauerhaftigkeit kommen gerade in der Stadtwirtschaft eindeutig zum Vorschein. Krakau - seine Entwicklung und Veränderungen, die sich dort im Laufe der letzten vier Jahrzehnte vollzogen haben, sind hier ein besonderes anschauliches Beispiel.

2. Bemerkungen über die geschichtliche Entwicklung von Krakau

Krakau ist eine tausendjährige Stadt - die uralte Hauptstadt Polens. Eine exakte Entwicklungskontinuität besitzt Krakau seit der Hälfte des 13. Jahrhunderts, mit der Übernahme des Magdeburger Stadtrechts. Im Verlauf ihrer ganzen Geschichte bis zur Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Stadt ein Verwaltungs- (ausgenommen das 19. Jahrhundert) und Kulturzentrum und außerdem ein Zentrum des religiösen Lebens. Bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts war Krakau die Hauptstadt Polens. Nachdem der Königssitz nach Warschau verlegt worden war, blieb sie Krönungsstadt polnischer Könige.

Besonders interessant - und in gewissem Sinne eigen - war die Entwicklung von Krakau im 19. Jahrhundert. Wie bekannt, war das 19. Jahrhundert ein Jahrhundert der Urbanisierung. Die meisten europäischen Großstädte wuchsen im Laufe des 19. Jahrhunderts und der Hauptfaktor ihres Aufblühens war die Industrie. Krakau war jedoch keine Industriestadt. Bis zur Hälfte des 19. Jahrhunderts galt in der Stadt ein altes Zunftrecht, das den Zünften in der Produktionstätigkeit das Alleinrecht gewährte. Im Jahre 1860 wurde ein neues Industriegesetz in der Stadt erlassen. Es nahm jedoch keinen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Industrie. Noch im Jahre 1890 gab es in Krakau mehr Dienstpersonal, das in den Gutsbesitzer- und Patrizierhäusern beschäftigt war, als Industriearbeiter. Eine bedeutendere Entwicklung der Industrie erfolgte in der Stadt erst im 20. Jahrhundert. Krakau war in jener Zeit weder Administrations- (nach dem Anschluß von Klempolen an Österreich wurde Lemberg die Hauptstadt von Galizien) noch Handelszentrum. Zugegeben sei, daß Krakau in der Zeit der Krakauer Republik (1815 - 1846) im Welthandel eine gewisse Rolle gespielt hat, später aber - nach der Angliederung der Stadt an Österreich - wurde

diese Rolle - infolge der Erhöhung von Zollgebühren und Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland - geringer.

Obwohl es jedoch in Krakau an jenen grundlegenden, für die Urbanisierung des 19. Jahrhunderts typischen stadtbildenden Faktoren gefehlt hatte, erlebte die Stadt gerade im 19. Jahrhundert, und insbesondere in der zweiten Hälfte, eine stürmische Entwicklung. Sie wurde an der Schwelle des 20. Jahrhunderts Großstadt, erreichte und überschritt schnell die Zahl von 100 000 Einwohnern. Eine derartige Entwicklung der Stadt war der Tatsache zu verdanken, daß Krakau im Laufe des 19. Jahrhunderts zur illegalen Hauptstadt des nicht existierenden Polens, zur Pflegestätte des Polentums und zur Schatzkammer nationaler Werte wurde und eben diese Funktion war der Hauptfaktor seiner Stadtentwicklung. Dies wurde dank zweier Umstände möglich: der geschichtlichen Rolle der Stadt und ihrer aktuellen politischen Situation (gemeint ist die Liberalisierung der Beziehungen mit Österreich nach 1866). Krakau wurde in jener Zeit ein reges Zentrum der polnischen Wissenschaft, Kultur und Kunst. Hier entstanden neue intellektuelle und politische Bewegungen und auch moderne politische Parteien. Hier siedelten sich einige Hundert sehr wohlhabende aristokratische und Gutsbesitzerfamilien an; sie brachten ein Kapital mit sich, das der Stadtentwicklung diente. Nach Krakau begannen auch Hunderte von Touristen, um sich des gegenwärtigen Idioms zu bedienen, aus allen polnischen Landen und auch aus dem Auland (extra für Jugendliche organisierte Ausflüge) zu strömen.

So war Krakau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - vom ökonomischen Standpunkt aus gesehen - eine ausgesprochen Konsumtionsstadt. Sie entwickelte sich aber dank der Anstrengungen des ganzen Volkes und stützte sich auf das aus allen Ecken und Enden Polens gelockte Kapital. In gesellschaftlicher Dimension war es jedoch ein in höchstem Maße schöpferisches Zentrum, weil es die Nationalkultur aufrecht erhielt und weiter entwickelte. Das fand im Körper der Stadt, in Städtebau und Architektur seinen prägnanten Niederschlag⁴⁾.

Auch in bezug auf ihre städtebauliche Entwicklung weist Krakau eine besondere historische Spezifik auf. Die städtebauliche Struktur des historischen Krakau blieb seit etwa 750 Jahren absolut unverändert. Die Altstadt bildet bis heute ein enges Zentrum. Der physische Raum von Krakau ist eine klassische strahlenförmige Ringstruktur, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts endgültig herausgebildet hatte (bei einer schachbrettartigen Anordnung des Zentrums). Krakau besaß - wenn man die mit der Stadt eng verbundenen Vororte einschloß - seit Jahrhunderten eine einem Kreis ähnliche Form. Im 19. Jahrhundert betrug der Radius dieses Kreises etwa 1,5 km, zu Beginn des 20. Jahrhunderts wuchs er auf ca. 4 km an und Mitte dieses Jahrhunderts - nach den deutschen Beschlüssen, die die Verwaltungsgrenzen der Stadt erweiterten - erreichte er 8 km. Die Innenstadt von Krakau war immer eine Innenstadt im engsten Sinne des Wortes: sie befand sich immer in der Mitte der Stadt und übte die Funktionen eines Zentrums aus, sowohl für Verkehr als auch für Kultur und Handel.

Diese Struktur wirkte und wirkt sich weiterhin auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Raum und Bevölkerung der Stadt aus: es schränkte nämlich die "Durchlässigkeit", die Leistungsfähigkeit und innere Struktur des Zentrums ein. Aufgrund seiner funktional-urbanistischen Struktur dürfte Krakau nie mehr als 500 000 Einwohner erreichen, die optimal obere Bevölkerungsgrenze könnte man bei 350 000 Einwohnern festlegen (wenn man als Kennziffer, gemäß der urbanistischen Regel, die Zahl der Einwohner annimmt, die auf eine bestimmte Flächeneinheit des Zentrums entfällt). Wenn sich Krakau nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Wege einer natürlichen wirtschaftlich-räumlichen Evolution entwickelt hätte, würde es sich - und dies asymptotisch - der Grenze von 500 000 Einwohnern nähern. Aber die Nachkriegsentwicklung von Krakau war Ergebnis der Handlungen und politischen Entscheidungen, die - von den Stadtinteressen und dem Willen ihrer Einwohner völlig abgetrennt - getroffen wurden. Eine sinnlose und rücksichtslose Verwirklichung dieser Entscheidungen brachte nach einigen Jahrzehnten die Stadt an den Rand einer städtebaulichen und ökologischen Katastrophe.

3. Anomalien und Antinomien der Entwicklung von Krakau in der Periode der sozialistischen Planwirtschaft

Wie ich schon eingangs angedeutet habe, war der außergewöhnlich fortgeschrittene Administrations- und Entscheidungscentralismus eines der Hauptmerkmale des sogenannten realen Sozialismus. Über die Entwicklungsrichtungen des ganzen Landes und seiner einzelnen Gebiete entschied die sogenannte Plankommission beim Ministerrat, die faktisch dem Politbüro der kommunistischen Partei untergeordnet war. In den einzelnen Bezirken und Städten gab es zwar lokale Plankommissionen, aber sie waren nicht der örtlichen Behörde unterstellt, sondern der Plankommission in Warschau. Alle wichtigeren Planungsentscheidungen, z.B. die über Lokalisierung von Industriebetrieben, mußten auf zentraler Ebene getroffen werden (in den siebziger Jahren mußte sogar die Entscheidung über den Bau eines Kindergartens vom Ministerpräsidenten bewilligt werden).

Der Sozialismus sollte allseitige Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen, er gab aber tatsächlich der Entwicklung der Schwerindustrie absolute Priorität. Dies resultierte einerseits aus Stalins falscher Einschätzung der Rolle der Schwerindustrie in der Wirtschaftsentwicklung, andererseits verband sich dies notwendigerweise mit der von Kommunisten betriebenen Politik forciertem Aufrüstungen. Sie glaubten an die Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus; außerdem brauchten sie eine militärische Kraft, um ihre eigene Gesellschaft im Zaum zu halten.

Es war nötig, an diese zwei Prinzipien kommunistischen Wirtschaftens zu erinnern, damit man Entwicklungsmechanismen von Krakau nach dem Zweiten Weltkrieg völlig begreifen kann. Man sollte noch hinzufügen, daß Krakau von den neuen Machthabern zum Hauptzentrum politischer Reaktion und Opposition gegen den Kommunismus erklärt wurde. Hier - und zwar nur hier - verloren die Kommunisten ihre erste Volksabstimmung, die u.a. die Nationalisierung der Industrie betraf. Somit hatten die Entwicklungspläne von Krakau nicht nur

einen wirtschaftlichen, sondern auch einen politischen Charakter.

Krakau war für die Entwicklung von Schwerindustrie auf seinem Gebiet oder in seiner nächsten Umgebung gar nicht geeignet, und das sowohl im Hinblick auf seine Raumstruktur als auch auf seine geographische Lage (schwach durchlüftetes Urtal der Weichsel). Aber eben hier - 9 km östlich vom Hauptmarkt - hat man die größte Stahlhütte im Lande und eine der größten der Welt (jahrelang trug sie den Namen "Lenin-Stahlhütte") gebaut. Den Beschluß über den Bau faßte man ausgerechnet nach der von den Kommunisten zuvor verlorenen Volksabstimmung. Die Presse aus jener Zeit informierte viel über gesellschaftliche Vorteile, die diese Investition für Krakau mit sich bringt: insgesamt sollten sie darin bestehen, daß ein reges Zentrum der Arbeiterklasse in dieser Stadt gegründet wird.

Der Beschluß vom Jahre 1949 - unter energischen Protesten der Einwohner von Krakau und passiver Haltung ihrer Verwaltung in Warschau gefaßt - sah den Bau einer Stahlhütte mit einer Produktionskapazität von 1,5 Mill. Tonnen Stahl jährlich und den Bau einer neuen Arbeiterstadt für 100 000 Einwohner vor. Wenn man diese Pläne wirklich gehalten hätte, wäre Krakau vielleicht heutzutage nicht in eine ökologische und städtebauliche Katastrophe geraten. Aber die Pläne wurden in der sozialistischen Wirtschaft nicht beachtet. Es war im Grunde genommen ein zentrales Verwaltungssystem militärischen Charakters und kein Planungssystem, so wie man im Westen diesen Begriff versteht. So hat man z.B. den Beschluß über die Produktionskapazität dreimal geändert: 1959 wurde die geplante Produktionskapazität bis zu 3,3 Mill. Tonnen Stahl vergrößert, 1961 bis zu 5,5 Mill. Tonnen und schließlich Anfang der siebziger Jahre bis zu 10 Mill. Tonnen Stahl jährlich (die wirkliche maximale Produktion erreichte das Kombinat im Jahre 1977 - fast 7 Mill. Tonnen Stahl; später begann die Produktion zu sinken). Die Änderungen der Produktionsbeschlüsse hatten sowohl fatale ökologische als auch städtebauliche Folgen. Eine für 100 000 Einwohner projektierte und schon im Jahre 1960 praktisch errichtete neue Stadt - ein Wohnviertel von Krakau, Nowa Huta, wurde weiter intensiv, aber völlig chaotisch ausgebaut, was in der Raum- und Sozialsphäre eine Reihe von pathologischen Folgen nach sich zog. Zur Zeit zählt die Stadt - das Wohnviertel Nowa Huta - fast 250 000 Einwohner. Die Entwicklung des alten Krakau dagegen, eine notwendige Modernisierung seiner technischen Infrastruktur und Sanierung der Wohnsubstanz und Baudenkmäler wurde eigentlich gestoppt oder wesentlich erschwert.⁵⁾ Wenn man das ganze Problem allgemein auffaßt, lassen sich die negativen Folgen, die die hier besprochene Investition mit sich brachte, in fünf Punkten zusammenfassen:

(1) Katastrophale Folgen der Umweltvergiftung

Die Lenin-Stahlhütte (seit Januar 1990 die Sedzimir-Stahlhütte) wurde aufgrund von veralteten sowjetischen Technologien, die auf amerikanischen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen Lösungen fußten, erbaut. Jene Technologien berücksichtigten überhaupt keine europäischen Umweltschutznormen

(und sie berücksichtigen sie heute auch nicht). Außerdem wurde die Erweiterung des Stahlkombinats durch den Bau - auf dem Gebiet von Krakau - von vielen anderen Industriebetrieben begleitet, die sich auch besonders negativ auf den natürlichen Umweltzustand der Stadt auswirken. Die durchschnittliche Staubkonzentration überschreitet in Krakau zulässige Normen um das 11,2fache, Schwefeldioxid um das 9,5fache, Stickstoffpentoxid (N₂O₅) um das 10fache, Fluor um das 12,5fache; die Chloridkonzentration in der Weichsel erreichte 1500 mg/l. All das bedingt, daß die Kennziffer der bei Krakaus Einwohnern entdeckten Krankheiten des Atem-, Kreislauf- und Knochensystems um 30 bis 50 % höher liegt, als in den anderen Landesteilen. Das durchschnittliche Lebensalter liegt in Krakau unter dem Landesdurchschnitt.

(2) Zerstörung städtebaulicher Struktur und pathologische Überbelastung des Zentrums

Noch im 19. Jahrhundert besaß Krakau eine klassische strahlenförmige Ringstruktur. Ihre Form war einem Kreis ähnlich. Der Bau eines großen Stadtzentrums in dem östlichen Randgebiet hatte eine Ausdehnung der Stadt auf der Ost-West-Achse und Überdeckung der strahlenförmigen Struktur mit einer Bandstruktur zur Folge. Um das Unglück vollzumachen, baute man Nowa Huta aufgrund eines strahlenförmigen Bauplans (gemäß dem damals modischen Neoklassizismus des sozialistischen Realismus), was viele Probleme mit sich brachte. Beide Stadtorganismen (Krakau und Nowa Huta) wurden chaotisch und zufällig mit zahlreichen Wohnsiedlungen gebaut, schwach in den ganzen Stadtorganismus verkehrsmäßig und funktional integriert. Die Funktion eines Stadtzentrums übt - nach wie vor - die Krakauer Altstadt aus, mit einer Fläche von 0,8 km² (das heutige Krakau mit Nowa Huta dagegen: 321 km²). Dies verursacht eine extreme Überbelastung des Zentrums, macht die Funktionalität der ganzen altstädtischen Infrastruktur nicht leistungsfähig und beschleunigt einen Verfallsprozeß dieses historischen Stadtteils.

(3) Verfall der Baudenkmäler und der Wohnsubstanz

Die Luftverunreinigung durch Industrie und das nicht leistungsfähige überlastete Verkehrssystem sind die Ursache für einen rapiden Verfall der Baudenkmäler der Nationalkultur und auch der alten Wohnsubstanz. Baumaterialien verderben in Krakau 4 bis 40mal schneller als es in einer sauberen natürlichen Umwelt der Fall ist. In Krakau werden seit längerer Zeit Sanierungsarbeiten durchgeführt, aber das Zerstörungstempo ist immer noch schneller als das der Renovierungsarbeiten. Die Situation wird noch verschlimmert durch die Tatsache, daß man in Krakau Renovierungen alter Wohngebäude stark vernachlässigte, da man lange Zeitalle Mittel auf den Ausbau von Nowa Huta konzentrierte. Das Hauptproblem besteht jedoch darin, daß eine wirkliche Sanierung einfach unmöglich ist, wenn man den Himmel über Krakau nicht sauber macht.

(4) Erschütterung der Proportion zwischen Wohnungsbau und sozialer Infrastruktur. Verfall der Lebensqualität

Die intensive Industrieentwicklung hätte sich ohne Zufluß vieler Menschen in die Stadt nicht vollziehen können. Aus diesem Grunde mußten Wohnungen gebaut werden. Die städtebaulichen Pläne sahen natürlich eine parallele Entwicklung der ganzen sozialen Infrastruktur vor, also ein Handels- und Dienstleistungsnetz, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Polikliniken und dergleichen mehr, aber es gab in der Regel keine Mittel dafür. Infolgedessen entstanden hauptsächlich Wohnungen. Man gab z.B. im Bauprozeß der Stadt (des Wohnviertels) Nowa Huta über 25 % mehr Geld aus als geplant für Wohnungsbau und 3,5mal weniger für Polikliniken, 4,5mal weniger für Kultureinrichtungen und fast 5mal weniger für Kanalisation und Stadtreinigung. Diese Erschütterung der Proportion zwischen Wohnungsbau und Objekten der Infrastruktur, die aus der Notwendigkeit resultierten, dem Wohnungsbau die vorhandenen Mittel zur Verfügung zu stellen, wobei es kein Geld für andere Objekte gab, trug selbstverständlich zu einem Verfall des Lebensstandards der ganzen Stadt, und insbesondere in den neuen Wohnsiedlungen, bei.

(5) Proletarisierung sozialer Struktur und Wandel des sozialen Charakters der Stadt

Im Laufe der ganzen Stadtgeschichte bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts dominierten vier soziale Berufsgruppen in Krakau: Intelligenz, Klerus, Gutsbesitzer und Handwerker. Noch in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts machten Intelligenz und Büroangestellte 42 %, Arbeiter dagegen nur 23 % aller Beschäftigten aus. Diese Situation erfuhr erst nach 1950 eine grundsätzliche Veränderung. Erstens: die allgemeine Verstaatlichung von Industrie und Handel hatte zur Folge, daß Lohnarbeiter um das Jahr 1970 in Krakau nicht weniger als 94 % von Berufstätigen ausmachten. Zweitens: die forcierte erzwungene Industrieentwicklung führte in der Stadt dazu, daß die Arbeiter 50 % aller Beschäftigten erreichten. Es kann also gesagt werden, daß Krakau aus einer Intelligenz-Handwerker-Stadt, was es noch in der Zwischenkriegszeit war, nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Arbeiter-, oder vielmehr, Arbeiter-Intelligenz-Stadt verwandelt wurde - es büßte jedoch, trotz solch tiefer Verwandlungen, nichts an seiner wissenschaftlichen und Kulturfunktionen ein (obwohl sie, aus der Perspektive des Landes gesehen und im Vergleich zu früher deutlich abgeschwächt wurden).

4. Schlußbemerkungen

Die dargestellten Folgen der seit über vierzig Jahren realisierten sogenannten "Planwirtschaft" sind eine gute Illustration des Erbes, das der Kommunismus Polen hinterließ. Die kommunistische Macht ist verschwunden, aber eine durch sie kreierte Wirklichkeit existiert immer noch. Diese Wirklichkeit besteht nicht nur aus bestimmten materiellen Fakten, sondern auch, was enorm wichtig ist, aus konkreten wirtschaftlichen Strukturen und sozialen Ein-

richtungen, die in vielen Fällen stark petrifiziert sind. Nicht ohne Bedeutung ist auch die Konditionierung des gesellschaftlichen Bewußtseins, das sich unter dem Einfluß kommunistischer Ideologie, die seit beinahe zwei Generationen in Polen gültig war, bildete.

Bei der Umgestaltung des gesellschaftlich-politischen Systems von Polen, der Umgestaltung des Landes in Richtung auf eine Marktwirtschaft, begann man, was selbstverständlich sein dürfte, mit der Umgestaltung der politischen Institutionen.

Größere Bedeutung wird aber einer Wirtschaftsreform zukommen, die in einer Privatisierung der Volkswirtschaft bestehen wird. Nur auf diese Art und Weise kann die Gesellschaft zum Subjekt gemacht und wirtschaftlich aktiviert werden.

Was eine Veränderung der Prinzipien von Raumwirtschaft angeht, so mißt man dem Wiederaufbau von authentischen Formen lokaler Selbstverwaltung enorme Bedeutung bei. In dieser Hinsicht wurde inzwischen schon ziemlich viel getan. Noch im Frühjahr dieses Jahres wurde ein neues, durchaus demokratisch orientiertes Gesetz über territoriale Selbstverwaltung verabschiedet und es fanden die ersten - nach dem Zweiten Weltkrieg - freien Wahlen örtlicher Behörden statt. Es wurde auch das 1952 in Polen liquidierte Kommunaleigentum wiederhergestellt, wenn auch vorläufig nur dem Gesetz nach.

Seit einigen Monaten hat Krakau eine neue, demokratisch gewählte Selbstverwaltung, in der politische, mit "Solidarnosc" verbundene Kräfte dominieren. Es hat auch einen neuen Präsidenten aus den Kreisen der "Solidarnosc". Detaillierte Richtlinien für einen neuen Entwicklungsplan von Krakau sollen in den nächsten Monaten vorgelegt werden. Eines der wichtigsten Probleme, vor die die neue Selbstverwaltung gestellt wurde, ist das weitere Schicksal der Stahlhütte (z.Z. Sedzimir-Stahlhütte). Weiterhin muß unbedingt eine Umstrukturierung der veralteten, auf dem Stadterrain angesiedelten Industrie vorgenommen werden. Auf dem Wege zur Umgestaltung der ganzen Stadtinfrastruktur, was als Vorhaben und Ziel der neuen Selbstverwaltung gilt, gibt es zur Zeit keine Hindernisse politischer Provenienz. Das Paradoxon besteht jedoch darin, daß es absolut keine finanziellen Mittel für die Verwirklichung dieser Vorhaben und Pläne gibt. Der Verzicht auf die Prinzipien der Zentralplanung bedeutet nämlich zugleich, daß man nicht mehr zentral finanziert wird. Die Stadt wurde nicht durch leichtsinnige Handlungen ihrer Einwohner zerstört, sondern durch fremde Beschlüsse und Ignoranz. Von außen werden jedoch keine Entschädigungen und Reparationen kommen. Daher wird der Wiederaufbau von Krakau nach den sozialistischen Zerstörungen schmerzlich verlaufen und lange dauern, aber ihre Rettung als Zentrum der Nationalkultur ist Angelegenheit des ganzen Volkes.

Anmerkungen:

1. Ausführlicher analysiere ich diesen Typ der Gesellschaftsordnung in zwei in Englisch veröffentlichten Arbeiten: "Localism as Centralism". In: Colloque européen sur "La dynamique locale et sa gestion". Textes réunis et présentés par Michael Bassand et Laurent Bridel, UNESCO, Berne 1989; "Decline and Renaissance of Localism in the XX Century". In: Territorial Base of Social Structures, edited by K.Z. Sowa and W. Strubelt, Rzeszów 1991 (in Druck).
2. S. Mrozek, "Ambasador". In: "Vatzleav-Ambasador", Paris 1982, S. 80.
3. Wie bekannt, betrieb die UdSSR ununterbrochen eine Kriegs- und Neokolonialpolitik.
4. Mehr über die Entwicklung von Krakau im 19. Jahrhundert schrieb ich in zwei in der Bundesrepublik publizierten Studien: 1) "The Development of Krakow in the Nineteenth Century Against the Background of the Historic Role of the City". In: Urbanism and Human Values, edited by B. Hamm and B. Jalowiecki. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Seminare-Symposien-Arbeitspapiere, Heft 15, Bonn 1984; 2) "Krakow-Bestand und Veränderung". In: Soziale Probleme von Industriestädten, herausgegeben von W. Strubelt und L. Frackiewicz, BfLR - Seminare-Symposien-Arbeitspapiere, Heft 29, Bonn 1988.
5. Den Bauprozeß von Nowa Huta und Einfluß dieser Investition auf Krakau analysiere ich eingehender in meiner Arbeit: "Nowa Huta - a Case of Socialist Urbanization". In: Determinants of Urban Development. Urban Research in Poland and West Germany, edited by M. Ciechocinska and W. Strubelt, BfLR - Seminare-Symposien-Arbeitspapiere, Heft 26, Bonn 1987.
6. Siehe K.Z. Sowa: "Nowa Huta - a Case of Socialist Urbanization", op. cit., S. 136-137.

Treffen der Arbeitsgruppe der Frauen in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 22.-24. Juni 1990 in Berlin

Prismenrunde zum Themenkomplex "Formen der Durchsetzung von Fraueninteressen in der Regionalplanung, Stadtplanung und Architektur" Berichte:

1. POWER (Planerinnen in Ost und West im europäischen Raum)

Christiane Hannemann berichtet über die Entstehungsgeschichte von POWER. Am 8. und 9. März 1990 fand in Ost-Berlin ein von Fachfrauen in der DDR organisierter Workshop Frauengerechte Stadt statt, aus dem POWER hervorging. Der Workshop hat einen ersten Beitrag zur Positionsbestimmung von Frauen bei der Erneuerung von Städten geleistet. Ausgangspunkt dieses Workshops war die Hamburger Tagung "Planen für Hamburg - Arbeit für Frauen" im November 1988, an der auch Frau(en) aus der DDR teilnahmen.

Ziel dieses Workshops war, die Zusammenarbeit von Fachfrauen in Ost und West zu initiieren. Frau Hannemann berichtet, daß es nicht viele Frauen in der DDR gibt, die Frauenforschung machen. Ein Ziel des Workshops sei daher auch gewesen, für "frauenspezifische Fragestellungen" zu sensibilisieren. Die Sprache von vielen DDR-Fachfrauen, - z.B. "Ich bin Architekt" - drückt auch das Selbstverständnis von DDR-Fachfrauen aus. Frauenforschung wird aber in der DDR auch nicht finanziert.

Ein Problem, mit dem sich Planerinnen/Stadtsoziologinnen seit längerem beschäftigten, ist die Funktionstrennung in den Großsiedlungen: Fehlende Infrastruktureinrichtungen, lange Wege zu den Arbeitsstätten bzw. ein Arbeitsplatz in der Nähe der Wohnung, der jedoch nicht der Qualifikation der Frau entspricht, die mangelnde Qualität der WBS-Plattenbauweise, sind Ergebnisse

von Untersuchungen, wie sie (z.T.) auch in der BRD bekannt sind.

Ein nächstes Treffen von POWER wird vom 19. bis 21. Oktober in Weimar stattfinden, zu dem ein breiterer Kreis von Frauen aus der Noch-DDR einbezogen werden soll. Für den Workshop wird vorgeschlagen, eine frauenbezogene Planungsutopie für das innerstädtische Quartier Frauenplan in Weimar zu entwickeln und das Selbstverständnis von Planerinnen zu reflektieren.

Als inhaltliche Schwerpunkte sind angedacht:

- Auseinandersetzung mit vorhandenen Planungsunterlagen für das Quartier Frauenplan und Erarbeitung einer Wettbewerbsausschreibung;
- Planersprache - Expertensprache - Herrschaftssprache?;
- Zur sozialen Situation von Planerinnen und Architektinnen;
- Finanzierungs- und Planungsmodelle für
 - a. Innenstadtsanierung
 - b. Initiativprojekte, besonders Frauen- und multikulturelle Projekte (Frauzentren, Stadtteilkulturzentrum).

Aus dem Programm

Ansprechpartnerinnen:

Uta Schäfer	Christine Weiske
Wilhelm-Pieck-Str. 58	Torweg 12
5300 Weimar	5300 Weimar

Bestelladresse der Workshopdokumentation
Christine Hannemann
Hallandstr. 34
1100 Berlin

2. BOA CONSTRUCTA (Berliner Organisation von Architektinnen) e.V.

Tina Frenzel berichtet:

BOA ist ein Zusammenschluß von langjährig praktizierenden Frauen in Architektur und Städtebau, der nach der Wende aufgrund der Sorge um die zukünftige Berufstätigkeit zusammengegründet hat. 51 % der Berufstätigen in der DDR sind Frauen. Ihre zukünftigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind ungleich viel schlechter als die von Männern.

Ziel von BOA ist deshalb:

- Bildungsprogramme zu organisieren;
- finanzielle Unterstützung von Frauen in Notlagen;
- Organisation von Wettbewerben;
- Unterstützung von Frauen, die sich selbständig machen wollen;
- Förderung des Anschlusses von Frauen an das berufliche Leben, ggf. Förderung nach Gleichstellungsstellen;
- Stellungnahmen zu Gesetzen, bzw. zum Architektengesetz an den Minister für Bauwesen.

Grund dafür, daß die Ausgangssituation von Fachfrauen schlechter ist als die von Fachmännern, ist u.a. die bessere Einbindung von Männern in die fachliche Kommunikation. Dies betrifft besonders auch die Kontakte in den "Westen". Die Situation von Stadtplanerinnen stellt sich noch schwieriger dar als die von Architektinnen, da sie vor allem auf öffentliche Auftraggeber angewiesen sind. Die Magistratsstellen und die Bauakademie in Ost-Berlin haben viele Frauen beschäftigt. Die Zukunft der Bauakademie ist ungewiß, sicher ist, daß viele MitarbeiterInnen entlassen werden. Die Kommunen haben wenig Geld, dies macht es auch schwierig, sich selbständig zu machen. Männergruppen treffen dagegen allorts Vorbereitungen für Bürogründungen, gehen Kooperationen mit Planungsbüros aus der

BRD ein, in der Hoffnung, daß sich die Baubranche wieder erholt. Vgl. auch die Selbstdarstellung von BOA.

Ansprechpartnerinnen sind:

Tina Frenzel	Gabriele Stolze	Marion Stear
Hans-Beimlerstr. 31	Cottbusser Platz 19	Goethestr. 41
Berlin 1020	Berlin 1150	Berlin 1160

Zusammenfassung der Diskussion

Barbara Martwich bestätigt und ergänzt, daß sich bereits Büros aus der BRD in der DDR breitmachen. Ein Hamburger Planungsbüro hat Mitarbeiter aus der DDR rekrutiert, ihres Wissens hauptsächlich Männer. Es scheint die Stunde der "fixen Jungs" zu sein. Auch Forschungstöpfe werden in der BRD inspiziert, dann schnell Gelder beantragt.

Dieselben Erfahrungen werden in Ost-Berlin gemacht. West-Berliner Büros sichern sich Aufträge. Eine Planerin aus Friedrichshain, die Ortskenntnisse hatte, wurde dagegen bei einem Auftrag vor Ort - um nur ein Beispiel zu nennen - nicht einbezogen.

Es steigen aber nicht nur Planungsbüros in das "Ost-Geschäft" ein, sondern auch Konzerne, die den Markt unter sich aufteilen (Baukonzerne, Wohnungswirtschaft etc.).

Annalie Schön merkt an, daß den Werten aus dem Westen auch nichts entgegengesetzt wird. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir unterstützen können, daß sich Gegendruck entwickelt.

Ulla Terlinden sagt, daß die Berufsverläufe von Planerinnen in der BRD in der Regel von Arbeitslosigkeit geprägt sind. Die Positionen von Planerinnen aus der DDR waren bisher gesichert.

Es ist wichtig, daß sich Projekte entwickeln und Büros konstituieren, wo Frauen aus der DDR mitarbeiten können, um einen Er-

fahrungsaustausch zu organisieren. Erfahrungen zeigen, daß Frauen vorsichtigere Unternehmerinnen sind.

Kerstin Dörhöfer vermutet, daß sich viele Konflikte in den privaten Bereich verlagern werden: Wer kümmert sich um den Haushalt und die Kinder? Wenn die Kindergärten und "Schulspeisung" abgeschafft werden, wer macht Karriere? etc.

Hannelore Vetter berichtet, daß 8 von 9 "Leiterstellen" in den Stadtplanungsämtern in Ost-Berlin mit Frauen besetzt waren. Allerdings haben sie sich nicht durch besonderes Engagement im Interesse für Frauen hervorgetan: Sie haben in der Regel "ihre Arbeit gemacht, wenig widersprochen. Sie waren allerdings meistens auch allein." Sie hofft nun, daß sich das durch die Wende verändert. In Ost-Berlin sitzen die alten Stadträte fast überall noch auf ihren Stühlen. Es gab nur 3 freie Planstellen. Die Entscheidungen fallen zumeist hinter verschlossenen Türen. Es gibt immer weniger öffentliche Diskussionen.

Am Beispiel der Leiterinnen in den Stadtplanungsämtern entwickelt sich die Diskussion über die Einflußmöglichkeiten von Gleichstellungsstellen. Entscheidend ist, wie sie besetzt sind, ob die "Frauen sensibel sind für Frauenfragen" (DDR-Frau), ob sie sich der autonomen Frauenbewegung verbunden fühlen und die von ihr formulierten Forderungen und Inhalte einbringen (BRD-Frau).

Ingrid Brückner bringt noch ein, daß Weiterqualifizierungsangebote - insbesondere für Frauen - wichtig sind sowie Ideen über Beschäftigungsmöglichkeiten, um der bevorstehenden Arbeitslosigkeit etwas entgegenzusetzen. Eine Mitarbeiterin einer Bremer Wohnungsbaugesellschaft ergänzt, daß allerorts von Männern jetzt GmbHs in der DDR gegründet werden (GmbH-Rausch - als gäbe es keine anderen Möglichkeiten?). Sie hält es für viel wichtiger, Kontakte zu knüpfen.

DDR-Frauen berichten über ihre Erfahrungen mit den Arbeitsämtern. Bürokratische Hürden und chaotische Zustände erschweren die Situation von Arbeitslosen. "Es fühlt sich niemand für irgendetwas verantwortlich." Frauen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, verlieren gleichzeitig auch den Kindergartenplatz, weil Kindergärten betriebliche Einrichtungen sind/waren. Die Chancen für Frauen über 40, wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden, sind schlecht.

Eine bereits seit 5 Jahren freiberuflich arbeitende Architektin aus der DDR berichtet, daß es sehr wenige Frauen in der DDR gab, die damals schon "ins kalte Wasser gesprungen sind" und sich selbständig gemacht haben. Dies bedeutete aber, sich selbst Aufträge suchen zu müssen. Die Frauen, die sich damals schon selbständig gemacht haben, haben heute eine bessere Ausgangssituation.

3. Frauen in der SRL - Vereinigung der Stadt- und Regionalplaner

Annalie Schoen berichtet: Die SRL wurde bereits vor 20 Jahren, 1969, von PlanerInnen aus verschiedenen Bereichen gegründet (Stadt- und Raumplanung, Architektur, Geographie, Landschaftsplanung, Verkehrsplanung, Soziologie, Jura, Volkswirtschaft). Die Mehrzahl der Mitglieder sind Stadt- und RaumplanerInnen. Die Mitglieder arbeiten in den verschiedensten Bereichen: im öffentlichen Dienst, in privaten Büros, in Verbänden oder Institutionen.

Die Ziele sind:

- Förderung eines Erfahrungsaustausches zwischen PlanerInnen
- Forum zu sein für Fachprobleme
- Fortbildung der Mitglieder
- Vertretung berufsständischer Interessen.

Was macht die Vereinigung der Stadt- und Regionalplaner?

- Stellungnahmen, Beratung von Gesetzesinitiativen (BauGB, HOAI);
- Durchführung von 2 Tagungen im Jahr mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten, wie zum Thema Bodenschutz in der Planung, Verkehr in der Stadt, Großsiedlungen, IBA-Emscherpark etc.;
- Herausgabe eines unregelmäßigen Infoblattes;
- Veranstaltung von Werkstattgesprächen in Berlin zu aktuellen Themen.

Frauen in der SRL

Die Initiative ging 1986 von einigen Planerinnen im Vorstand aus, sich besser kennenzulernen und gemeinsame Interessen zu vertreten. Das erste Ergebnis waren Anregungen für Themen und Vorschläge für Referentinnen zu den Tagungen.

1988 wurde vom Vorstand ein Ausschuß eingesetzt, an dem je eine Planerin aus den Regionalverbänden teilnahm. Als Ziel wurde formuliert:

- die Förderung der beruflichen Chancengleichheit;
- das Einbringen von Fraueninteressen in die Planung innerhalb und außerhalb der SRL;
- Aufbau eines Frauennetzwerkes.

Inzwischen haben die SRL-Frauen Einfluß auf Tagungen genommen, 3 von 6 Vorstandsmitgliedern sind inzwischen Frauen, davon eine Vorsitzende, eine Infobörse wurde innerhalb der SRL aufgebaut (Stellenanzeigen), in Berlin hat sich eine Frauengruppe gegründet, wo vor allem auch die informellen Kontakte wichtig sind. Die Sitzungen haben jeweils inhaltliche Schwerpunkte, wie: Bewerbungssituation von Frauen, Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst, Berichte von Arbeitsgebieten einzelner Frauen. Neuer Schwerpunkt ist der "Ökologische Stadtumbau" und Treffen der "Frauen aus Ost und West".

Keine der SRL-Frauen arbeitet schwerpunktmäßig an Frauenthememen. Im Vordergrund stehen eher fachspezifische Fragestellungen, die unter Frauen diskutiert werden.

Cornelia Thömmes-Wittig "Wohnungswirtschaft"

C. Thömmes-Wittig ist Leiterin der Abt. Technik bei der GeWoBau - Neue Heimat-Nachfolgerin - und dort zuständig für alles was gebaut bzw. saniert wird. Ihr Beitrag zeigt deutlich, daß die Realisierung frauenspezifischer Interessen im Bereich der Wohnungswirtschaft nimmermüden Arbeitseinsatz, viel Phantasie, kleinteilige Werkelei, Improvisation und gute Sachkenntnis (v.a. rechtliche Belange) erfordert.

Erfahrungen im eigenen Haus (GeWoBau):

- Ihre Forderungen werden als zu aufwendig, als zu spleenig angesehen -- stören die schnelle Abwicklung;
- Frauen spielen keine Rolle -- weder als Bezugspunkt der Planung, noch auf der Ebene von Entscheidungsträgern;
- Generalunternehmer als Gebäudeersteller wären am liebsten gesehen -- alles auf einen Streich zu erledigen würde lästige Probleme (Frauen) vom Tisch bringen.

Vorschläge, v.a. auch für die DDR-Frauen:

- Sich nicht unterkriegen lassen, Phantasie entfalten und sich Verbündete (insbesondere Fachfrauen) schaffen;
- Frauenseiten in Architekturzeitschriften durchdrücken;
- Westfrauen sollten DDR-Frauen einladen bzw. sich selbst einladen bei der jeweils zuständigen Stelle im gesamten Gebiet Deutschland -- Ämter anschreiben, Wohnungsbaugesellschaften anschreiben, sich um Praktikas in der BRD bemühen; gegenseitige Hilfe bei Stellen-, Praktikums- und Projektsuche;

- Referentinnenliste zusammenstellen (z.B. für Architektenkammern, Verbände und andere Einrichtungen im Bereich Planen und Bauen).

Aspekte der anschließenden Diskussion

- Überall im Lande trifft frau auf verkrustete und verfilzte Strukturen der Macht (Bremer Verwaltung erscheint vergleichsweise aufgeschlossen).
- Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, Bauaufsicht, WBK (Wohnungsbaukreditanstalt) sind in erster Linie, v.a. was frauenspezifische Belange angeht, Blockierer; hinzu kommt, daß Frauen in diesen Institutionen der entsprechenden Gremien total unterrepräsentiert sind (in Berlin gibt es nur eine Mitarbeiterin in der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft).
- Problem "Standards": es werden Durchschnittswohnungen gebaut -- wo ist der Durchschnittsmensch?! Beispiel Niederlande zeigt, daß 70 % aller Wohnungen nach Standards gebaut wurden, die in 15 Jahren abbruchreif sein werden -- es gilt, in der nächsten Zeit neue Standards zu finden (die Herausforderung für alle planenden und durchführenden Frauen in der Wohnungswirtschaft!!!)
- Welche Möglichkeiten gibt's, wirklich neue Strukturen zu finden?
 - o Gesetze sind nicht so schlecht -- frau kann sie umgehen bzw. voll ausnutzen;
 - o das bedeutet auch: frau muß mehr Phantasie entfalten und mehr Frauen in die entscheidenden Stellen bringen;
 - o selber Betroffene organisieren und Frauen vor Ort mit einbeziehen (-- d.h. aber auch anerkennen, daß die erst mal anders denken).

- Faktor "Zeit" beachten -- zwar immer noch viel Frust (z.B. bedeutet "frauenfreundliche Grundrisse im geförderten Wohnungsbau" Streit um cm in der Küche), andererseits heißt Nicht-Locker-Lassen auch Institutionalisierung von -z.B.- Frauenbeiräten (s. Berlin). Es gibt keine schnellen Erfolge, aber immerhin gibt es sie.

Protokoll der Referate von Uta Bauer zum Frauenreferat in Frankfurt und von Kerstin Dörhöfer zum Beirat für frauenspezifische Belange in Berlin (West) vom 23.6.1990.

1. Uta Bauer: Frauenreferat in Frankfurt

Das Frauenreferat existiert in dieser Form seit dem Regierungswechsel, unter dem CDU-Magistrat hat es aber bereits eine Gleichstellungsbeauftragte gegeben. Ziel des Frauenreferats ist es, Frauenpolitik zu professionalisieren und Ergebnisse der Frauenforschung in Verwaltungshandeln einfließen zu lassen. Zum Aufbau des Referats: Es besteht aus einer Dezernentin, die zugleich auch für den Bereich Gesundheit zuständig ist, einer Amtsleiterin und vier unterschiedlichen Sachgebieten, in denen acht Referentinnen arbeiten:

- Stadtplanung; Bildung und Kultur
- Ökonomie; Frauengleichstellung; Wirtschaft und Arbeitsmarkt
- Lebensplanung; Lebensqualität(?)
- Öffentlichkeitsarbeit.

Das Frauenreferat befindet sich noch in der Aufbauphase, von den acht Referentenstellen sind bisher fünf besetzt.

Das Referat ist mit einem Haushaltsvolumen von 4,6 Mio. DM ausgestattet, von denen 3 Mio. DM für autonome Frauenprojekte zur Verfügung stehen, die als Teil von Frauenpolitik in der Stadt unterstützt werden, z.B. Frauengesundheitszentrum, -weiterbildungsinitiativen und -erwerbsprojekte.

Die Arbeit des Frauenreferates ist darauf gerichtet, Frauenpolitik in die städtischen Ämter hineinzutragen. Es werden keine eigenständigen Planungen gemacht, sondern Kooperationen mit anderen Ämtern angestrebt. Die Durchsetzungschancen von Frauenpolitik (bzw. der Referentinnen) werden bei Widerständen durch das Einschalten von Amts- oder Dezernatsleiterin erhöht. Angewiesen ist das Frauenreferat aber auch auf die Unterstützung der (autonomen) Frauenbewegung. Bei Kontakten innerhalb der Stadtverwaltung ist die übliche hierarchische Ebene zu beachten; es hängt aber auch von Vorgehen und Geschick der einzelnen Referentinnen ab, ob sie in den Fachämtern ein "offenes Ohr" findet.

Ob eine ursprüngliche Überlegung, das Frauenreferat nach einer Konsolidierungsphase aufzulösen und die Mitarbeiterinnen in die entsprechenden Fachämter überzuleiten, weiter verfolgt wird, ist z.Zt. nicht klar. Möglich wäre auch eine Konstruktion analog des Rechtsamtes, das als eigenständiger Bereich existiert aber eng mit den anderen Ämtern zusammenarbeitet.

Die Arbeit des Frauenreferats im Bereich Stadtplanung wird an drei Beispielen deutlich gemacht.

- Bei allen größeren städtebaulichen Projekten nimmt das Frauenreferat Einfluß auf die Formulierung des Ausschreibungstextes und die Besetzung des Preisgerichts; zudem wird versucht, durch die Formulierung von Kriterien für die Bewertung städtebaulicher Vorhaben, sowie durch das Herstellen von Öffentlichkeit, frauenpolitische Forderungen einzubringen.
- Im Bereich Verkehr ist das Bestreben, Verkehrsberuhigung durch Ausweitung des ÖPNV und der Reduktion des Individualverkehrs zu erreichen. Zu diesem Zweck hat das Frauenreferat in zwei Frankfurter Stadtteilen eine Bürgerinnen-Befragung durchgeführt und eine umfangreiche Studie über ÖPNV für Frauen in Frankfurt initiiert.

c) Sicherheit von Frauen in Parkhäusern und im öffentlichen Raum ist ein weiteres Arbeitsfeld. Langfristiges Ziel ist es, dies durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu erreichen. Z.Zt. werden unterschiedliche Ansätze zur Erhöhung der Sicherheit diskutiert, u.a. nachts die U-Bahnhöfe zu schließen und nur noch oberirdische Verkehrsmittel einzusetzen oder in den Parkhäusern einen Hol- und Bringdienst einzurichten oder Begleiter zum Schutz einzusetzen. Die Arbeitsweise bei solchen Initiativen ist so, daß vom Frauenreferat Vorschläge eingereicht werden, die die zuständigen Fachämter prüfen und kommentieren.

Es ist geplant, innerhalb des Frauenreferat einen fachgebietsübergreifenden Zusammenhang herzustellen; momentan befindet sich das Referat auch noch in der Aufbauphase und steht zugleich unter einem ungeheueren Erfolgsdruck.

2. Kerstin Dörhöfer: Beirat für frauenspezifische Belange beim Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin (West)

Der Beirat existiert seit drei Monaten; er ist jedoch nicht auf die Initiative des Bausenators zurückzuführen (wie dieser behauptet), sondern hat seinen Ursprung in der jahrelangen Diskussion und entsprechenden Aktivitäten zur Berücksichtigung von Fraueninteressen beim Planen und Bauen.

Zum geschichtlichen Hintergrund:

Die neue Frauenbewegung ist aus der Studentenbewegung bzw. der Kritik an den linken Machos innerhalb dieser Bewegung in der ersten Hälfte der 70er Jahre entstanden. Die Diskussion innerhalb der Frauenbewegung kreiste von Anfang an um die Frage, ob Institutionalisierung oder Autonomie angestrebt werden sollte. Auch innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) gab es eine kontroverse Diskussion unter den Frauen, die 1979

schließlich in der Gründung der Sektion Frauenforschung mündete. Schon vorher, 1977, wurde der autonome Verein für feministische Forschung und Praxis gegründet, in dessen Schriftenreihe ("beiträge") bereits 1980 das Thema Frauen und Stadt behandelt wurde. Im Zusammenschluß "Frau, Steine, Erde", mit dem eine erste Vernetzung in Berlin und darüber hinaus zustande kam, wurden alternative Ansätze zur Durchsetzung von frauenspezifischen Belangen beim Planen und Bauen diskutiert. Als bei der IBA in Berlin (1981) die ersten Projekte vorgestellt und öffentliche Hearings abgehalten wurden, haben die Frauen interveniert und ihre Vorstellungen vorgebracht, jedoch ohne daß es dafür einen institutionellen Rahmen gab. Das Dilemma bestand darin, daß sie sich über andere Institutionen hineinmögeln mußten, um als Träger öffentlicher Belange ihre Forderungen vorbringen zu können. 1982 wurde die Forderung nach einem Frauenbeirat bei der IBA gestellt, die aber nicht realisiert werden konnte. 1981/82 wurde FOPA gegründet, ein Verband, der aus einzelnen Regionalgruppen besteht, und bei dem es sich um einen Zusammenschluß von Planerinnen und Architektinnen handelt.

1980 ist der Frauenbeirat von der Rot-Grünen Koalition umgesetzt worden. Bereits vorher war bei der Gleichstellungsstelle (SPD) ein Arbeitskreis über Fragen von Raum und Stadt eingerichtet worden. Nachdem die neue Regierung im Amt war, wurde der Beirat beschlossen und eingerichtet. Er besteht vorwiegend aus Architektinnen und Stadtplanerinnen. Sehr viel bewegen kann der Beirat allein aufgrund seiner finanziellen Ausstattung nicht. Pro Jahr stehen 25.000 DM für Beirats- und Arbeitsgruppen-sitzungen zur Verfügung, weitere 3.000 DM für Expertenhearings.

Bedenkt man, daß der Beirat für frauenspezifische Belange beim Senator für Bau- und Wohnungswesen in Berlin (trotz fast 10-jährigem Bemühen vieler engagierter Frauen) erst seit März 1990 institutionalisiert ist und bedenkt man weiterhin, daß die Beiratsmitglieder ja nicht hauptberuflich Beiratsarbeit betreiben,

so läßt sich heute eigentlich noch keine Erfolgs- oder Mißerfolgsbilanz ziehen.

Klar ist jedenfalls, daß Frau sich nicht als Alibi und Umhängeschild für den Herren Bausenator mißbrauchen lassen will. Für die nahe Zukunft steht daher einiges zu tun an:

- Wohnsituation der Frauen (inkl. Obdachlosigkeit) in Berlin soll untersucht werden;
- da konkrete Daten über frauenspezifische Belange in der Stadt fehlen, soll die Untersuchung zugleich Grundlage für neue Konzepte der Wohnungs- und Baupolitik sein;
- im Planungsprozeß sollen künftig verstärkt Nutzerinnen und Expertinnen einbezogen werden;
- es soll eine Anhörung mit den Direktoren der Wohnungsbau-gesellschaften organisiert werden, um zu klären, inwieweit diese bei Wettbewerbsausschreibungen frauenspezifische Belange berücksichtigen; auch soll deren Verhalten zu Randgruppen unter die Lupe genommen werden.

Elke Kleinwächter
Hedwig Kitzler
Barbara Lettko

Presseerklärung

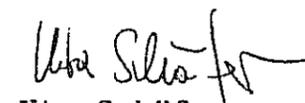
zum POWER-Workshop "Frauenplan" vom 19. bis 21. Oktober 1990
in Weimar

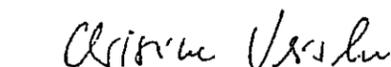
Vom 19. bis zum 21. Oktober 1990 fand in Weimar unter dem Thema "Frauenplan" der zweite Workshop der Gruppe POWER (Planerinnen aus Ost und West im europäischen Raum) statt. Etwa 30 Stadtplanerinnen, Architektinnen und Stadtsoziologinnen aus Weimar, Berlin (Ost und West), Hamburg, Dortmund, Dresden, Köln, Hannover und München diskutierten sowohl über die Notwendigkeit des Einbringens feministischer Fachkompetenz in den städtebaulichen Planungsprozeß als auch über fachliche, organisatorische und politische Möglichkeiten dazu. Noch immer sind Männer vorrangig für die Strukturentscheidungen in der Planung zuständig und prägen somit die Räume, in denen Frauen, Männer und Kinder ihren Alltag organisieren müssen. Deswegen bildete die Diskussion von Einflußmöglichkeiten für Frauen - Planerinnen und Nutzerinnen - in diesen Prozeß einen der Schwerpunkte des Workshops.

Anhand von zwei Beispielgebieten in Weimar - dem innerstädtischen Quartier "Frauenplan" und dem 70er-Jahre-Neubaugebiet Weimar-Nord - wurden sowohl frauenfreundliche - und somit bewahrenswerte - Strukturen in der ehemaligen DDR aufgezeigt, als auch auf Veränderungswürdiges im Prozeß der Stadtplanung hingewiesen. Konsens bestand in der Einschätzung der sozialen Qualität von Innenstädten im Gebiet der ehemaligen DDR. Die Vielfalt möglicher Funktionen - Wohnen, Arbeiten, Versorgung des täglichen und des gehobenen Bedarfs, Animationswert für EinwohnerInnen und BesucherInnen - darf nicht durch eine einseitige Orientierung auf Banken, Kaufhausketten und ähnliche finanzkräftige Investoren zerstört werden. Vielmehr muß diese Funktionsvielfalt durch eine behutsame Sanierung unter Einbeziehung der NutzerInneninteressen erhalten und ausgebaut werden, um einer Verödung der Innenstädte und einer damit einhergehenden Herausdrängung von Frauen an den Rand von Stadt und Gesellschaft gleichermaßen entgegenzuwirken.

Während des Workshops wurde herausgestellt, daß die Berücksichtigung von Fraueninteressen im Planungsprozeß zu einer Raumstruktur führen kann, die für alle Bewohner der Stadt gleichermaßen angenehm ist, da damit die Alltagsräume, in denen die alltägliche Reproduktionsarbeit geleistet wird, stärker in den Blickpunkt von Stadtplanung geraten. Dies bedeutet: Wohnungsgrundrisse für die verschiedensten Wohn- und Lebensformen; Schaffung von Möglichkeiten

zur Verbindung von Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Erholen in allen Gebieten der Stadt gleichermaßen; Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs; demokratische Einbeziehung der NutzerInnen in alle Phasen des Planungsprozesses. Neben der fachlichen Diskussion leistete der Workshop auch einen Beitrag zur Vernetzung verschiedener Frauen-Planungs-Projekte. Materialien und Adressen wurden ausgetauscht; in teilweise hitzigen Diskussionen wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Erfahrungen und Ansprüchen der Fachfrauen aus Ost und West erlebbar und fand eine Annäherung verschiedener Positionen statt. Der nächste Workshop der POWER findet vom 8. bis 10. März 1991 in Dresden statt, Kontakt über: Marion Kempe, 8054 Dresden, Hutbergstr. 44.


Uta Schäfer


Dr. Christine Weiske

II. Berichte / Informationen / Hinweise

Hans Hovorka hat im Januar an der Technischen Universität Berlin für den Fachbereich Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften habilitiert. Im folgenden wird die "Erläuternde Unterlage zum Habilitationsvortrag" abgedruckt.

SOZIALPÄDAGOGISCHE HANDLUNGSFELDER BEVÖLKERUNGSAKTIVIERENDER STADTEILFORSCHUNG

Schwierige praktische Situation von Sozialarbeit/Sozialpädagogik

Die laufende Fachdiskussion zur gegenwärtigen Situation und zu den Perspektiven von Sozialarbeit/Sozialpädagogik verläuft vielfältig, teilweise undurchschaubar und, was die Praxis betrifft, oft auch widersprüchlich.(1)

Als Erklärung für die zur Zeit schwierige praktische Situation, mit ihrer immensen Ausweitung und Zersplitterung von Aufgaben, werden die generellen Schwierigkeiten genannt, in die unser Bildungs- und Versorgungssystem geraten ist:

Sozialabbau, Privatisierung und Entprofessionalisierung, Erscheinungen der vielzitierten Krise unserer Bildungs- und Dienstleistungsgesellschaft und des Sozialstaates überhaupt, hätten bei Sozialarbeitern/Sozialpädagogen eine von Legitimationszweifeln und Unsicherheiten geprägte Berufskrise ausgelöst.

Die sozialpolitische Entwicklung der letzten Jahre lasse besonders im kommunalen Bereich eine Rückkehr zur Armutsverwaltung und ordnungspolitischen Kontrolle des sozialen Elends erkennen. Diese "neue" Sozialpolitik führe zunehmend zur sozialräumlichen Ausgrenzung und Marginalisierung von immer größeren Teilen der Bevölkerung und löst einen Peripherisierungsprozeß in strukturschwachen Regionen aus. Gleichzeitig konzentrierte sich Stadtpolitik ausschließlich auf die Entwicklung der Innenstädte, die zu soziokulturellen Zentren einkommensstarker Bewohnerschichten und zu Kulissen eines blühenden Städtetourismus umgestaltet werden.

Sozialarbeit/Sozialpädagogik, so die Einsicht der späten 80er Jahre, könne nicht mehr davon ausgehen, daß der Leistungskatalog des Sozialstaates ausreicht, die verschlechterten Lebensbedingungen sozial benachteiligter Gruppen auszugleichen. Der öffentliche und politische Konsens, Integration als zentrales Element von Sozialpolitik anzuerkennen, scheint auf längere Sicht nicht wiederherstellbar.

Nun steht der Verengung kommunaler Handlungsspielräume tatsächlich ein gleichzeitig wachsender Handlungsbedarf vor allem an sozialen Dienstleistungen für neue Bevölkerungsgruppen gegenüber, die der Unterstützung durch die Allgemeinheit bedürfen (Merkmale: hohe Arbeitslosigkeit, Frühinvalidität, Überalterung, zunehmendes Armutspotential verbunden mit kleinräumigen Ungleichheiten in den Stadtteilen).

Wiederentdeckung des Wohnquartiers als Handlungsfeld

Angesichts von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialpolitischen Restriktionen sind Praxis und Ausbildung Sozialer Arbeit aufgerufen, ihre defensive Haltung und therapeutische-individualisierte Sichtweise kritisch zu überdenken und ihr methodisch verfeinertes Handlungsrepertoire offensiv dort einzusetzen und berufsübergreifende Bündnisse zu schließen, wo sich gesellschaftlich produzierte Defizite und Fehlentwicklungen wie in einem Brennglas gebündelt konzentrieren: bei den sozialen Lebensbedingungen in den Wohnquartieren der Städte, deren allgemeine Verschlechterung über die jeweiligen lokalen Grenzen deutlich hinausweist.

In den konzeptuellen und strategischen Überlegungen der von gesellschaftlichen Entwicklungen in hohem Maße abhängigen Sozialarbeit/Sozialpädagogik wird deshalb wieder der Gemeinwesenarbeit mehr Bedeutung beigemessen, die als ursprünglich dritte und oftmals schon totgesagte Methode der Sozialarbeit, der klassischen Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit als Herausforderung gegenübersteht.

Teilweise befreit von einem als uneinlösbar empfundenen theoretischen Überbau wird Gemeinwesenarbeit heute realistischer und auf einen kompromißfähigen Nenner gebracht als übergreifendes Arbeitsprinzip verstanden: als strategische Leitlinie einer stadtteilorientierten, kooperativen und methodenintegrativen sozialen Arbeit.

Stadtteilbezogene Soziale Arbeit hat sich im Verlauf der Theorie-Praxis-Diskussion der letzten Jahre somit als multidimensionales Handlungskonzept konstituiert, in dem so verschiedene Arbeitsauffassungen wie GWA, Neuorganisation sozialer Dienste/Dezentralisierung, Stadtteilarbeit und ökologische Sozialarbeit ineinander überfließen.

Den Stadtteil als übergreifendes organisatorisches Prinzip von Sozialarbeit/Sozialpädagogik anzuerkennen, das auf die Konstruktion bzw. Rekonstruktion "kleiner sozialer Netze" abzielt und das "Recht der kleinen Lebenskreise" anerkennt, ist keine neue Einsicht, wie die historischen Entwicklungsstränge der Methoden in der Sozialarbeit zeigen.

Der Bedeutungsgewinn des Stadtteils und der Nachbarschaftsidee ist jedoch wie auch die Arbeit soziokultureller Zentren auf lokaler Ebene kritisch einzuschätzen, wenn dabei auf eine handlungstheoretisch fundierte Theorie von Sozialarbeit/Sozialpädagogik, auf eine Gesellschaftstheorie also, verzichtet wird. Die Wiederentdeckung der überschaubaren Lebens- und Wohnwelten sozialpädagogischer Adressaten bleibt unverbindlich, wenn nicht der gesellschaftliche Ort des sozialen Handelns zentral diskutiert und ein Verständnis- und Handlungsbezug zur Stadt- und Regionalplanung und zur Sozialpolitik hergestellt wird.

"Sozialpolitisierung" und Alltagsorientierung

Gerade diesen einstmals unentbehrlichen Erklärungsrahmen der Gemeinwesenarbeit und der professionellen sozialen Arbeit im Stadtteil gilt es in der Berufspraxis, in der Ausbildung und damit verbunden in der Sozialforschung wieder stärker zu berücksichtigen bzw. der gewandelten gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Situation entsprechend neu zu definieren.

Vornehmlich im Feld der Kommunalpolitik zu entwickelnde eigene sozialpolitische Konzepte von Theorie und Praxis der Sozialarbeit/Sozialpädagogik hätten, so der aktuelle Diskussionsstand, einer "Sozialpolitisierung" der Sozialen Arbeit, einer Einmischungsstrategie in der lokalen Sozialpolitik zu folgen, die mit politischen Aktivitäten und Bündnissen ergänzt wird, ohne jedoch auf fachlich kompetente und lebensweltorientierte Alltagsarbeit zu verzichten.

Erst mit einer wirklichkeitsnahen Einschätzung der sozialpolitischen Reichweite sozialarbeiterischer und -pädagogischer Interventionen kann die Solidarität mit den Betroffenen auf eine professionelle Ebene gestellt und können Möglichkeiten zur Partizipation und Selbstbestimmung ausgelotet sowie wohngebiets- und zielgruppbezogene Arbeitsmodelle organisiert werden.

Soll sozialarbeiterisches und -pädagogisches Handeln zu einem gelingenden Alltag beitragen, ist eine am Kontext gegebener Alltagserfahrungen orientierte Aufklärungsarbeit unumgänglich, in der die Adressaten gleichberechtigt mit den Akteuren Sozialer Arbeit Selbstorganisation und Selbstverwaltung im Sinne des "learning by doing" von unten her entwickeln und erproben lernen.

Einbezogen gehören darin die unterschiedlichen institutionellen Settings, also die Strukturbedingungen des jeweiligen Arbeitsalltags, ebenso wie die sichtbaren und unsichtbaren Merkmale und Eigenarten des Stadtteils und die darin aufbewahrten praxisstützenden Ressourcen, die es zu entdecken gilt.

Diese Erkundungsarbeit erfordert neben der fachlichen und kommunikativen vermehrt eine administrative/umsetzungsorientierte neue Handlungskompetenz Sozialer Arbeit. Sie wird während der Ausbildung vermutlich deshalb vernachlässigt, weil Sozialarbeit/Sozialpädagogik die Lebenswelt am augenscheinlichsten im Nicht-Alltäglichen entgegentritt und auf Auffälligkeiten und Defizite beschränkt bleibt.

Umsetzungsbezogene Handlungskompetenz durch forschendes Lernen

Nun ist andererseits die bestmögliche Nutzung vorhandener Ressourcen unbestritten ein Gebot dieser Zeit und entspricht auch der Vernetzungsstrategie stadtteilbezogener Sozialarbeit/Sozialpädagogik und den damit angestrebten Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen.

Die gesamtheitliche Erfassung des Arbeitsalltags, also der Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung einer Region, einer Gemeinde oder eines Wohngebiets, darf sich jedoch nicht in einer intuitiv-zufälligen Registrierung örtlicher Besonderheiten und Auffälligkeiten des örtlichen Umfelds und in einer essayistischen Alltagsinterpretation erschöpfen.

Einzulösen wäre vielmehr der umsetzungs- und veränderungsbezogene Anspruch einer der Gemeinwesenorientierung verpflichteten Handlungsforschung, individuelle und gemeinschaftliche Lernprozesse auf örtlicher Ebene zu initiieren und fachlich zu begleiten, um ein wirklichkeitsgerechtes Bild der Hintergründe sozialer Problemlagen sowie der Organisationsstrukturen sozialer Institutionen zu erhalten.

Die für sozialpädagogisch ausgerichtete lokale Projektarbeit benötigten kompetenzerweiternden theoretischen, strategischen und methodischen Handlungswerkzeuge wären vorrangig in der Aus- und Fortbildung über einen diskursiv-zyklischen, auf überschaubare Felder des Alltagshandelns von Bewohnern konzentrierten Prozeß des forschenden Lernens begreifbar zu machen (Gesellschaftstheoretisch abgestütztes, gemeinwesenorientiertes Sozial-Management und Sozial-Marketing).

Mit dem - bildlich gesprochen - spiralenförmig aufsteigenden Lernprozeß einer lebenswelt- und bewohnerbezogenen "Didaktik des Alltags" sollten Motivation/Engagement - Neugier/Wissenserwerb - Handeln/Erfahrungswissen - usw. den Erwerb von Management-, Innovations- sowie Selbstreflexions- und Kommunikationskompetenz begünstigen und die Sozialpolitisierung auch von Aus- und Fortbildung in Richtung der Vermittlung dringend benötigter Selbstorganisationskompetenz beschleunigen helfen.

Konkurrenzkampf und Beschäftigungskrise

Eine Neubestimmung bzw. Weiterentwicklung des Aus- und Fortbildungsauftrags von Sozialarbeit/Sozialpädagogik ist schon deshalb dringlich, weil in den letzten Jahren das Bild des Verhältnisses zwischen Berufspraxis und Ausbildung an Konturschärfe verloren und eine von teilweise voluntaristischer Handlungspraxis geprägte "Alltagswende" stattgefunden hat, mit der die Kluft zwischen den Praxisproblemen und der Wissenschaftsverpflichtung Sozialer Arbeit nicht überbrückt werden konnte.

Zwar gilt die Ausbildung weiterhin als wichtige Strategie bei der Konstituierung des Berufs und als Schrittmacher für ein historisch gewachsenes Professionalisierungskonzept im sozialen Bereich. Der damit beanspruchten Berufskompetenz und der Vorstellung, diese auf dem Arbeitsmarkt zur individuellen Existenzsicherung eintauschen zu können, steht jedoch eine Beschäftigungskrise von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen gegenüber, die, so wird angenommen, durch die zementierte berufsfeld-interne Abgrenzung zwischen Laien und Berufsträgern sowie durch eine externe Abgrenzung zu anderen Berufen hin zweifach und reaktiv begünstigt wurde.

Von den Anstellungsträgern vermehrt geforderte zusätzliche Berufserfahrungen und breitgestreute Fachkenntnisse und Fertigkeiten mindern die Beschäftigungsgarantie nach erfolgreicher Absolvierung einer speziellen, langfristigen Ausbildung. Gleichzeitig sind die Fort- und Weiterbildungsangebote für die Akteure Sozialer Arbeit entweder zu stark den Ausbildungsangeboten und deren Hochschuldidaktik verbunden oder folgen "Modeströmungen", deren Methoden/Techniken/Modelle mangels einer gesellschaftstheoretischen Verankerung austauschbar scheinen.

Zusätzlich ist am Arbeitsmarkt ein Verdrängungsprozeß festzustellen, der entsprechend der unklaren Position von Sozialarbeit/Sozialpädagogik auf der Professionalisierungsskala zu einem Konkurrenzkampf mit Psychologen, Soziologen, Lehrern, Betriebswirtschaftlern usw. führt, auf den die formalisierte Ausbildung und rezepthaft verengte Fort- und Weiterbildung nur ungenügend vorbereiten kann.

Soziale Dienstleistungen nach "Güteklassen" hierarchisiert

Anknüpfend an die Kritik der Professionalisierung/Verwissenschaftlichung als Zielsetzung der Ausbildung und an die Furcht der Praktiker vor einer Kolonialisierung des Alltags durch Experten, die in den 70er Jahren stattfand, konnten die Betreiber einer auf Einsparungen ausgerichteten Sozialpolitik mit nahezu identischem Vokabular Deprofessionalisierung und Dezentralisierung im sozialen Bereich durchsetzen. Unter dem Schlagwort der "Neuen Subsidiarität" werden soziale Facharbeit zusehends an unqualifizierte Kräfte delegiert und das spezielle Können von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen sowie Rechtsansprüche auf fachgerechte soziale Hilfe in Frage gestellt.

In einer nach "Güteklassen" hierarchisierten und der herrschenden Nützlichkeitsideologie folgenden Angebotspalette sozialer Dienstleistungen sinkt die Professionalität der Hilfestellungen proportional mit der "Attraktivität" der Klienten, ihres Lebens- und Wohnumfelds sowie ihrer Probleme. Hilfestellungen für behinderte und alte Menschen beispielsweise werden vermehrt den nachbarschaftlichen (weiblichen) Kräften des örtlichen Nahraums abverlangt, wobei die Trägerorganisationen der öffentlichen und freien Wohlfahrt oft nur mehr eine koordinierende und die Effizienz der Laienarbeit kontrollierende Funktion wahrnehmen.

Deutlich werden aber die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für soziale Berufe, wie auch die "Verdorfung" und "Verhausfraulichung" sozialarbeiterischer und -pädagogischer Interventionsmöglichkeiten, ebenso in alternativen, stadtteil-, alltags- und lebensweltorientierten Konzepten und Projekten, deren zumeist umfassende Handlungskonzepte vermehrt außerhalb kommunaler und großer freier Träger in vielen kleinen Einrichtungen mühsam realisiert werden müssen.

Ihre schwierige ökonomische Situation (Arbeitsmarktverwaltung, Soziales Sponsoring usw.) erschwert nicht nur eine fundierte Arbeitsplanung sondern zwingt auch zu einer fachlich heterogenen Zusammensetzung des MitarbeiterInnenkreises. Neben einer hohen Personalfluktuation kommt es zuweilen auch zu arbeitsrechtlich bedenklichen Beschäftigungsstrukturen.

Legitimationsdruck "alternativer" Stadtteilprojekte

Als Teil eines immer dichter besetzten "zweiten Arbeitsmarktes", auf dem "Schattenarbeit" im Bildungs- und sozialen Dienstleistungsbereich gesellschaftlich zunehmend erwünscht ist, sind sozialpädagogisch ausgerichtete Projekte einem Verdrängungsprozeß und Konkurrenzkampf ausgesetzt. Unter stetem zeitlichen, wirtschaftlichen und inhaltlichen Legitimationsdruck stehend treten bei der Gestaltung der für den Erfolg sozialpädagogischer Arbeit oftmals entscheidenden Rahmenbedingungen Schwierigkeiten auf, die zum Teil auf eine zu kurz gegriffene didaktische Planung und auf eine unklar definierte strategische Richtung zurückgeführt werden können.

Nicht vorausgedachte und simulativ bearbeitete Hindernisse und der Mangel an übergeordneten Zielsetzungen und Arbeitsprinzipien verhindern die notwendige ständige Erneuerung der Praxis und die Ausrichtung sozialpädagogischen Handelns auf die sich wandelnde Ausgangslage. Dementsprechend eingeschränkt sind dann auch die Chancen zur didaktischen Reflexion, eigene und Alltagssituationen der sozialpädagogischen Adressaten kritisch zu betrachten und Handlungsalternativen zu entwickeln.

Das Maß an Konkretheit, das die didaktische Planung enthält, die jeweilige historisch-individuelle Dimension, die das Handeln sowohl im Alltag sozialpädagogischer Einrichtungen als auch die gegenwärtige, vergangene und zukünftige Situation in der Lebenswelt der Zielgruppe bestimmt und eine sozialwissenschaftlich geschärfte sozialpolitische Gesamtschau für sozialpädagogische Probleme in der betreffenden Alltagssituation sind jedoch unverzichtbare Elemente einer auf Partizipation und Selbstbestimmung ausgerichteten Erziehungsarbeit.

Veränderungsperspektiven für die Ausbildung und Fortbildung

1. Ausbildung und Fortbildung der Sozialarbeit/Sozialpädagogik stehen vor der aktuellen Herausforderung, den schwieriger werdenden Berufsbedingungen mit der Vermittlung von Handlungskompetenzen zu begegnen, die stärker den operationalen Aspekt didaktischer Planungsarbeit betonen.
2. In den "natürlichen" Lebenswelten, Begegnungsorten, Wohn- und Arbeitsstätten von Menschen läßt sich der Umstand, daß Gesellschaft zugleich als Lebenswelt und als System konzipiert ist, authentischer nachvollziehen, als durch die bloße Vermittlung theorieimmanenter Zusammenhänge oder durch die "leblose" Beschreibung sozialpädagogischer Probleme.
3. Dafür sind "mit allen Sinnen" wahrnehmbare alltägliche Lernorte projektgeleitet zu erschließen, an deren sozialen, räumlichen, wirtschaftlichen, geschichtlichen und politischen Besonderheiten die Fähigkeit zu einer flexiblen didaktischen Analyse und Planung situationsgerecht trainiert werden kann.
4. Die Ausrichtung auf das Alltagsleben von Personen und auf deren soziale Wirklichkeiten erfordert eine stärkere Betonung der Feldforschung, die, geschichtlich gesehen, eine gewachsene Verbindung zu Sozialarbeit/Sozialpädagogik aufweist.
5. Sollen beide Handlungsformen in eine aktivierende Sozialforschung übergehen, die mithilft, Alternativen zum erlebten Alltag zu entwickeln und Ansätze zur Einflußnahme auf die kommunale und überkommunale Sozial- und Bildungspolitik aufzuzeigen, sind Forschungsdesign und die Methoden der Informationssammlung auf die Herstellung einer barrierefreien Dialogplattform abzustimmen.
6. Bevölkerungsaktivierende/motivierende Stadtteiluntersuchungen sind an das zyklische Vier-Phasen-Modell der Aktions- und Handlungsforschung zu orientieren, das in einem qualitativ aufsteigenden Prozeß der Informationssammlung den Erwerb von Fakten-, Ereignis- und Regelwissen über die Lebensweisen und über das Repertoire der Problemlösungsstrategien von benachteiligten Gruppen und Menschen begünstigt.
7. Die durch die laufende Rückkoppelung der lokalen Forschungsergebnisse im Diskurs und über neue Handlungsorientierungen/Handlungen sich verändernden Praxisbedingungen im sozialen Feld sind hinsichtlich ihrer Ressourcenvielfalt auf die Möglichkeiten zu untersuchen, über das soziale Berufsfeld hinausweisende Arbeitsbündnisse zu schließen (Vereine, Verbände, Institutionen, Aktions- und Initiativgruppen, Bildungseinrichtungen usw.).
8. Lebensweltspezifisches forschendes Lernen in Ausbildung und Fortbildung hat vorrangig die Verringerung der Kommunikations- und Verständnisdistanz zwischen Studierenden und Wohnbevölkerung zum Ziel. Im Alltagsleben erworbene und bewährte Kompetenzen und Fähigkeiten (Überlebensstrategien) von Adressaten der Sozialarbeit/Sozialpädagogik sind daher als richtungweisende Fragestellungen und Handlungsalternativen in den Forschungs- und Lernprozeß einzubeziehen und als verbindliche Struktur bei der Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen zu berücksichtigen.

9. In Ausbildung und Fortbildung als praxisnahe Daueraufgabe einbezogene Feld- und Handlungsforschung hat die Sicherstellung ausreichender sachlicher, zeitlicher und personeller Ressourcen zur Voraussetzung. Die Projektbetreuung ist interdisziplinär und in gleichberechtigter Kooperation von ExpertInnen aus Theorie und Praxis sowie in Arbeitsgemeinschaften auch mit ausbildungsfernen Einrichtungen des lokalen Umfelds zu organisieren.
10. Die von Ausbildungsstätten ausgehende systematische Sammlung, Analyse und Bewertung der Lebensbedingungen, sozialen Dienstleistungen und der sozialpolitischen Rahmenbedingungen auf kommunaler bzw. regionaler Ebene darf nicht für Fremdinteressen mißbraucht werden, die dem professionellen Auftrag von Sozialarbeit/Sozialpädagogik entgegenstehen bzw. zum Ersatz für mangelnde öffentliche Forschungsbereitschaft auf Stadtteilebene reduziert werden. Durch eine ausbildungsdominierte laufende Kontrolle der örtlichen Forschungs- und Lernarbeit soll zudem dem Trend begegnet werden, Studierende zu ambitionierter und preiswerter Konkurrenz fachgerechter Sozialer Arbeit zu stimulieren.

1) Die Ausführungen beziehen sich u.a. auf folgende Literatur:

FRASSINE, I.: Sozialarbeit und Sozialwissenschaft - das Ende eines "schlampigen Verhältnisses"? In: Aufrisse. Zeitschrift für politische Bildung: Frei von Zukunft. Voll von Sorgen. Widersprüche in der Sozialarbeit. Nr.2/1988. Wien 1988. S.33-39

GIESCHLER, S./MÜLLER, C.W.: Das Erzähl-Cafe am Berliner Wedding. Ein öffentliches Forum für Berliner Erzähl- und Leserkreise. In: KNOFF, D./SCHÄFFTER, O./SCHMIDT, R. (Hrsg.): Produktivität des Alters. Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V. Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit Nr.75. Berlin 1989. S.39-47

HINTE, W.: Von der Gemeinwesenarbeit zur stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit - oder: die Entpädagogisierung einer Methode. In: MÜHLFELD, C./OPPL, H./WEBER-FALKENSAMMER, H. (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit. Brennpunkte Sozialer Arbeit. Schriftenreihe für Studierende, Lehrende und Praktiker. Frankfurt am Main 1985. S.23-42

HÄUSSERMANN, H./SIEBEL, W.: Neue Urbanität. Frankfurt am Main 1987

HOEFERT, H.-W.: Über den Umgang mit Theorien in einem praxisorientierten Studium. In: BRAUNS, H.-J./KRAMER, D. (Hrsg.): Sozialarbeiterausbildung in den 80er Jahren. Perspektiven eines Hochschulstudiums unter schwierigen Bedingungen. Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin. Berlin 1984. S.77-95

HÖRSTER, R.: Alltagsorientierte Wende in der Pädagogik. Ihre didaktische und ihre sozialwissenschaftliche Pointe. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Heft 5/1988. Neuwied/Rhein 1988. S.376-385

HOVORKA, H./REDL, L.: Ein Stadtviertel verändert sich. Bevölkerungsaktivierende Stadterneuerung. Wien 1987

HOVORKA, H.: Republik "Kongee". Ein Schwimmbad erzählt seine Geschichte. Das städtische Schwimm-, Sonnen- und Luftbad am Kongreßplatz in Wien-Ottakring 1920-1988. Wien 1988

HOVORKA, H.: "Wien ist ... anders". Plädoyer für ein stadtteil- und lebensweltbezogenes Planungs- und Handlungsverständnis zum Alterwerden und Altssein in der Großstadt. In: FORSTER, R./FROSCHAUER, U./PELIKAN, J.M. (Hrsg.): Gesunde Projekte. Initiativen und Modelle im österreichischen System der Gesundheitssicherung und Krankheitsbewältigung. Wien 1989. S.260-274

HUMMEL, K.: Öffnet die Altersheime: gemeinwesenorientierte, ganzheitliche Sozialarbeit mit alten Menschen. Weinheim; Basel 1982

LANGWICKEL, H.: Gemeinwesenarbeit: Uns sie bewegt sich doch. Eine Skizze zu einigen alten und neuen Fragen der GWA. In: Sozialmagazin Nr.10/1989. S.37-41

KREFT, D.: Kompetenzprofile künftiger Sozialarbeit. Oder: Sind die Bedingungen des "magischen Dreiecks" der Handlungsanforderungen neuer sozialer Arbeit erfüllbar? In: Blätter der Wohlfahrtspflege Nr.3/1988. Stuttgart 1988. S.55-57

MARTIN, E.: Sozialpädagogische Didaktik. Der Versuch eines Überblicks. In: Sozialmagazin Nr.3/1989. S.38-45

MIELENZ, I.: Die Strategie der Einmischung - Soziale Arbeit zwischen Selbsthilfe und kommunaler Politik. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Sonderheft 6/1981. S.57ff

HOSE, H.: Praxis der Aktionsforschung. Ein Arbeitsbuch. München 1977

MÜLLER, B.: Praktisches Engagement und Wissenschaft - Thesen zum Entwicklungsstand eines sozialpädagogischen Dilemmas. In: MÜHLFELD, C./OPPL, H./WEBER-FALKENSAMMER, H./WENDT, W.R. (Hrsg.): Mehr Professionalität - mehr Lösungen? Die professionellpolitische Zerreißprobe der Sozialarbeit. Brennpunkte Sozialer Arbeit. Schriftenreihe für Studierende, Lehrende und Praktiker. Frankfurt am Main 1988. S.31-45

MÜLLER, C.W.: Wie Helfen zum Beruf wurde. eine Methodengeschichte der Sozialarbeit. Bd.1. 1883-1945. Weinheim 1982. Band 2. 1945-1985. Weinheim 1988

MÜLLER, C.W. (Hrsg.): Einführung in die Soziale Arbeit. Weinheim 1987

MÜLLER, C.W.: Ausbildung für Diplompädagogen. In: EYFERTH, H./OTTO, H.-U./THIERSCH, H. (Hrsg.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied und Darmstadt 1984. S.149-152

OELSCHLÄGEL, D.: Sozialarbeit im Umbruch? Zur Erforschung der Geschichte der Sozialarbeit in den Westzonen 1945-1949. In: Soziale Arbeit Nr.12/1989. Berlin 1989. S.465-472

OELSCHLÄGEL, D.: Strategiediskussion in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. In: MÜHLFELD, C./OPPL, H./SCHÄFFTER, O./SCHMIDT, R. (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit. Brennpunkte Sozialer Arbeit. Schriftenreihe für Studierende, Lehrende und Praktiker. Frankfurt am Main 1985. S.7-22

OELSCHLÄGEL, D.: Ausbildung für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen. In: EYFERTH, H./OTTO, H.-U./THIERSCH, H. (Hrsg.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied und Darmstadt 1984. S.161-171

SALUSTOWICZ, P.: Forschung an Fachhochschulen - im Spiegel empirischer Daten. In: Sozialmagazin Nr.11/1989. S.38-46

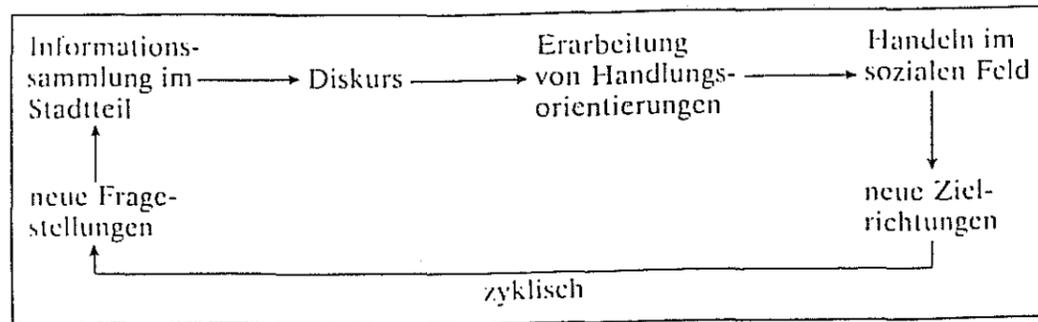
SALUSTOWICZ, P.: Berufliche Sozialarbeit und Ausbildung. In: MÜHLFELD, C./OPPL, H./WEBER-FALKENSAMMER, H./WENDT, W.R. (Hrsg.): Mehr Professionalität - mehr Lösungen? Die professionellpolitische Zerreißprobe der Sozialarbeit. Brennpunkte Sozialer Arbeit. Schriftenreihe für Studierende, Lehrende und Praktiker. Frankfurt am Main 1988. S.55-76

SORG, Richard: Krise und Individualisierung. Soziale Arbeit und Erziehung (SAE) in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation. In: Forum Wissenschaft Nr.1/1988. Marburg 1988. S.56-59

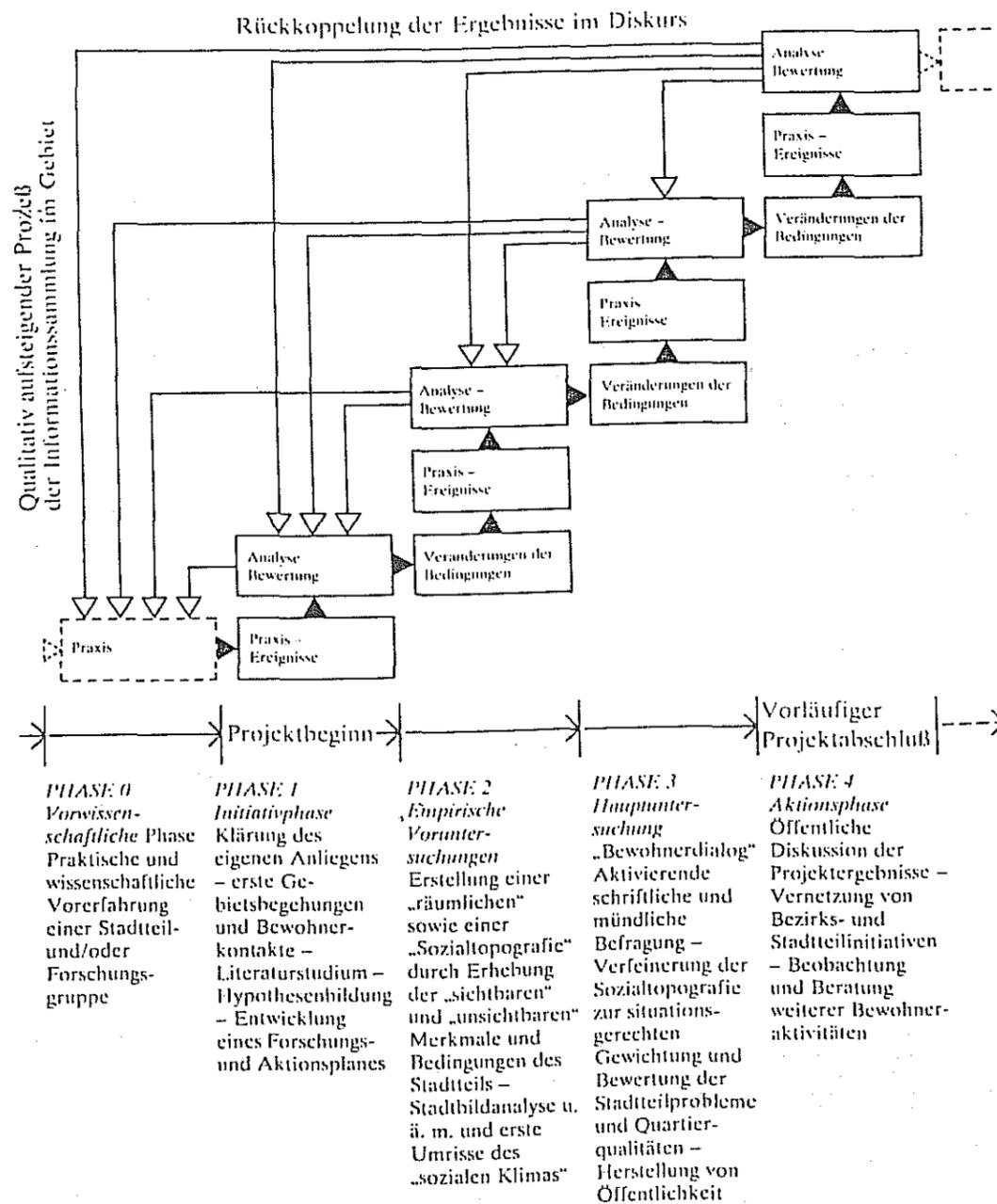
THIERSCH, H./RAUSCHENBACH, T.: Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Theorie und Entwicklung. In: EYFERTH, H./OTTO, H.-U./THIERSCH, H. (Hrsg.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied und Darmstadt 1984. S.984-1016

WERNER, H.: Alternatives Lernen. Ein Handbuch für Arbeiterbildung, außerschulische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung. Frankfurt am Main 1984

Zyklische Phasenplanung und Ablauf von bevölkerungsaktivierenden Stadtteiluntersuchungen (vgl. H.HOVORKA/L.REDL 1987, S.183)



Schematischer Ablauf von Stadtteilprojekten: Zyklisches Vier-Phasen-Modell der Aktions- und Handlungsforschung. (Nach H. MOSER 1977, S. 56.)



Die American Sociological Association hat sich im August 1989 einen Code of Ethics gegeben. Da dies auch für die deutsche Soziologenszene von Bedeutung sein kann, sei er im folgenden abgedruckt.

CODE OF ETHICS

PREAMBLE

Sociologists recognize that the discovery, creation, transmission, and accumulation of knowledge and the practice of sociology are social processes involving ethical considerations and behavior at every stage. Careful attention to the ethical dimensions of sociological practice, teaching, and scholarship contributes to the broader project of finding ways to maximize the beneficial effects that sociology may bring to humankind and to minimize the harm that might be a consequence of sociological work. The strength of the Code, its binding force, rests ultimately on the continuing active discussion, reflection, and use by members of the profession.

Sociologists subscribe to the general tenets of science and scholarship. Sociologists are especially sensitive to the potential for harm to individuals, groups, organizations, communities and societies that may arise out of the incompetent or unscrupulous use of sociological work and knowledge.

Sociology shares with other disciplines the commitment to the free and open access to knowledge and service, and to the public disclosure of findings. Sociologists are committed to the pursuit of accurate and precise knowledge and to self-regulation through peer review and appraisal, without personal and methodological prejudice and without ideological malice. Because sociology necessarily entails study of individuals, groups, organizations and societies, these principles of access and disclosure may occasionally conflict with more general ethical concerns for the rights of clients and respondents to privacy and for the treatment of clients and respondents with due regard for their integrity, dignity, and autonomy. This potential conflict provides one of the reasons for a Code of Ethics.

The styles of sociological work are diverse and changing. So also are the contexts within which sociologists find employment. These diversities of procedures and context have led to ambiguities concerning appropriate professional behavior. The clarification of ethical behavior in diverse contexts provides a second reason for this Code.

Finally, this Code also attempts to meet the expressed needs of sociologists who have asked for guidance in how best to proceed in a variety of situations involving relations with respondents, students, colleagues, employers, clients and public authorities.

This Code establishes feasible requirements for ethical behavior. These requirements cover many—but not all—of the potential sources of ethical conflict that may arise in research, teaching and practice. Most represent *prima facie* obligations that may admit of exceptions but which should generally stand as principles for guiding conduct. The Code states the Association's consensus about ethical behavior upon which the Committee on Professional Ethics will base its judgments when it must decide whether individual members of the Association have acted unethically in specific instances. More than this, however, the Code is meant to sensitize all sociologists to the ethical issues that may arise in their work, and to encourage sociologists to educate themselves and their colleagues to behave ethically.

To fulfill these purposes, we, the members of the American Sociological Association, affirm and support the following Code of Ethics. Members accept responsibility for cooperating with the duly constituted committees of the American Sociological Association by responding to inquiries promptly and completely. Persons who bring complaints in good faith under this Code should not be penalized by members of the Association for exercising this right.

I. THE PRACTICE OF SOCIOLOGY

A. Objectivity and Integrity

Sociologists should strive to maintain objectivity and integrity in the conduct of sociological research and practice.

1. Sociologists should adhere to the highest possible technical standards in their research, teaching and practice.
2. Since individual sociologists vary in their research modes, skills, and experience, sociologists should always set forth *ex ante* the limits of their knowledge and the disciplinary and personal limitations that condition the validity of findings which affect whether or not a research project can be successfully completed.
3. In practice or other situations in which sociologists are requested to render a professional judgment, they should accurately and fairly represent their areas and degrees of expertise.
4. In presenting their work, sociologists are obligated to report their findings fully and should not misrepresent the findings of their research. When work is presented, they are obligated to report their findings fully and without omission of significant data. To the best of their ability, sociologists should also disclose details of their theories, methods and research designs that might bear upon interpretations of research findings.
5. Sociologists must report fully all sources of financial support in their publications and must note any special relations to any sponsor.
6. Sociologists should not make any guarantees to respondents, individuals, groups or organizations—unless there is full intention and ability to honor such commitments. All such guarantees, once made, must be honored.
7. Consistent with the spirit of full disclosure of method and analysis, sociologists, after they have completed their own analyses, should cooperate in efforts to make raw data and pertinent documentation collected and prepared at public expense available to other social scientists, at reasonable costs, except in cases where confidentiality, the client's rights to proprietary information and privacy, or the claims of a fieldworker to the privacy of personal notes necessarily would be violated. The timeliness of this cooperation is especially critical.
8. Sociologists should provide adequate information and citations concerning scales and other measures used in their research.
9. Sociologists must not accept grants, contracts or research assignments that appear likely to require violation of the principles enunciated in this Code, and should dissociate themselves from research when they discover a violation and are unable to achieve its correction.
10. When financial support for a project has been accepted, sociologists must make every reasonable effort to complete the proposed work on schedule, including reports to the funding source.
11. When several sociologists, including students, are involved in joint projects, there should be mutually accepted explicit agreements at the outset with respect to division of work, compensation, access to data, rights of authorship, and other rights and responsibilities. Such agreements may need to be modified as the project evolves and such modifications must be agreed upon jointly.
12. Sociologists should take particular care to state all significant qualifications on the findings and interpretations of their research.
13. Sociologists have the obligation to disseminate research findings, except those likely to cause harm to clients, collaborators and participants, or those which are proprietary under a formal or informal agreement.
14. In their roles as practitioners, researchers, teachers, and administrators, sociologists have an important social responsibility because their recommendations, decision, and actions may alter the lives of others. They should be aware of the situations and

pressures that might lead to the misuse of their influence and authority. In these various roles, sociologists should also recognize that professional problems and conflicts may interfere with professional effectiveness. Sociologists should take steps to insure that these conflicts do not produce deleterious results for clients, research participants, colleagues, students and employees.

B. Disclosure and Respect for the Rights of Research Populations

Disparities in wealth, power, and social status between the sociologist and respondents and clients may reflect and create problems of equity in research collaboration. Conflict of interest for the sociologist may occur in research and practice. Also to follow the precepts of the scientific method—such as those requiring full disclosure—may entail adverse consequences or personal risks for individuals and groups. Finally, irresponsible actions by a single researcher or research team can eliminate or reduce future access to a category of respondents by the entire profession and its allied fields.

1. Sociologists should not misuse their positions as professional social scientists for fraudulent purposes or as a pretext for gathering intelligence for any organization or government. Sociologists should not mislead respondents involved in a research project as to the purpose for which that research is being conducted.
2. Subjects of research are entitled to rights of biographical anonymity.
3. Information about subjects obtained from records that are opened to public scrutiny cannot be protected by guarantees of privacy or confidentiality.
4. The process of conducting sociological research must not expose respondents to substantial risk of personal harm. Informed consent must be obtained when the risks of research are greater than the risks of everyday life. Where modest risk or harm is anticipated, informed consent must be obtained.
5. Sociologists should take culturally appropriate steps to secure informed consent and to avoid invasions of privacy. Special actions may be necessary where the individuals studied are illiterate, have very low social status, or are unfamiliar with social research.
6. To the extent possible in a given study sociologists should anticipate potential threats to confidentiality. Such means as the removal of identifiers, the use of randomized responses and other statistical solutions to problems of privacy should be used where appropriate.
7. Confidential information provided by research participants must be treated as such by sociologists, even when this information enjoys no legal protection or privilege and legal force is applied. The obligation to respect confidentiality also applies to members of research organizations (interviewers, coders, clerical staff, etc.) who have access to the information. It is the responsibility of administrators and chief investigators to instruct staff members on this point and to make every effort to insure that access to confidential information is restricted.
8. While generally adhering to the norm of acknowledging the contributions of all collaborators, sociologists should be sensitive to harm that may arise from disclosure and respect a collaborator's wish or need for anonymity. Full disclosure may be made later if circumstances permit.
9. Study design and information gathering techniques should conform to regulations protecting the rights of human subject, irrespective of source of funding, as outlined by the American Association of University Professors (AAUP) in "Regulations Governing Research On Human Subjects: Academic Freedom and the Institutional Review Board," *Academic*, December 1981: 358-370.
10. Sociologists should comply with appropriate federal and institutional requirements pertaining to the conduct of research. These requirements might include but are not necessarily limited to failure to obtain proper review and approval for research that involves human subjects and failure to follow recommendations made by responsible committees concerning research subjects, materials, and procedures.

II. PUBLICATIONS AND REVIEW PROCESS

A. Questions of Authorship and Acknowledgment

1. Sociologists must acknowledge all persons who contribute to their research and to their copyrighted publications. Claims and ordering of authorship and acknowledgments must accurately reflect the contributions of all main participants in the research and writing process, including students, except in those cases where such ordering or acknowledgment is determined by an official protocol.
2. Data and material taken verbatim from another person's published or unpublished written work must be explicitly identified and referenced to its author. Citations to ideas developed in the written work of others, even if not quoted verbatim, should not be knowingly omitted.

B. Authors, Editors and Referees have Interdependent Professional Responsibilities in the Publication Process

1. Editors should continually review the fair application of standards without personal or ideological malice.
2. Journal editors must provide prompt decisions to authors of submitted manuscripts. They must monitor the work of associate editors and other referees so that delays are few and reviews are conscientious.
3. An editor's commitment to publish an essay must be binding on the journal. Once accepted for publication, a manuscript should be published expeditiously.
4. Editors receiving reviews of manuscripts from persons who have previously reviewed those manuscripts for another journal should ordinarily seek additional reviews.
5. Submission of a manuscript to a professional journal clearly grants that journal first claim to publish. Except where journal policies explicitly allow multiple submissions, a paper submitted to one English language journal may not be submitted to another journal published in English until after an official decision has been received for the first journal. Of course, the article can be withdrawn from all consideration to publish at any time.

C. Participation in Review Processes

Sociologists are frequently asked to provide evaluations of manuscripts, research proposals, or other work of professional colleagues. In such work, sociologists should hold themselves to high standards of performance in several specific ways:

1. Sociologists should decline requests for reviews of work of others where strong conflicts of interest are involved, such as may occur when a person is asked to review work by teachers, friends, or colleagues for whom he or she feels an overriding sense of personal obligation, competition, or enmity, or when such requests cannot be fulfilled on time.
2. Materials sent for review should be read in their entirety and considered carefully and confidentially. Evaluations should be justified with explicit reasons.
3. Sociologists who are asked to review manuscripts and books they have previously reviewed should make this fact known to the editor requesting review.

III. TEACHING AND SUPERVISION

The routine conduct of faculty responsibilities is treated at length in the faculty codes and AAUP rules accepted as governing procedures by the various institutions of higher learning. Sociologists in teaching roles should be familiar with the content of the codes in force at their institutions and should perform their responsibilities within such guidelines. Sociologists who supervise teaching assistants should take steps to insure that they adhere to these principles.

A. Sociologists are obligated to protect the rights of students to fair treatment.

1. Sociology departments should ensure that instructors are qualified to teach the courses to which they are assigned. Instructors so assigned should conscientiously perform their teaching responsibilities.
2. Sociologists should provide students with a fair and honest statement of the scope and perspective of their courses, clear expectations for student performance, and fair, timely, and easily accessible evaluations of their work.
3. Departments of Sociology must provide graduate students with explicit policies and criteria about conditions for admission into the graduate program, financial assistance, employment, funding, evaluation and possible dismissal.
4. Sociology departments should help students in their efforts to locate professional employment in academic and practice settings.
5. Sociology departments should work to insure the equal and fair treatment of all students, by adhering both in spirit and content to established affirmative action guidelines, laws, and policies.
6. Sociologists must refrain from disclosure of personal information concerning students where such information is not directly relevant to issues of professional competence.
7. Sociologists should make all decisions concerning textbooks, course content, course requirements, and grading solely on the basis of professional criteria without regard for financial or other incentives.

B. Sociologists must refrain from exploiting students.

1. Sociologists must not coerce or deceive students into serving as research subjects.
2. Sociologists must not represent the work of students as their own.
3. Sociologists have an explicit responsibility to acknowledge the contributions of students and to act on their behalf in setting forth agreements regarding authorship and other recognition.

C. Sociologists must not coerce personal or sexual favors or economic or professional advantages from any person, including respondents, clients, patients, students, research assistants, clerical staff or colleagues.

D. Sociologists must not permit personal animosities or intellectual differences vis-a-vis colleagues to foreclose student access to those colleagues.

IV. ETHICAL OBLIGATIONS OF EMPLOYERS, EMPLOYEES, AND SPONSORS

No sociologists should discriminate in hiring, firing, promotions, salary, treatment, or any other conditions of employment or career development on the basis of sex, sexual preference, age, race, religion, national origin, handicap, or political orientation. Sociologists should adhere to fair employment practices in hiring, promotion, benefits, and review processes. The guidelines outlined below highlight some, but not all, ethical obligations in employment practices. Clear specification of the requirements governing practices of fair and equal treatment are stated in the guidelines of the U.S. Equal Employment Opportunity Commission and the AAUP. Employers, employees, and sponsors should abide by these guidelines and consult them when a more complete description of fair employment practices is needed.

A. Employment Practices and Adherence to Guidelines

1. When acting as employers, sociologists should specify the requirements for hiring, promotion, and tenure and communicate these requirements thoroughly to employees and prospective employees. Voting on tenure and promotion should be based solely on professional criteria.

2. When acting as employers, sociologists should make every effort to ensure equal opportunity and fair treatment to all persons at all levels of employment.
3. When acting as employers, sociologists have the responsibility to be informed of fair employment codes, to help to create an atmosphere upholding fair employment practices, and to attempt to change any existing unfair practices within the organization or university.
4. All employees, including part-time employees, at all levels of employment, should be afforded the protection of due process through clear grievance procedures. It is the obligation of sociologists when acting as employers, to communicate these procedures and to protect the rights of employees who initiate complaints. They should also communicate standards of employment, and provide benefits, and compensation.

B. Responsibility of Employees

1. When seeking employment sociologists should provide prospective employers with accurate information on their relevant professional qualifications and experiences.
2. Sociologists accepting employment in academic and practice settings should become aware of possible constraints on research and publication in those settings and should negotiate clear understandings about such conditions accompanying their research and scholarly activity. In satisfying their obligations to employers, sociologists in such settings must make every effort to adhere to the professional obligations contained in this Code.
3. When planning to resign a post, sociologists should provide their employers with adequate notice of intention to leave.

C. Sponsor's Participation in Employment Processes

1. In helping to secure employment for students and trainees, sociologists should make every attempt to avoid conflicts of interest. When a conflict of interest does arise, full disclosure of potential biases should be made to job seekers.

V. POLICIES AND PROCEDURES

The Committee on Professional Ethics (COPE) appointed by the Council of the American Sociological Association, shall have responsibility for: interpreting and publicizing this Code, promoting ethical conduct among sociologists, receiving inquiries about violations of the Code, investigating complaints concerning the ethical conduct of members of the American Sociological Association, mediating disputes to assist the parties in resolving their grievances, holding hearings on formal charges of misconduct, and recommending actions to the Council of the American Sociological Association.

A. The Committee shall:

1. At any time, not necessarily in the context of the investigation of a particular case, advise the Council of the Association of its views of general ethical questions, which the Council may elect to publish in appropriate publications of the Association;
2. Receive complaints of violations of the Code of Ethics, and endeavor to resolve them by mediation, and if mediation is unsuccessful, proceed to a hearing. If, after a hearing, the Committee determines that an ethical violation occurred, it should so notify the parties and prepare a report for Council, which may or may not recommend one of the following actions:
 - a. Apply no sanctions
 - b. Suspend the membership and attendant privileges of a member (e.g., participation in the Annual Meeting for a period to be recommended by the Committee);
 - c. Request the resignation of a member; or,
 - d. Terminate the membership of a member.

B. The Council of the Association shall receive case reports and recommendations from the Committee, and from the Review Board hereinafter provided, and take appropriate action.

C. The following are the rules and procedures under which the Committee operates:

1. Except as hereinafter provided, all formal actions of the Committee shall be adopted at a meeting at which a quorum is present, by a majority vote of the members present and voting. A quorum shall consist of a majority of members of the Committee. Members of the Committee with conflicts of interest as outlined in "COPE's Guidelines for Committee Conduct" will be excluded from Committee deliberations and will not be included in determining a quorum.
2. All inquiries about violations of the Code of Ethics should be directed to the Executive Officer of the Association, who shall determine whether the alleged violator is a member of the Association. A person making an inquiry should be sent a copy of the Code and requested to specify in writing the Section(s) of the Code that is (are) believed to have been violated. After receipt of this formal and specific complaint, the Executive Officer shall notify the Chair of the Committee of the inquiry. The Chair, in conjunction with the Executive Officer, shall determine whether or not the complaint is in fact covered by the Code. If so determined, the complainant will be notified of the acceptance by the Committee of the Complaint. The Executive Officer shall then communicate the entire complaint to the person or persons accused, together with a copy of the Code and an explanation of the composition and purpose of the Committee (by registered mail with return receipt requested) and request a response within 90 days.
 - a. The Committee shall consider complaints received from both members and non-members of the Association against members of the Association.
 - b. In order to be considered by the Committee, complaints must be received within eighteen months of the alleged violation or, if received later, must be certified for Committee consideration by the ASA Council.
 - c. The Executive Officer shall acknowledge receipt of the complaint, shall send a copy of the Code, and, where necessary, advise the complainant that a formal complaint must include specification of the time, place, persons, and events constituting the alleged violation and cite the paragraph(s) of the Code alleged to be violated.
3. In cases in which negotiation between the parties is deemed proper, the Chair of COPE will designate members of the Committee to cooperate with the Executive Officer in trying to find an informal and satisfactory solution to the problem.
4. The Executive Officer shall send copies of the complaint, responses and supporting documents to all members of the Committee and to the complainant and the alleged violator. After deliberation, the Committee shall decide by majority vote whether (1) the case should not be pursued further, (2) further information is needed, (3) mediation should be attempted, or (4) the case should not come to a hearing.
 - a. If the Committee decides there should be no further pursuit of the case, the Chair shall communicate the decision and the reasons therefore to the Executive Officer, who should notify all parties.
 - b. If the Committee decides that further investigation of the case is necessary, it may direct inquiries through the Executive Officer to either the complainant or the alleged violator, with copies of the request and responses thereto in every instance to the other party.
 - c. If the Committee decides to attempt mediation, it shall appoint a mediator from among members of the Association, acceptable to both parties. The mediator shall in due course notify the Committee that the matter has been resolved by written agreement of the parties, or if no such resolution has been achieved, the mediator may (1) recommend that the matter be dropped, or (2) recommend that the case proceed to a hearing.
 - d. If the Committee decides that a hearing is appropriate, either upon the recommendation of a mediator, or upon its own initiative, it shall advise the complainant and the

D. The effective date of these procedures is August 14, 1989.

American Sociological Association
1722 N Street, NW
Washington, DC 20036
(202) 833-3410

- e. At the hearing, the evidence in support of the complaint shall be presented by the complainant, by complainant's lawyer or by a representative of the ASA Council, and the alleged violator shall have full opportunity to answer the charges. The Committee may introduce its own witnesses in order to answer factual questions. The Committee shall record the proceedings of the hearing. The alleged violator shall have the right to be present either in person or, with the consent of all parties, through a conference telephone hook-up at all evidential sessions of the hearing and to have a transcript at cost. Every attempt will be made to conduct hearings at one time and place so as to reduce travel costs of the parties involved in the dispute.
- f. Unless the alleged violator requests and the Committee grants a public hearing, the hearing of the complaint shall be private. All persons except those necessary for the conduct of the hearing shall be excluded.
- g. At the conclusion of the introduction of all evidence, the alleged violator, counsel for the alleged violator, or both shall be permitted to argue against or in mitigation of the complaint.
- h. Thereafter, the Committee shall conduct its further discussion in private.
- i. If the Committee finds that no ethical violation has occurred, the parties, organizations and individuals contacted during the investigation shall be so notified by the Executive Officer and the case closed.
- j. If the Committee finds that an ethical violation has clearly occurred, it shall prepare a report of the case summarizing its findings and recommendations. A copy of that report shall be sent to the alleged violator and complainant who shall have an opportunity to prepare written comments within 30 days as part of the appeals process.
- k. When the Committee has followed the procedure set forth in paragraph "k", the findings shall be automatically appealed to a Review Board composed of three past Presidents of the Association appointed by the current President. The Review Board shall consider the written record alone, and by majority vote shall recommend to the Council that the findings of the Committee be upheld, reversed or modified. Copies of the recommendations of the Review Board shall be sent to the complainant, the alleged violator, and the Committee on Professional Ethics, all of whom shall have 30 days to comment in writing before the recommendation is forwarded to Council.
- l. The Council, after examination of the Committee's and the Review Board's recommendations and comments thereon, shall make a final determination of the case on behalf of the Association, and either dismiss the case or take appropriate action.

Institute of Sociology
Czechoslovak Academy of Sciences
Prague

Jilská 1
110 00 Praha 1
Czechoslovakia
phone 042 2/ 23 57 858
fax 042 2/ 235 78 88

Short Information about the Institute
and its Research Program

The Status, Mission and the Structure of the Institute

The Institute of Sociology was re-established in February 1990 in consequence of profound political changes started in Czechoslovakia in November 1989. Former Institute of Sociology was abolished in 1969 for political and ideological reasons.

The Institute of Sociology is a non-profit institution, created by the Presidium of the Czechoslovak Academy of Sciences on January 23rd, 1990 to carry out research, studies, postgraduate training, fellowship programs, documentation and publication in the fields of sociology, social and regional policy. The Institute is an independent research organization, operating within the framework of the Czechoslovak Academy of Sciences. The Academy is an autonomous agency for scientific research, budgeted from the government. The mission and purpose of the Institute are:

- a) To do scientific research in sociology, social and regional policy.
- b) To provide post-graduate training, leading to the equivalent of the Phd. degree.
- c) To provide fellowship programs (lectures, seminars, round- tables, etc.).
- d) To disseminate knowledge by publishing studies, journals and by organizing conferences. The Institute publishes the bimonthly Czechoslovak Sociological Review and the Sociological News (both in Czech).

The Institute currently employs 64 persons, of which 45 are engaged in the research. Internally, the Institute is flexibly structured into research teams by projects. The Institute's scientific activities are supervised by the 11-member Scientific Board and by the director with 2 deputy directors. The director is elected by the Board and appointed by the Presidium of the Czechoslovak Academy of Sciences.

Members of the Scientific Board

Miloš Kaláb
Chairman of the Board, sociologist, Institute of Pedagogy

Alena Vodáková
Deputy Chairman of the Board, sociologist, Institute of Sociology

Ivo Možný
Department of Sociology, University of Brno

Jiřina Šiklová
Department of Sociology, Charles University, Prague

Igor Tomeš
Deputy Minister, Federal Ministry of Labor and Social Affairs

Miloš Zeman
Parliament member, Institute for Forecasting of the Czechoslovak Academy of Sciences

Zdenek Strmiska
IRESCO, Paris

Michal Illner
Institute of Sociology

Aleš Kabátek
Institute of Sociology

Petr Matějů
Institute of Sociology

Milan Petrušek
Institute of Sociology

Officers of the Institute

Jiří Musil
Director of the Institute

Michal Illner
Deputy Director

Petr Matějů
Deputy Director

Principal Research Projects

1. Labor market in the period of transition

Project director: Jiří Večerník

The reemergence of the labor market will introduce many problems on both the demand and supply side. Transformation of the centrally administered system into an open market one will result in a profound market segmentation, new proportions of the formal and informal sector, shifts in the job and education hierarchy, new problems pertaining to women in the labor force, drastic changes in the earnings differentiation etc. Even though these problems will be unavoidable in the transition period, their knowledge and indeed awareness in Czechoslovakia and other countries is rather poor so far. Both preponderance of the neoclassic economic perspective and ignorance of economic sociology could result in a very dangerous situation in future social development. Problems of the labor market, dual economy, income distribution, household economy, problems of employment, etc. will be studied. Wide-ranging theoretical arsenal of economic sociology is going to be applied to highlight the broad range of problems related to the transition of Czechoslovakia to market economy and to propose appropriate economic strategies of their solution.

2. Social policy: toward the welfare mix

Project director: Jan Hartl

The past social policy in Czechoslovakia is characterized by contradictions between proclaimed principles and reality, as well as between manifest and hidden inequalities. Contemporary social policy has not been successful in solving the "old" differences, to say nothing of solving a new type of differences which will emerge as a result of structural changes in the national economy. Therefore, new criteria of social policy must be formulated, and a new division of roles between State, community and the private sphere have to be established. Czechoslovakia's reconstructed civil society is currently searching for new possibilities of social policy whose framework is defined on one side by the U.S. system and by the Swedish model on the other. The problem will be studied both in a theoretical and empirical perspective, and in comparison with other Western and Eastern societies. The most urgent issues concern support for the family in the conditions of unemployment, position of the elderly and young couples, involving other institutions (local authorities and church organizations) in social policy.

3. Trends in social stratification and inequality

Project director: Petr Matějů

Bureaucratic type of egalitarian policy accompanied by an application of 'nomenclature' principle in allocation of occupational positions, in selection and assigning individuals have brought a deep erosion of meritocratic principle in social stratification and reproduction of inequality. However, the 'ideological' assumption has to be tested whether the general level of inequality in Czechoslovakia is lower as compared to advanced industrial countries with market economies. General hypothesis is going to be tested according to which the general level of relative inequality in Czechoslovakia is about of the same level as in Western Europe, but the nature, resources and factors of inequality and its reproduction were of a different kind. In other words, social differentiation and stratification has been shaped by specific principles, deeply rooted in the system of social and economic redistribution.

Present political and economic transformations in Czechoslovakia will bring a change in social stratification and in the level and the nature of inequality. On the other hand, the change in principles of social stratification is one of prerequisites of success in transition to economic efficiency and prosperity.

The research project is primarily oriented to the analysis of changes in educational and occupational attainment, to the analysis of mobility and recruitment of elites. Two main sources of empirical data are going to be used for testing hypotheses on social stratification and mobility: a longitudinal survey 'Family 1989' and the data from large mobility surveys carried in Czechoslovakia in 1967, 1978, 1984 and the one planned on 1991. As regards the survey "Family 1989" it was launched in spring 1989 on the panel of 3700 children and their parents. Individual follow-ups will monitor all important steps in the life careers as well as transformation in value orientations, aspirations and plans as due to the socio-political transformation of the society. As for the mobility survey planned on 1991, the participation of this project will consist particularly in an elaborating and testing hypotheses concerned the long term historical development of educational and occupational mobility and circulation of elites in Czechoslovakia before and after 1989.

4. Transformation of local communities in the post-totalitarian era

Project Director: Michal Illner

Practically no sociological research on local communities and local politics has been done in Czechoslovakia during the last 20 years. The aim of the project is to resume this line of study by monitoring and analyzing the transformation of local communities during the two years when foundations of democratic society will be laid down in Czechoslovakia.

The following aspects of the social and political change within local communities will be covered:

1. Institutionalization of local communities (local interests, self-identification, localism, political representation, local self-government)
2. Transformation of the old forms of social organization of local communities and the emergence of new forms (formal and informal social movements, initiatives, local associations, clubs etc.)
3. Transformation of local elites (emergence of new elites and transformation of the old ones)
4. Mobilization of resources of local communities
5. Changes of the status and behavior of economic organizations within local communities
6. Emergence of private ownership and the position of the new private sector within local communities
7. The position of local communities within broader socio-spatial systems, integration and disintegration of local communities
8. Elections 1990 in local communities (parliamentary and communal elections).

The following methods will be used:

1. Longitudinal observation of a panel of approximately 25 communities based on diaries kept by local "informers" and on periodical questioning.
2. Case studies of 3 communities (2 villages and 1 small town).
3. Analysis of legislation and of political documents concerning local governments and communal elections.
4. Analysis of the activities of the Union of cities and municipalities.

The research has commenced in April 1990 and the field work will continue until the end of 1991. Attention is focused on rural communities and small towns (up to 10 thousand inhabitants) in the Czech republic. Final results will be reported in the year 1991, several interim reports are foreseen.

5. The impact of social and technological changes on urban and regional development

Project director: Jiří Musil

The present-day industrial structure in Czechoslovakia, East Germany, Hungary and Poland is outdated, necessitating a restructuring. The share of heavy industry is disproportionately high and the same applies to the employment rate in metallurgy, coal extraction and heavy engineering. Transition to post-industrial society, the application of new information and communications technologies has been coming up against numerous economic, organizational as well as social barriers. It is also essential radically to change urban and regional policies, while predicting implications of social and technological changes on the structure of cities and regions of the former socialist countries.

This project is aimed at utilizing the experiences accumulated over the years by advanced industrial countries during the process of transition to postindustrial society and gaining vital information necessary for the adoption of coherent political measures in the mentioned countries. The project would simultaneously compare experiences accumulated by all East Central European countries in the process of industrial restructuring and all the regional and social ramifications ensuing therefrom. An integral component of the project would be a study into the impact of the introduction of high technologies on the socio-spatial structure of cities (social ecology), on decentralization of economic and social activities, on housing and other functions discharged by cities and on changes in urban ways of life. The prime purpose is to place future urban policies on to a firmer footing, provided by an insight into anticipated changes cities are faced with.

6. Transition from totalitarianism to a pluralist society and political democracy

Project director: Luboš Brokl

We perceive the customary contradiction involving totalitarianism and democracy as the antipodes of the continuum between right-wing and left-wing totalitarianism, totalitarian, social and political democracy. As far as aforementioned continuum is concerned, our guideline to totalitarianism lies in a ratio between freedom and equality.

Hypothetically, we regard the first twenty years of the rule of the Communist Party in Czechoslovakia as exemplifying left-wing totalitarianism and totalitarian democracy, which - as a result of the emergence of a new class with a gradual preponderance of technocrats on the one hand and the Party's decline on the other - eventually led to the reforms of 1968.

In our interpretation the second two decades of the Communist Party domination amount to right-wing totalitarianism devoid of any internal legitimacy.

As an ideal objective of this transition we formulate direct democracy of the information society of the early 21st century based on new communication technologies. According to the Lipset model concerning prerequisites and implications of democracy from the early 1960s we have specified a similar for the 1990s in our country. As the underlying determinant of this transition we view the nature of social structure as a potential of need and interests, which - following their articulation on the political scene - will determine the character of the political system of our society. We identify the face of social stratification as classless in the Marxian sense, but "caste-divided" in the sense of Warner's segregation lines cutting across social structure and confining it according to various indicators. As regards the strategy of transition, it is crucial to identify the stratification continua and discontinua and to predict their movement.

On the basis of an analysis it is equally necessary to determine whether the years of totalitarianism also coincided with the years of our mass society at its totalitarian realization or whether this totalitarianism was a mere import and the actual stage of mass society with its specific totalitarian tendencies is yet to come.

7. Revival of the private entrepreneurship

Project directors: Jiří Musil & Jana Vítěčková

Transition to market economy in Czechoslovakia will bring about far reaching privatization of the state property. Two kind of processes are going to be dominant in this respect: denationalization of a large number of firms and enterprises and a creation of private enterprises from the "bottom". Spontaneous entrepreneurial activity rigidly restricted for decades is one of the main stimuli of the privatization. On the other hand, the lack of individual capital, technology, know-how and experience will make this process rather difficult. Another problem the revitalization of entrepreneurship will face in Czechoslovakia might be the attitudes of public which are still strongly influenced by egalitarian ideology governing the society during the last forty years.

The research of social prerequisites and consequences of privatization will follow specific timing and forms of this process in Czechoslovakia. Several information sources are going to be exploited, including special sociological surveys monitoring the birth of the first generation of entrepreneurs. At the very beginning the question is raised of recruitment of the first generation of entrepreneurs. In other words, social roots of the new social stratum are going to be analyzed as well as social mechanisms of its creation.

Comparative perspective should be applied in the research. Therefore, the cooperation with scholars from countries where similar transition processes are taking place (namely Hungary and Poland) or with western scholars engaged in the research of economic, political and economic transformation of Eastern Europe would be helpful and mutually inspiring.

8. Social structure of Czechoslovakia

Project director: Jadwiga Šanderová

The interpretation of available data will be based on the discussion between Marxist authors (especially British ones) and their explicit or implicit opponents. The plausibility of "social class paradigm" as a theoretical frame of the research of social structure in Czechoslovakia will be examined. An outcome will be the book "Proletarianization, Privatization, Postmaterialistic Values and Polarization of Households in Theory and in Czechoslovak reality". Another outcome will be a project of a new empirical survey of social structure in Czechoslovakia.

Basic Hypotheses:

- I. Social structure in Czechoslovakia does not essentially differ from social structure of West European countries. It is "only" deformed.
- II. The deformation of social structure in Czechoslovakia is mainly a result of the character of post-war politic development.
- III. Political convulsions had social and economic consequences. Resulting social and economic discontinuity had both the direct and the indirect effect on life interests (system of values) and the life style of different generations.
- IV. It is reasonable and useful to base the analysis of available data on the social paradigm which is discussed in Western Europe. At the same time it is necessary to analyze specific features of particular generations.

9. Sample surveys - a nationwide network

Project director: Jan Hartl

We have set up a nationwide interviewer network all over Czechoslovakia, consisting of more than 450 interviewers. The network is well trained and is specialized in general political, economic and social topics. We are able to carry representative sample surveys up to the size of 3000 persons. We possess all facilities of data recording and processing. Our research program is very flexible and we are prepared to cooperate with any institution or person on interesting scientific topics. Information and further contact: Jiří Musil, Jan Hartl.

Prague, May 1990

Ankündigung

Internationaler Kongreß vom 20. bis 21. Juni 1991 in Essen

Strategien für alte Industrieregionen

veranstaltet von der Stadt Essen, der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie der Internationalen Bauausstellung Emscher Park

Die Internationale Bauausstellung Emscher Park GmbH betreibt die bauliche, ökonomische, ökologische und soziale Erneuerung der größten alten Industrieregion in Deutschland. Ähnliche Aufgaben stellen sich in allen Industrieregionen. In einigen hat man mit der Erneuerung bereits begonnen, andere, insbesondere in Osteuropa, werden in naher Zukunft damit beginnen müssen. Der Kongreß dient dazu, die Strategie der Internationalen Bauausstellung Emscher Park im Vergleich mit ähnlichen Anstrengungen im Ausland vorzustellen und zu diskutieren.

Welche Hemmnisse, aber auch welche Chancen bieten alte Industrieregionen, um den ökonomischen und sozialen Strukturwandel zu bewältigen?

Wie werden die Arbeitsmärkte in heute noch altindustrialisierten Regionen künftig beschaffen sein können?

Wird die Tendenz zur Ausgrenzung wachsender Minderheiten (2/3 Gesellschaft) sich gerade hier durchsetzen?

Welche Formen urbanen Lebens sind künftig in altindustrialisierten Regionen möglich?

Wie können, wie müssen politische Strategien der Erneuerung in altindustriellen Regionen beschaffen sein?

Die Internationale Bauausstellung Emscher Park wird ihre Strategie in den nächsten Jahren in verschiedenen Formen immer wieder zur Diskussion stellen. Der Kongreß dient als Auftakt.

Reden wird u.a.:

Minister Franz-Josef Kniola, Düsseldorf
Professor Gerd Albers, München
Professor Ray Pahl, Canterbury
Professor John Friedmann, Los Angeles
Professor Walter Siebel, Oldenburg

Organisation:

Internationale Bauausstellung Emscher Park

Anfragen können gerichtet werden an:

Internationale Bauausstellung Emscher Park
Leithestraße 37/39
4650 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 / 15391

Universität Dortmund

Vorträge und Tagungen

Klaus Schmals:

Universität Hannover: Interdisziplinarität versus Disziplinarität - Zwei Denkmodelle konkurrieren um einen sinnvollen Weg in Architektur und Raumplanung (Vortrag anlässlich der Ringvorlesung "Kritik der reinen Architektur" am 18.10.1990).

European Business School: Soziologische Grundlagen der Immobilienentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Vortrag für das Kontaktstudium "Immobilienökonomie" am 5.10.1990 in Oestrich-Winkel).

Volkshochschule München: Rücksichtslosigkeit und Selbstgerechtigkeit - Das Modernisierungsmodell München (Vortrag anlässlich der Semestereröffnungstagung "Armut im Reichtum" vom 6.-7.10.1990 in München).

Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung München: Raumplanung von oben versus Raumplanung von unten - Intermediäre Organisationen als Ausweg aus einer unproduktiven Konfrontation? (Vortrag anlässlich der Fachtagung "Raumplanung, Stadtentwicklung, Denkmalpflege: Historische Dimension und aktuelle Perspektiven" vom 24.9.-26.9.1990 in München).

Wolfgang Börstinghaus:

"Künstler in der Stadterneuerung"
Fortbildungsseminar des Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal, am 24.10.1990 in Düsseldorf-Rheinhafen.

"Kunst und Kultur im Wandlungsprozeß alter Industrieregionen"
Studienreise in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nach England (Liverpool, Manchester, Newcastle) vom 3.11. - 11.11.1990.

Das Projekt:
"Private Kulturförderung und Stadtentwicklung in Dortmund"
IHK Dortmund, Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit am 17.10.1990.

Sebastian Müller:

Konzept für einen internationalen und interdisziplinären Kurs "Raumplanung in Europa - Raumplanung für Europa". ERASMUS-Tagung, Dortmund 6.10./7.10.90.

Zukünfte für das Ruhrgebiet. Die Modeneuheit des Ruhrgebiets ist die Glattelederjacke: für jeden Witterungsumschwung gut, auch abgeschabt noch schick: hier wird der Proletlook des Trends getragen.
Evangelische Akademie Schwerte-Villigst, Vorbereitungstagung des Ev. Kirchentages 1991, Villigst 28.10.90.

Internationale Bauausstellung Emscher-Park. Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete? IG Bau-Steine-Erden und Hochschulen, Dortmund 16.11.90.

III. Forschungsprojekte

Vorstellung von 2 Forschungsprojekten im Rahmen der Kooperationsforschung mit der ehemaligen DDR

1. Prof. Dr. Ulfert Herlyn, Universität Hannover
Dr. Bernd Hunger, Bauakademie Berlin

Städtische Wohnumilieus der DDR im Wandel

Eine Untersuchung der Milieuqualität ausgewählter Stadtgebiete als sozialplanerischer Beitrag zur Stadterneuerung

Die Städte der DDR stehen nach den gesellschaftlichen Umwälzungen vor einem städtebaulichen Erneuerungsschub ohne gleichen. Damit diese notwendige städtebauliche Erneuerung sich sozial verträglich vollzieht, soll die Milieuqualität von verschiedenen Typen erneuerungsbedürftiger städtischer Gebiete (Sozialstruktur, soziale Beziehungen, Infrastrukturausstattung, ästhetisch-symbolisches Erscheinungsbild) untersucht werden. Eine solche Untersuchung muß zum einen den Veränderungsdruck der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen (z.B. Arbeitslosigkeit, Mietpreisentwicklung, Privatisierung) und zum anderen die möglichen Folgen der städtebaulichen Erneuerungsprozesse (Segregation, Zwangsmobilität, Störung der sozialen Beziehungen) für den quartierlichen Lebenszusammenhang selbst. Insbesondere soll die Widerstandsfähigkeit des Wohnumilieus unter diesen extremen Belastungen hinsichtlich verschiedener Dimensionen erforscht werden. Dabei geht es auch um die Möglichkeiten und Probleme der Bürgerbeteiligung an Erneuerungsprozessen und die Entwicklung weiterer milieuabhängiger Handlungsanweisungen für die Sozialplanung z.B. in sozialstruktureller oder infrastruktureller Hinsicht, die auf verschiedene Phasen der Erneuerung bezogen sind. Bei diesen Fragen sind die bundesrepublikanischen Erfahrungen zwar von großem Wert, weil hier in den letzten 30 Jahren unterschiedlichste Modelle von Stadterneuerung und Sozialplanung erprobt wurden, dennoch können sie nicht vorbehaltlos auf die Wohnumilieus in den Stadtquartieren der DDR übertragen werden. Es ist eine Kombination von Untersuchungsmethoden geplant: (eine quantitative, teilstandardisierte Befragung, narrative Interviews mit Quartiersbewohnern und Expertengespräche).

2. Prof. Dr. Ulfert Herlyn, Universität Hannover
 Dr. Lothar Bertels, FernUniversität Hagen
 Prof. Dr. Fred Staufenbiel, Hochschule f. Architektur u. Bauwesen Weimar

Wandel der Lebenswelt einer kleinen Mittelstadt im gesellschaftlichen Umbruch der DDR

Die revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Strukturen in der DDR legt es nahe, den einsetzenden sozialen Wandel in allen gesellschaftlichen Bereichen am Beispiel eines lokalen Lebenszusammenhangs empirisch zu untersuchen. Als Einzelfallstudie sollen in einer Mittelstadt die ökonomischen, kulturellen, politischen, sozialen, baulichen sowie personalen Veränderungen erfaßt werden, die sich im Zuge des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses ergeben. Mit einer solchen Untersuchung ist die einmalige Chance gegeben, wie mit einer Lupe die sich gleichzeitig vollziehenden Ausprägungen der städtischen Erneuerung in den verschiedenen Lebensbereichen diachron, also prozessural abzubilden. Die Art und Weise des Wandels von gesellschaftlichen Bedingungen, Verhaltensmustern und Wertorientierungen wird mit Hilfe einer Kombination verschiedener Erhebungstechniken (vor allem Panelbefragung, biographische Interviews, Führung von Haushalts- und Tagebüchern) sowie die wiederholte filmische und fotografische Dokumentation eingeholt. Neben dem wissenschaftlichen Ziel der Darstellung des sozialen Wandels im Spiegel des lokalen Lebenszusammenhangs einer Mittelstadt steht das didaktische Ziel einer visuellen Vermittlung dieser Veränderungsprozesse. Im Vorgriff auf eine umfassende finanzielle Förderung konnte schon vor der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion mit der filmischen und fotografischen Dokumentation begonnen werden. Die Führung von Haushaltsbüchern wurde mit der Einführung der D-Mark begonnen und eine Reihe von Gesprächen mit Schlüsselpersonen der Wende wurden geführt. Aufgrund früherer intensiver, stadtköologischer Untersuchungen durch die Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar wurde die Stadt Gotha für die Untersuchungen ausgewählt. Das Projekt ist für die Dauer von 3 Jahren geplant.

Universität Dortmund

- EG-Projekt
 Wohnforum München - Schaffung von Wohnraum für sozialbenachteiligte Gruppen in München (vgl. Anlage).
- Expertise zum Projekt "Jugend und Arbeit" des Deutschen Jugendinstituts in München: "Entwicklungstrends, Qualifikationsbedarf und veränderte Qualifikationsanforderungen für Berufsanfänger in einer Wachstumsregion - Regionalanalyse München (zusammen mit Ingrid Breckner).
- Arbeitsförderungsinitiative München - Verbleibsuntersuchung der ProjektmitarbeiterInnen (im Auftrag des Planungsreferates der Landeshauptstadt München) (zusammen mit Ingrid Breckner und Christiane Hemmer).

Wolfgang Börstinghaus/Barbara Paul:
 Private Kulturförderung in Dortmund.

Wolfgang Börstinghaus/coop mit LEG NW:
 Stadterneuerung, Gemeinwesenarbeit und informelle Arbeit in Herne-Horsthausen.

Wolfgang Börstinghaus/Martin Jacobs:
 Lokale Kinogeschichte in Dortmund.

Sebastian Müller:
 Vorüberlegungen zu einer IBA-Begleitforschung im Emscherraum.

Rainer Stierand:
 Bürgerbeteiligung in der Regionalplanung.

Technisch-ökonomischer und sozialer Wandel in Mittelstädten.

WOHNFORUM MÜNCHEN gGmbH - PROJEKTBERICHT ÜBER DIE ERSTE VERTRAGSPERIODE

I. Nationale und lokale Rahmenbedingungen des Projekts

Gesellschaftliche Modernisierung und soziale Sparpolitik

Betrachtet man die umfassenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse, die sich in den 80er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen haben, so wird in der Regel nur der damit verbundene technische Fortschritt und die Steigerung des allgemeinen Wohlstands zur Kenntnis genommen. Die Schattenseiten dieser Entwicklung geraten dabei leicht aus dem Blickfeld:

- o ca. 6 Mio. Menschen müssen ihren Lebensunterhalt von einem Einkommen auf Sozialhilfe-Niveau oder darunter bestreiten,
- o rd. 1 Mio Menschen sind Empfänger von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe,
- o ein weiterer, nicht zu beziffernder Personenkreis bezieht Einkommen bzw. Altersruhegelder, die nur knapp über der Sozialhilfeschwelle liegen.

Trotz dieser zunehmenden sozialen Notlagen verfolgte die Bundesregierung in den vergangenen Jahren eine restriktive Sparpolitik im sozialen Bereich: So wurden die Möglichkeiten der Arbeitsförderung eingeschränkt, die Bedürftigkeitsprüfung nach dem Bundessozialhilfegesetz verschärft, die Kosten für Krankenversicherung im Zuge der Gesundheitsreform erhöht, Mietsteigerungen durch die gesetzliche Verankerung von Staffelmieten Vorschub geleistet und gleichzeitig Aktivitäten im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus drastisch reduziert.

Armut im Schatten des Wohlstands: Der Modellfall München

Die Stadt München verzeichnete in den 80er Jahren einen für die Bundesrepublik beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Umsatz der Münchener Wirtschaft vervierfachte sich in den Jahren zwischen 1970 und 1986. Das Beschäftigungsvolumen stieg allein zwischen den Jahren 1977 bis 1989 um 14 % (v.a. im Dienstleistungssektor). Die Bautätigkeit nahm zu und München hat als einzige Stadt der Bundesrepublik - sowohl in ihrem Kern als auch im Umland - nach wie vor eine wachsende Bevölkerungszahl zu verzeichnen.

Die wirtschaftliche Prosperität wird aber auch in der Agglomeration München von einer Fülle unbewältigter stadtpolitische Probleme begleitet. Die zunehmende soziale Polarisierung äußert sich u.a. in Langzeitarbeitslosigkeit, überdurchschnittlich hohen Mieten und Lebenshaltungskosten sowie Obdachlosigkeit, in einer hohen Verschuldung der Bewohner, in sozialer Desintegration (hohe Scheidungsrate, über 50%-Anteil der 1-Personen-Haushalte) und nicht zuletzt in zunehmenden ökologischen Problemen (wie z.B. Müllnotstand, hohe Verkehrsbelastung u.a. infolge von 300.000 Tagespendlern, über 50%ige Versiegelung des Stadtfläche oder mehr als 1.000 Grundstücke mit verseuchten Böden).

Soziale Polarisierungsprozesse bewirkten in den vergangenen Jahren eine kontinuierlich steigende Nachfrage nach öffentlichen Sozialleistungen (Sozialhilfe, Wohngeld etc.). Auch die wachsende Zahl von Personengruppen, die auf dem Arbeitsmarkt schwer zu vermitteln ist (z.B. Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen, Arbeitslose ohne Berufsausbildung, ältere Arbeitslose oder arbeitslose Frauen), stellen für die Münchener Kommunalpolitik eine ernste Herausforderung dar. Insgesamt gibt es eine Reihe deutlicher Anzeichen für eine sich verfestigende, komplex verursachte Sockelarmut, an der bestimmte Personengruppen leiden und deren Bekämpfung besondere, auch gruppenspezifische Maßnahmen erfordert.

Armutsbegriff und betroffene Personengruppen

Armut muß stets in Relation zu der Lebenssituation der Gesamtbevölkerung betrachtet werden. Neben der materiellen Situation sind auch die Wohnsituation, Arbeitsbedingungen und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu berücksichtigen. Dies gilt sowohl für objektive als auch für subjektive Armutsdimensionen, d.h. auch für die subjektive Bewertung von Armut durch den Einzelnen.

Als von Armut betroffen können diejenigen Personen betrachtet werden, die unfreiwillig und in empfindlichem Ausmaß von der Teilhabe am allgemeinen Wohlstand

ausgeschlossen oder an der Entfaltung ihrer grundlegenden Lebensbedürfnisse gehindert werden. Es sind dies vor allem folgende Bevölkerungsgruppen:

- o Personen mit niedrigen Einkommen: Hierzu gehören in München über 50.000 Sozialhilfeempfänger sowie fast 30.000 Wohngeldempfänger-Haushalte;
- o Erwerbslose und Menschen mit schlechten Arbeitsbedingungen: In München waren im September 1990 rd. 30.000 Arbeitslose registriert, von denen 2/3 als schwer vermittelbar gelten;
- o von Wohnungsnot Betroffene: Die Münchener Sozialstatistik vermerkt mehr als 17.000 Antragsteller für eine Sozialwohnung sowie über 8.000 Obdachlose;
- o sozial diskriminierte Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Ausländer, Frauen, alte arme Menschen, Kranke und Behinderte sowie
- o von kultureller Benachteiligung Betroffene: Hierzu gehören in München z.B. Personen mit unzureichenden Bildungschancen sowie eingeschränkten Möglichkeiten der autonomen Verwirklichung kultureller Lebensvorstellungen.

Während bei Einkommensarmut, Erwerbslosigkeit bzw. schlechten Arbeitsbedingungen und Wohnungsnot, die objektiv einschränkenden Wirkungen deutlich zutage treten und von den subjektiven Wirkungen noch zusätzlich verstärkt werden, überwiegt bei sozialer Diskriminierung und kultureller Benachteiligung die subjektive Wirkung für die Betroffenen: Objektiv betrachtet stehen Bildung und soziale Anerkennung jedem offen; subjektiv gesehen fühlen sich viele Menschen jedoch sozial ausgegrenzt oder sind nicht in der Lage, die vorhandenen Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Grund hierfür sind vielfach wiederum materielle, räumliche und soziale Nöte.

Es ist allgemein bekannt, wie sehr sich Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit bzw. schlechte Arbeitsbedingungen prägend auf die gesamte Lebenssituation auswirken kann. Der gravierende negative Einfluß von Wohnungsnot auf alle anderen Lebensbereiche ist in einer von Wohnungsnot so stark betroffenen Stadt wie München besonders groß: Hier kann der Wohnungsverlust zur grundlegenden Existenzkrise führen und u.U. unmittelbar Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit und soziale Diskriminierung zur Folge haben.

Oft hat ein negatives Ereignis aus einem der fünf genannten armutsrelevanten Lebensbereiche weitreichende Folgen in anderen Alltagskontexten. Die verschiedenen Dimensionen von Armut verstärken sich in der Regel gegenseitig und kumulieren - v.a. wenn sie über längere Zeiträume hinweg wirksam sind - zu nahezu ausweglos erscheinenden sozialen Notlagen. Das WOHNFORUM MÜNCHEN versucht mit seinen Teilprojekten, diese vernetzten Entstehungskontexte von Armut in Zusammenarbeit mit den Betroffenen aufzubrechen und nachhaltig zu verändern.

II. Strategien der Armutsbekämpfung

Projektansatz

Das WOHNFORUM verfolgt mit der Sanierung von Wohnungsbeständen unter Beteiligung der Bewohner und der längerfristigen Absicherung niedriger Mietkosten für einkommenschwache Haushalte eine neue, wohnungspolitische Strategie der Armutsbekämpfung. Die praktische Umsetzung dieses Ziels erfolgt im Rahmen von fünf bis sieben Teilprojekten, die in modernisierungsbedürftigen Häusern im Stadtgebiet stattfinden werden. Die Dezentralisierung der Projektaktivitäten im Stadtgebiet sowie die Zusammensetzung von Bewohnergruppen mit unterschiedlichen Armutserfahrungen und Selbsthilfe-Potentialen soll die Entstehung von Armutsgettos vermeiden. Die zu sanierenden Immobilien werden dem WOHNFORUM von der Stadt München, anderen öffentlichen Institutionen oder privaten Eigentümern für die Dauer des Projekts zur Nutzung überlassen und anschließend an die Bewohnergruppen vermietet. Zur Finanzierung der Baumaßnahmen werden öffentliche Modernisierungsprogramme genutzt.

Das Start-Projekt Orleansstr. 65a

Auf diesem Grundstück befinden sich ein Vorderhaus und ein Rückgebäude mit insgesamt ca. 1.300 qm Wohnfläche sowie zwei Werkstattgebäude mit ca. 80qm Nutzfläche. Diese Gebäude sollen nach den Bedarfen und unter Beteiligung der künftigen Nutzer mit öffentlichen Mitteln saniert werden. Neben günstigen Mietkosten strebt das WOHNFORUM die kulturelle und soziale Integration der Beteiligten in einer Hausgemeinschaft sowie in der Nachbarschaft an und versucht gleichzeitig Arbeitsmöglichkeiten der künftigen Bewohner zu schaffen bzw. zu fördern. An diesem Projekt nehmen gegenwärtig sechs Gruppen mit insgesamt ca. 70 Personen teil. Das WOHNFORUM hat mit diesen Gruppen begonnen Wohn- und Lebensvorstellungen, Finanzierungskonzepte, Ausstattungsstandards und vertragliche Regelungen zu konkretisieren. Mit dem Beginn der Bauarbeiten ist voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 zu rechnen.

III. Programmatische Strategien des WOHNFORUM

Übertragbarkeit

Aus dem Projekt WOHNFORUM erscheinen beim derzeitigen Entwicklungsstand vor allem Erfahrungen mit der sozialen Zusammensetzung von Hausgemeinschaften, mit

der Nutzerbeteiligung und mit der Finanzierung der Sanierung auf die lokale Sozial- und Wohnungspolitik übertragbar. Die Instandsetzung von Wohnraum nach den Bedarfen alleinerziehender Frauen und alter Menschen kann außerdem zeigen, wie sich Qualitäten des Wohnens sowie des Wohnumfeldes auf die Nachfrage nach sozialen bzw. gesundheitlichen Dienstleistungen auswirken und welche Korrekturen vor diesem Hintergrund in der entsprechenden Infrastruktur auf lokaler Ebene bzw. in der Wohnungspolitik vor Ort erforderlich sind.

Visualisierung

Die Aktivitäten des WOHNFORUM werden zum einen in der lokalen Öffentlichkeit, d.h. in der Presse und auf fachspezifischen Veranstaltungen und zum anderen in den Stadtbezirken sichtbar, wo die Teilprojekte stattfinden. Außerdem vermitteln die Mitarbeiter des WOHNFORUM-Teams Ergebnisse des Projekts in universitären Lehrveranstaltungen, in Vorträgen sowie im Erfahrungsaustausch mit anderen Projekten. Zu diesem Zweck werden die Modernisierungsprozesse in den einzelnen Häusern fotografisch dokumentiert und ein Videofilm über die Gesamtlaufzeit des WOHNFORUM erstellt.

Vernetzung

Das WOHNFORUM arbeitet auf der lokalen Ebene mit Wohlfahrtsverbänden, Vertretern der Kommune, Fachinstitutionen auf dem Gebiet des bewohnerorientierten Planens und Bauens, mit Projekten aus dem Bereich der Arbeitsförderungsinitiative und der Selbsthilfe, mit Beratungsinstitutionen sowie mit den Medien zusammen. Auf nationaler Ebene wird gerade die Kooperation mit Projekten aufgebaut, von deren Erfahrungen das WOHNFORUM in unterschiedlicher Weise profitieren kann. Nicht zuletzt bleibt die Vernetzung des WOHNFORUM mit anderen Projekten aus dem EG-Programm hervorzuheben.

IV. Organisationsstruktur und Ressourcen des WOHNFORUM

Gesellschaft und Management

Nach einer komplizierten Vorbereitungsphase ist die Institutionalisierung des WOHNFORUM als gemeinnützige GmbH nun beinahe abgeschlossen. Gesellschafter dieser GmbH sind die Arbeiterwohlfahrt/Kreisverband München, der Landesverband des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie der Münchner Kommunikationsverein. Die Arbeit der beiden Geschäftsführer sowie der anderen Mitarbeiter des WOHNFORUM wird außerdem durch einen wissenschaftlichen und einen politischen Beirat unterstützt.

Die Beteiligung der NutzerInnen des WOHNFORUM

Zum Adressatenkreis des WOHNFORUM gehören in erster Linie die künftigen BewohnerInnen der zu sanierenden Häuser. Mit ihnen werden sämtliche konzeptionellen und praktischen Arbeitsschritte besprochen, die ihr künftiges Leben in dem Haus beeinflussen. Sie sollen die Häuser nach Abschluß der Sanierungsmaßnahmen in Selbstverwaltung übernehmen. Eine kritisch begleitende Teilnahme bietet das WOHNFORUM auch der Münchener Fachöffentlichkeit, anderen Projekten und den Medien an, um seine Erfahrungen reflektieren und nach außen vermitteln zu können.

Personal

Zum WOHNFORUM-Team gehören gegenwärtig zwei Geschäftsführer, ein Architekt, eine Sozialpädagogin, eine wissenschaftliche Begleiterin sowie eine Sekretärin. Noch nicht besetzt ist die Position einer Sachbearbeiterin für Zuschußwesen. Im Verlauf der weiteren Entwicklung des WOHNFORUM werden für die einzelnen Teil-Projekte noch je ein/e SozialarbeiterIn und ein/e ArchitektIn eingestellt. Weiterhin nimmt das WOHNFORUM auf Honorarbasis Beratungsfachkräfte in Rechts- und Steuerfragen, eine Buchhalterin sowie Hilfskräfte bzw. Praktikanten in Anspruch.

Entscheidungsstrukturen und Selbst-Evaluation

Die das WOHNFORUM betreffenden Entscheidungen werden von beiden Geschäftsführern in Absprache mit dem Team sowie den Gesellschaftern der GmbH getroffen. Unter den Mitarbeitern des Projekts hat sich inzwischen ein stabiles Team konstituiert, das sich auch an den Evaluationsprozessen des Projekts intensiv beteiligt. Neben der Auswertung der Projekterfahrungen gehört zur Evaluation auch der Austausch mit anderen Projekten sowie die kontinuierliche konzeptionelle Weiterentwicklung des Projektansatzes. Die Forschungsarbeiten im Rahmen des WOHNFORUM konzentrieren sich v.a. auf die lokale und nationale Armutsentwicklung (vgl. ausführlicher Punkt I.).

Projektleitung

Dipl. Oec. Hinnerk Brockmann und Dipl. Ing. Birgitt Sorge

Soziale Konzeption

Dipl. Soz. päd. Monika Widmann

Architektur und Planung

Dipl. Ing. Christian Herde

Forschung und Evaluation

Dipl. Soz. Ingrid Breckner (in Zusammenarbeit mit Dipl. Soz. Christiane Hemmer)

Sekretariat

Susanne Benneke

Beratung

Prof. Dr. Klaus M. Schmals

Oktober 1990

IV. Lehrveranstaltungen

LEHR- UND FORSCHUNGSFELDER AM FACHGEBIET "SOZIOLOGISCHE GRUNDLAGEN DER RAUMPLANUNG" AM FACHBEREICH RAUMPLANUNG DER UNIVERSITÄT DORTMUND

Lehrveranstaltungen und Studienprojekte im Wintersemester 1990/91

Lehrveranstaltungen

Wolfgang Börstinghaus:
Neue Formen und Probleme sozialer Infrastruktur

Wolfgang Börstinghaus/Christian Kuthe:
Wohnungspolitische Handlungsfelder für Raumplaner: Die Wohnprojekte der IBA-Emscherpark

Sebastian Müller (zusammen mit Klaus Schmals, Peter Zlonicky):
ARPUD: IBA-Kolloquium

Sebastian Müller (zusammen mit Ursula von Petz):
Vergleichende Raumplanung in Europa

Klaus Schmals:
Gesellschaftstheoretische Grundlagen der Raumplanung

Rainer Stierand:
1. Planung in osteuropäischen Ländern und der DDR
2. Politik und Verwaltung

Gabriele Sturm:
Einführung in feministische Raumplanung

Studienprojekte

Klaus Schmals:
Anfängerprojekt: Studierende schaffen sich Wohnraum - Umbau und sozial-räumliche Integration einer Kaserne

Rainer Stierand:
Fortgeschrittenenprojekt: Mittelstadt im Wandel - am Beispiel der Stadt Neuruppin

Gabriele Sturm:
Anfängerprojekt: Verkehrsplanung aus Frauensicht

V. Literatur - Hinweise

FrauenPläne. Für eine Modernisierung der Großstädte in Deutschland

(Hg): Barbara Martwich

* bitte vorbestellen * bitte vorbestellen * bitte vorbestellen *

Unser Buch handelt von der Arbeit, die Frauen im Prozeß der Stadterneuerung leisten, und zwar in ihrer Eigenschaft

- als Haus- und Familienfrauen, die ihre Wohnung, ihren Stadtteil und die Stadt instandhalten müssen, damit sie überhaupt bewohnbar bleiben oder werden,
- als Fachfrauen, d.h. als Architektinnen, Städteplanerinnen, Soziologinnen, Bau-fachfrauen usw., die die bauliche Umwelt für und mit den anderen Frauen bearbeiten.

Unsere Untersuchung bezieht sich auf

- Gründerzeitquartiere aus dem 19. Jahrhundert und
- Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre in den Großstädten Hanburg, Berlin (O und W) und Dresden.

Wir möchten, daß auch die Frauen in der ehemaligen DDR dieses Buch zu dem niedrig kalkulierten Preis kaufen können.

Deshalb sind wir auf Vorbestellungen angewiesen.

Prof. Dr. Barbara Martwich,
Hochschule für bildende Künste Hamburg, Lerchenfeld 2, 2000 Hamburg 76

Inhaltsverzeichnis

FrauenPläne. Für eine Modernisierung der Großstädte in Deutschland.
Erfahrungen in Berlin, Hamburg und Dresden (Arbeitstitel)
(Barbara Martwich, Hg.)

Vorwort

1. Frauen zwischen privater Teilhabe und politischer Ausgrenzung aus der Öffentlichkeit der Städte - Eine Einführung
(Ulrike Martiny, Barbara Martwich, Hamburg)

2. Erneuerungsgebiete in Deutschland (Forschungsergebnisse)

2.1 Rechtliche Grundlagen für Sanierungsplanungen und ihre Auswirkungen auf die ehemalige DDR
(Cornelia Thömmes, Bremen)

2.2 Chancen zur Selbsthilfe bei der Erneuerung von Gründerzeitquartieren in Hamburg
(Helga Rake, Hamburg)

2.3 Stadterneuerungsgesellschaften: Erfahrungen mit der organisierten Stadterneuerung in Berlin und Hamburg
(Beate Huke-Schubert, Hamburg)

2.4 Innovationspotentiale durch Betroffenenbeteiligung am Beispiel Hamburger Großsiedlungen (evtl. Camilla Hübsch-Tärper, Hamburg)

2.5 FrauenLeben in den Großsiedlungen von Berlin-Marzahn, Brandenburg, Jena-Lobeda
(Christine Hannemann, Humboldt-Universität zu Berlin)

3. Konzepte und Entwürfe von Architektinnen aus der Bundesrepublik und aus der DDR, die zeigen, daß Kreativität nicht unter Planungszwängen verenden muß

3.1 Alternative Wohnungsgrundrisse für neue Kommunikationsformen in selbstbestimmten Wohngruppen
(Myra Wahrhaftig)

3.2 Modernisierung von Gründerzeithäusern. Analysen, Konzepte, DDR-Realität
(Grete Becker, Bauakademie Berlin)

3.3 Stadterneuerung in Dresden: Erste Erfahrungen mit frauenspezifischen Interessen in der MieterInnenbeteiligung
(Gabriele Bernhard, Planungsbüro Dresden)

4. Gesellschaftliche Innovationstendenzen durch Frauen und ihr Beitrag zum Wandel der Stadtentwicklung

4.1 Die Bedeutung des Alleinwohnens (von Frauen) für die Kommunikationsstrukturen in Stadt und Gesellschaft
(Ulrike Martiny, Hamburg)

4.2 Innovationspotentiale von FrauenStadtteilProjekten: Selbsthilfe zwischen Anpassung und Widerstand
(Barbara Martwich, Hamburg)

4.3 Arbeit und Leben von Architektinnen in der DDR. Drei Beispiele
(Helga Wetzel, Bauakademie Berlin)

Ulla Terlinden

Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur

Ein feministischer Ansatz in der soziologischen Stadtforschung



250 Seiten, broschiert
Silberburg Wissenschaft, Band 279 (Frauen-Studien).
ISBN 3-925344-73-X.

Wurde bisher die Stadt- und Regionalentwicklung allein unter dem Aspekt der Erwerbsarbeit untersucht und dabei die Hauswirtschaft als gesellschaftlich der Frau zugeordnete Tätigkeit vernachlässigt, wird in dieser Dissertation die Relevanz der - nicht über den Markt vermittelten und der häuslichen Selbstversorgung dienenden - »Gebrauchsarbeit« für die Siedlungsentwicklung und den Hausbau analysiert. Die industriegesellschaftlichen Haushalts-, Siedlungs- und Wohnweisen lassen sich, so ein Ergebnis dieser Arbeit, nicht einfach als Weiterentwicklung der vorangegangenen begreifen, sondern waren nach der Auflösung der »Ökonomie des ganzen Hauses« und dem Aufkommen der - wesentlich vom Mann übernommenen - außerhäuslichen Erwerbsarbeit grundlegend davon unterschieden.

Ökologie
Soziologie
Politologie
Stadtplanung
Architektur

SF 29
Stadtforschung aktuell
Band 29

Das neue Gesicht der Städte

Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte

Herausgeber:
Renate Borst
Stefan Krätke
Margit Mayer
Roland Roth
Fritz Schmoll
Berlin, BRD

1990, 324 Seiten, Broschur
ISBN 3-7643-2540-2

Noch in den siebziger Jahren gab es lediglich ein dominantes Muster der Stadtentwicklung: Ausdehnung, Differenzierung und Suburbanisierung prägten das Geschehen in den urbanen Agglomerationsräumen. Heute beobachten wir ein widerspruchsvolles und spannungsreiches Nebeneinander von niedergehenden Industrieregionen und prosperierenden Dienstleistungszentren, von zerfallenden Stadtteilen und glänzender Urbanität. Neue Muster der räumlichen Entwicklung zeichnen sich in allen Dimensionen ab: von der Verschiebung der Industrialisierungs- und Wachstumspole im globalen Maßstab, über neue Polarisierungen zwischen den städtischen Ballungszentren bis hin zu neuen

kleinräumigen Segregations- und Heterogenisierungsprozessen innerhalb der Städte. Dieses Buch sucht den im deutschsprachigen Raum bisher fehlenden Anschluß an die internationale Debatte über diesen Trendbruch. Im Vordergrund stehen Beiträge, die dem konkreten Zusammenhang zwischen sozioökonomischen und räumlichen Umbauprozessen sowie politischen Regulierungen nachgehen. Theoretische Konzepte der Regulationsschule (Fordismus - Post-Fordismus) stehen im Mittelpunkt der durchweg empirisch orientierten Beiträge, aber auch andere Interpretationsansätze, wie «flexible Akkumulation» oder «global city», kommen zu Wort.

Interessenten:
Studenten der Architektur,
Stadtplaner, Institutsbibliotheken

Universität Dortmund

Wolfgang Börstinghaus/Barbara Paul:
Private Kulturförderung und kommunale Kulturpolitik; Untersuchungsgegenstand auch in Dortmund, in: Ruhrwirtschaft 8/1990, S. 14 f.

Sebastian Müller:

Taugt Renaturierung als Erneuerungsimpuls einer altindustrialisierten Region: Das Konzept der Internationalen Bauausstellung Emscherpark (erscheint demnächst als Beitrag in einem Band der Blauen Reihe des Fachbereichs Raumplanung der Universität Dortmund, zur Emscherregion).

Schwachstellen im IBA-Konzept der ökologischen Erneuerung des Emscherraumes (erscheint demnächst als Beitrag in Arbeitsheft 6 des Fachgebietes Soziologische Grundlagen der Raumplanung im Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund).

Nachholende Urbanisierung. Strukturbruch und Stadtregion Rhein-Ruhr-Stadt (erscheint demnächst als Beitrag in einem Band der Materialien zur Raumplanung, Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund, über Westliche Metropolen im Wandel).

Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek

- BEAB Schad, Helmut; Graß, Christoph
KORP Univ. Trier, Fachbereich 4 - Stadt- und Regionalplanung (Hrsg.)
TITL Stadtteiltypisierungen von Frankfurt am Main. Sozialraumanalyse, Faktorial-
ökologie u. Clusteranalyse im Vergleich. Zus. dt.
IMPR Trier 1988. XIII, 159 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Trierer Beitr.z.Stadt-u.-
Regionalplanung. Bd.15
SACH Stadtsoziologie, Sozialökologie, Stadtteil, Typisierung, Clusteranalyse
REGI Frankfurt am Main, HESS
SIGN BfLR; A 10 483
- BEAB Luthe, Heinz Otto (Hrsg.); Meulemann, Heiner (Hrsg.)
TITL Wertewandel - Faktum oder Fiktion? Bestandsaufnahmen u. Diagnosen aus kul-
tursoziologischer Sicht.
IMPR Frankfurt/M.: Campus Verl. 1988. 297 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Wertvorstellung, Sozialwandel, Politik, Kirche, Kultur, Soziologie, Empi-
rische Sozialwissenschaft
REGI Bundesrepublik Deutschland, Niederlande
SIGN BfLR; A 10 485
- BEAB Bick, Wolfgang
TITL Die Stadt aus der Sicht ihrer Bürger. Ansätze u. Ergebnisse kommunaler Um-
fragen. Zus. dt.
IMPR In: Stadtforschung und Statistik, Duisburg 1(1989)H.1, S.66-90, Abb.;
Tab.; Lit.
SACH Befragung, Lebensqualität, Regional, Infrastruktur, Wohnumfeld, Wohnwert,
Städtestatistik
REGI Duisburg, Köln, NRW, Nürnberg, BAYR
SIGN BfLR; Z 600
- BEAB Hesse, Joachim Jens (Hrsg.)
TITL Die Erneuerung alter Industrieregionen. Ökonomischer Strukturwandel u.
Regionalpolitik im internationalen Vergleich. Engl.=Regional structural
change and industrial policy in international perspective; Paralleltitel,
engl.
IMPR Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1988, 599 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Industrieregion, Problemraum, Strukturwandel, Wirtschaftsstruktur, Industrie,
Arbeitsmarkt, Produktionsfaktor, Forschung, Regionale Wirtschaftspolitik,
Regionalpolitik
REGI Pittsburgh, USA, West Midlands/County Großbritannien, Nord-Pas-de Calais/
Region, Frankreich, Ruhrgebiet, NRW
SIGN BfLR; B 11 269
- BEAB Scheuch, Erwin K.
TITL Städtebau und sozialer Wandel. Zur Funktion des Wohnens in der Industriege-
sellschaft. Zus. dt.; engl.; franz.
IMPR In: Arch.f.Kommunalwiss., Stuttgart 26(1987)Bd.2, S.177-189, Lit.
SACH Wohnen, Nachbarschaft, Bevölkerungsentwicklung, Freizeitverhalten, Verkehr
Sozialwandel
SIGN BfLR; Z 55a
- KORP Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD-, Paris (Hrsg.);
Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung -OECD-,
Paris (Verw.)
TITL Ageing populations. The social policy implications.
IMPR Paris 1988. 90 S., Abb.; Tab.; Lit.=Demographic Change and publ.Policy
SACH Bevölkerungsentwicklung, International, Bevölkerungsprognose, Alter Mensch,
Soziale Sicherheit, Öffentliche Ausgaben, Produktivität, Gesundheitspoli-
tik, Sozialpolitik
REGI OECD-Staaten
SIGN BfLR; C 19 691
- BEAB Vogt, Michael
KORP Univ. Stuttgart, Geographisches Institut (Hrsg.)
TITL Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser und Einkaufszentren als neue Elemente im
Standortgefüge des Einzelhandels im Großraum Stuttgart. Zus. dt.; engl.
IMPR Stuttgart 1988, 180 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Stuttgarter geogr.Stud.
Bd.109
SACH Einzelhandelsstandort, Einzelhandelsunternehmen, Verbrauchermarkt, Einkaufs-
zentrum, Geschichte, Standortfaktor, Markt, Zentralität
REGI Stuttgart/Raum, BADW
SIGN BfLR; X 379/26
- BEAB Puhe, Henry (Proj.-Ltg.)
KORP Emnid-Institut, Bielefeld (Bearb.); Bundesminister für Raumordnung, Bau-
wesen und Städtebau, Bonn (Hrsg.; Auftr.)
TITL Eigentumswohnungen. Erfahrungen von Bewohnern u. Experten.
IMPR Bonn 1989. 210 S., Tab.; Lit.=Schriftenr. "Forsch."d.Bundesminist.f.-
Raumordn.,Bauwes.u.Städtebau. Nr.467
SACH Eigentumswohnung, Wohnen, Wohnwert, Wohnungsmarkt, Wohnungsrecht, Befragung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 209
- BEAB Rohrbacher, Rainer
KORP Prognos AG, Basel (Hrsg.); Hamburg, Baubehörde, Amt für Wohnungswesen
(Auftr.)
TITL Standortfaktoren "Wohnen" in der Hamburger Region. Schlußbericht,
IMPR Basel 1987. ca. 117 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Wohnungsversorgung, Regional, Immobilienmarkt, Wohnstandort, Wohnungs-
marktprognose
REGI Hamburg/Raum, HH, SCHL
SIGN BfLR; C 19 677
- BEAB Bauer, Eva; Kaufmann, Albert
KORP Institut für Stadtforschung, Wien (Hrsg.)
TITL Stand und Entwicklung der Wohnungskosten 1981-1985.
IMPR Wien 1988. 197 S., Tab.; Lit.=Inst.f.Stadtforsch. 83
SACH Wohnungsmarkt, Miete, Einkommen, Lebenshaltung, Wohnungsstatistik, Woh-
nungssubvention
REGI Österreich
SIGN BfLR; B 11 156
- BEAB Klein, Peter (Hrsg.); Depoorter, Charles (Hrsg.); Frank, Rainer (Mitarb.)
TITL Die Stadt. Dt.; franz. Zus. dt.; franz.=La commune; Paralleltitel, franz.
IMPR Bonn: Vorwärts Verl. 1988, 468 S., Tab.; Lit.
SACH Kommunalpolitik, Geschichte, Verfassung, Verwaltungsorganisation, Finanzen,
Sozialpolitik, Kultur, Energiepolitik, Umweltpolitik, Kommunalverwaltung
REGI Bundesrepublik Deutschland, Frankreich
SIGN BfLR; A 10 597
- KORP Kiel (Hrsg.)
TITL Großwohngebiete in der Kritik. Internationales Städteforum Kieler Woche 1987.
16 Städte berichten.
IMPR Kiel 1987. 33 S.=Inform.aus d.Kieler Rathaus
SACH Wohngebiet, Trabantenstadt, Neuer Stadtteil, Stadterneuerung, Sozialstruktur,
Stadtplanung, Wohnungsbau, Bevölkerungswanderung, Stadtumland
REGI Frankreich, Großbritannien, Polen, Schweden, Finnland, Dänemark, Sowjet-
union, Israel, Bundesrepublik Deutschland, DDR
SIGN BfLR; A 10 482
- BEAB Häußermann, Hartmut
TITL Zukünfte der Stadtentwicklung. Zus. dt.
IMPR In: Stadtforschung und Statistik, Duisburg 1(1989)H.1, S.5-16, Lit.
SACH Stadtentwicklung, Zukunft, Strukturwandel, Wirtschaftsentwicklung, Wirt-
schaftswachstum, Ausländer, Tertiärer Sektor, Stadtplanung, Regionalpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 600
- BEAB Keating, Michael
TITL The city that refused to die. Glasgow: The politics of urban regeneration.
Zus. engl.
IMPR Aberdeen: Aberdeen Univ.Press 1988. VIII, 211 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
SACH Stadtentwicklung, Kommunalverwaltung, Städtebaupolitik, Stadterneuerung, Woh-
nungspolitik, Regional, Sozialpolitik, Kommunale Wirtschaftspolitik
REGI Glasgow, Großbritannien
SIGN BfLR; B 11 175
- BEAB Bennett, Robert J. (Hrsg.)
TITL European progress in spatial analysis. Zus. engl.
IMPR London: Pion 1981. 305 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Raumwissenschaft, Raumtheorie, Geographie, Hochschule, Raummodell, Mathe-
matisch-statistische Analyseverfahren
REGI Europa/West, USA
SIGN BfLR; B 11 225
- BEAB Lipphard, Detlev (Hrsg.)
KORP Univ. Bielefeld, Fakultät für Soziologie (Hrsg.); Univ. Bielefeld, Fakultät
für soziologie, Praxisschwerpunkt "Regional- und Raumplanung" (Veranst.)
TITL Trends der räumlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. Referate des
5. Theorie-Praxis-Forums vom 28.10.-25.11.1987.
IMPR Bielefeld 1988. II, 99 S., Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitsber.u.Forschungsmater.
Nr.47/Arbeitsber."Regional-,u.Raumplanung". H.11
SACH Raumentwicklung, Regionale Disparität, Indikator, Stadtentwicklung, Problem-
raum, Großstadt, Umweltschutz, Umweltökonomie, Landesplanung
REGI Bundesrepublik Deutschland, Nordrhein-Westfalen
SIGN BfLR; C 20 148
- BEAB Zimm, A. (Hrsg.)
TITL Berlin und sein Umland. Eine geographische Monographie.
IMPR Gotha: Haack 1988. ca. 385 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Petermanns geogr.Mitt.
Ergänzungsh. Nr.286
SACH Stadtgeographie, Stadtentwicklung, Stadtregion, Bevölkerungsentwicklung,
Regional, Wirtschaftsentwicklung, Funktionsraum, Infrastruktur, Raumgrund-
lage, Stadtteil
REGI Berlin/Ost/Raum, DDR
SIGN BfLR; B 11 216
- BEAB Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.)
KORP Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute, e.V., Bonn(Hrsg.)
TITL Kultur und Alltag.
IMPR Göttingen: Schwartz 1988. VIII, 459 S., Tab.; Lit.=Soz.Welt. Sonderbd.6
SACH Kultur, Gesellschaft, Geschichte, Sozialwissenschaft
REGI Bundesrepublik Deutschland, Deutschland
SIGN BfLR; B 11 166
- BEAB Hasluck, Chris
TITL Urban unemployment. Local markets and employment initiatives.
IMPR London: Longman 1987. 248 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
SACH Arbeitslose, Regional, Stadtökonomie, Arbeitsmarktpolitik, Kommunale
Wirtschaftspolitik
REGI Großbritannien
SIGN BfLR; B 11 174
- BEAB Mertens, Dieter (Hrsg.)
KORP Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (Hrsg.)
TITL Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Eine Forschungsinventur
des IAB. 3., erw. u. überarb. Aufl.
IMPR Nürnberg 1988. 939 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.Arbeitsmarkt-u.-
Berufsforsch. 70
SACH Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktprognose, Berufsausbildung, Beruf, Technologie,
Forschung, Arbeitsmarktpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 565
- BEAB Miles, Ian
TITL Home informatics. Information technology and the transformation of
everyday life. Zus. engl.
IMPR London: Pinter Publ. 1988. VI, 151 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
SACH Telematik, Telekommunikation, Elektronikindustrie, Diffusion, Privater
Haushalt, Zukunft
REGI USA
SIGN BfLR; B 11 219
- BEAB Jarre, Jan (Hrsg.)
KORP Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum (Hrsg., Veranst.)
TITL Die Zukunft des ländlichen Raumes. Ökonomische Grundlagen u. Perspektiven
der Arbeitsplatzentwicklung. Loccumer Landwirtschaftstagung 1988.
IMPR Rehburg-Loccum 1988. 257 S., Abb.; Tab.; Lit.= Loccumer Prot. 5/88
SACH Regionalpolitik, Ländlicher Raum, Zukunft, Arbeitsmarktpolitik, Landwirt-
schaft, Einkommen, Frauenerwerbstätigkeit, Jugend, Landschaftspflege,
Dorferneuerung
REGI Bundesrepublik Deutschland, Europa/West
SIGN BfLR; Y 448/180
- BEAB Hauff, Volker (Hrsg.)
TITL Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur.
IMPR Weinheim: Beltz 1988. 198 S., Lit.=Psycho.heute. Taschenb. 515
SACH Großstadt, Lebensqualität, Regional, Wertvorstellung, Kultur, Stadtvier-
tel, Bevölkerungsentwicklung, Stadtentwicklung, Kommunalpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main, HESS, Berlin-Kreuzberg, BLN
SIGN BfLR; A 10 515

- KORP Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr.)
TITL Zukunftschancen für das Dorf. Zwei Beiträge zur Dorferneuerung.
IMPR Bonn 1988. ca. 111 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr. "Forsch."d. Bundesminst.f.Raumordn.,Bauwes.u.Städtebau. Nr. 466
SACH Dorferneuerung, Dorf, Ländlicher Raum, Städtebaupolitik, Regionalentwicklung, Selbstverwaltung, Planungssträger
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 152
- BEAB Harlander, Tilmann; Hater, Katrin; Meiers, Franz
KORP TH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie (Hrsg.)
TITL Siedeln in der Not. Umbruch von Wohnungspolitik u. Siedlungsbau am Ende der Weimarer Republik. Zus. dt.
IMPR Hamburg: Christians 1988. 352 S., Abb.; Tab.; Lit.=Stadt,Planung,Gesch. 10
SACH Wohnungspolitik, Regional, Städtebaupolitik, Ansiedlung, Bevölkerung Stadt- umland, Siedlungsgeschichte, Historische Raumforschung
REGI Düsseldorf/Raum, Deutschland
SIGN BfLR; B 11 191
- BEAB Blümel, Willi (Proj.-Ltg.); Klages, Helmut (Proj.-Ltg.); Paschen, H. (Proj.-Ltg.) Wagner, H. (Proj.-Ltg.)
KORP Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (Hrsg.); Kernforschungszentrum Karlsruhe, Abteilung für Angewandte Systemanalyse (Hrsg.)
TITL Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben. Zwischenergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes. Band 1-2.
IMPR Speyer 1988. ca. 672 S., Abb.; Tab.; Lit.=Speyerer Forschungsber. 70
SACH Partizipation, Verwaltungsverfahren, Technologiepolitik, Planungsverfahren, Atomkraftwerk, Großbetrieb
REGI Neckarwestheim, BADW
SIGN BfLR; A 10 607/1-2
- KORP Institut für Demoskopie Allensbach (Bearb., Hrsg.)
TITL Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Ansichten u. Einstellungen der Bundesbürger zu einem aktuellen Thema. Eine Allensbach-Umfrage im Nov. 1988.
IMPR Allensbach 1988. ca. 66 S., Tab.; Lit.
SACH Aussiedler, Öffentlichkeit, Befragung, Verhalten, Bevölkerungsstruktur, Sozialbeziehung, Politik, Ausländer
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 773
- TITL Das "Süd-Nord-Gefälle" in der Bundesrepublik Deutschland. Fachsitzungsthema.
IMPR In: Verh.d.Dt.Geographentages, Wiesbaden 24:1937(1988), S.219-236, Tab.; Lit.
SACH Wirtschaftsentwicklung, Regionalwirtschaft, Regionale Disparität, Wirtschaftsstruktur, Standortfaktor, Investition, Arbeitslose, Industriezweig
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; X 99/20
- BEAB Engelhard, Jutta-Beate
KORP Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Volkskundliche Kommission für Westfalen, Münster (Hrsg.)
TITL Nachbarschaft in der Großstadt. Neuere Initiativen, dargestellt am Beispiel der Stadt Münster.
IMPR Münster: Coppenrath 1986. X, 353 S., Abb.; Tab.; Lit. Phil.Diss.; Münster 1985=Beitr.z.Volkskult. in Nordwestdtd. Nr.49
SACH Nachbarschaft, Großstadt, Baublock, Stadtteil, Selbsthilfe, Regional, Volkskunde, Soziologie
REGI Münster, NRW
SIGN BfLR; B 11 267
- BEAB Rach, Diethard
KORP Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Bearb., Hrsg.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Auftr.)
TITL Handbuch zur Erhebung der Bodenflächen nach der in einem Flächennutzungsplan dargestellten Art der Nutzung.
IMPR Bonn 1968. 58 S., Abb.; Tab.
SACH Flächennutzung, Erhebung, Simulation, Flächennutzungsplan
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 799
- BEAB Hochstrate, Klaus
KORP Univ. Karlsruhe, Institut für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.)
TITL Interaktives lösungsraumorientiertes Entscheidungsverfahren für Infrastrukturinvestitionen.
IMPR Karlsruhe 1986. 158 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Inst.f.Städtebau u.Landesplanung d.Univ.Karlsruhe. H.19
SACH Infrastrukturinvestition, Bewertungsmethode, Entscheidungsmethode, Infrastrukturplanung, Stadtplanung, Regionalplanung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 9579
- KORP Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V., Institut für Städtebau und Wohnungswesen München (Hrsg.)
TITL Umweltschutz durch Stadt- und Regionalplanung.
IMPR München 1987. ca. 340 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Manuskriptreihe. ISW. 4
SACH Umweltschutz, Stadtplanung, Regionalplanung, Umweltpolitik, Umweltverträglichkeitsprüfung, Landschaftsplanung, Altlasten, Abfallwirtschaft, Energieplanung, Planungsmethode
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 724
- BEAB Krupp, Hans-Jürgen (Hrsg.); Schupp, Jürgen (Hrsg.)
KORP Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - DiW -, Berlin (Hrsg.); Univ. Frankfurt/Univ. Mannheim, Sonderforschungsbereich 3 - Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik (Hrsg.)
TITL Lebenslagen im Wandel; Daten 1987.
IMPR Frankfurt/M.: Campus Verl. 1988, 319 S., Abb.; Tab.; Lit.=Sozio-ökon-Daten u.Anal.f.d.Bundesre.Dtld. Bd.3
SACH Sozialwandel, Lebensqualität, Lebenshaltung, Indikatoren, Privater Haushalt, Familie, Wohnen, Einkommen, Erwerbstätigkeit, Arbeit, Ausländer, Empirische Sozialwissenschaft, Befragung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 629
- BEAB Stelter, H. (Bearb.); Polzin, A. (Bearb.); Holzapfel, A. (Bearb.); Pfützenreuter, E. (Bearb.); Eichenhofer, H. (Bearb.)
KORP Frankfurt/Main, Dezernat für Soziales, Jugend und Wohnungswesen (Hrsg.)
TITL Stadtteil-Sozialatlas. Ergebnisse für die Gesamtstadt.
IMPR Frankfurt/M. 1988. ca. 170 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=R.Soz.,Jugend u.-Wohnungswes. 12
SACH Thematlas, Sozialstruktur, Sozialeinrichtung, Stadtteil, Sozialstatistik, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Sozialhilfe, Jugend, Wohnen
REGI Frankfurt am Main, HESS
SIGN BfLR; C 19 781
- BEAB Tank, Hannes
KORP Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Bonn (Bearb.); Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Düsseldorf (Auftr.)
TITL Altindustrialisierte Gebiete, Lösungswege in den Regionen Pittsburg/USA u. Glasgow/GB.
IMPR Duisburg: WAZ-Druck 1988. 191 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=ILS Schriften. 12
SACH Stadtentwicklung, Industriesiedlung, Industrieregion, Verdichtungsraum, Sozialstruktur, Wirtschaftsstruktur, Regionale Wirtschaftspolitik, Regionalentwicklung
REGI Pittsburg, USA, Glasgow, Großbritannien, Nordrhein-Westfalen
SIGN BfLR; C 19 728
- BEAB Kroner, Günter (Bearb.)
TITL Regionalplanung als Zukunftsaufgabe. Themenheft.
IMPR In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1989)H.2/3, S.83-204, Abb.; Tab.; Lit.
SACH Regionalplanung, Raumplanungsziel, Landschaftsökologie, Landschaftsplanung, Fachplanung, Regionale Wirtschaftspolitik, Regionalentwicklung, Raumwissenschaft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 703
- BEAB Gorynski, Juliusz
KORP TH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie (Hrsg.); TH Aachen, Lehrstuhl und Institut für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.)
TITL Räumliche Politik in Polen.
IMPR Köln: Dt.Gemeindeverl. 1988. XIV, 291 S., Abb.; Tab.; Lit.=Polit.u.-Planung. Bd.19
SACH Raumplanungspolitik, Raumplanungsziel, Planungsorganisation
REGI Polen
SIGN BfLR; A 19 602
- BEAB Kegler, Harald
KORP Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (Hrsg.)
TITL Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte.
IMPR Weimar 1987. ca. 346 S., Abb.; Tab.; Lit. Tech.Diss.; Weimar 1987=HAB Dissertationen. 5
SACH Stadtforschung, Stadtplanung, Raumtheorie, Stadtentwicklung, Historische Raumforschung
REGI Deutschland
SIGN BfLR; A 10 609
- BEAB Heine, Michael
TITL Von der Peripherie zur Wirtschaftsmetropole - und zurück. Grundzüge einer Theorie räumlicher Agglomerationsvorteile am Beispiel Berlins.
IMPR Berlin: Edition Sigma 1989. 282 S., Abb.; Tab.; Lit. Wirtsch.Diss.; FU Berlin 1989
SACH Raumtheorie, Verdichtungsraum, Zentralität, Raumentwicklung, Standortfaktor, Produktionsfaktor, Regionale Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsentwicklung
REGI Berlin
SIGN BfLR; A 10 659
- BEAB Dheus, Egon
TITL München - Ruhrgebiet. Strukturwandel u. Entwicklungsperspektiven des Oberzentrums München im Vergleich mit den vier großen Oberzentren Duisburg, Essen, Bochum i. Dortmund im Ruhrraum.
IMPR In: Münchener Statist. Mber. (1988)H.6, S.180-212, Tab.
SACH Stadtentwicklung, Strukturwandel, Regional, Bevölkerungsentwicklung, Kultur, Wirtschaftsentwicklung, Infrastruktur, Nahverkehr, Oberzentrum, Städtestatistik
REGI München, BAYR, Duisburg, Essen, Bochum, Ruhrgebiet, NRW
SIGN BfLR, St München
- TITL Ergebnisse der regional differenzierten Urbanisierung in sozialistischen Ländern. Eine systematische Zusammenstellung ökonomisch-geographischer Arbeiten über die Deutsche Demokratische Republik, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik und die Ungarische Volksrepublik. Themenheft.
IMPR In: Wiss.Mitt., Leipzig 25(1988), 224 S., Kt.; Tab.; Lit.
SACH Stadtentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungswanderung, Interregional, Lebensqualität, Wohnen, Freizeit, Regionalverkehr, Stadt-Land-Beziehungen, Siedlungsstruktur
REGI DDR, Tschechoslowakei, Ungarn
SIGN BfLR; Z 537
- TITL Metropolitan development. Themenheft.
IMPR In: Ann.of regional Sci., Bellingham/Wash. 22(1988)Nr.3, 111 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadtentwicklung, Stadtökonomie, Innovation, Regional, Wohnungsmarkt, Bevölkerungswanderung, Modell
REGI USA, Europa/West
SIGN BfLR; Z 2484
- BEAB Fox, Karl August
TITL Social system accounts. Linking social and economic indicators through tangible behavior settings.
IMPR Dordrecht: Reidel 1985. XV, 221 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Theor.and Decision Libr. Vol.44
SACH Gesellschaft, Verhalten, Indikator, Modell, Sozialwissenschaft
SIGN BfLR; B 11 214
- BEAB Hoffmann-Axthelm, Dieter
TITL Stadt und Wahrnehmung.
IMPR In: Inform.z.mod.Stadtgesch., Berlin (1988)H.2, S.2-9
SACH Stadt, Stadtgeschichte, Umweltpsychologie
SIGN BfLR; Z 35

BEAB Vonde, Detlef
TITL Revier der großen Dörfer. Industrialisierung u. Stadtentwicklung im Ruhrgebiet. Zus. dt.
IMPR Essen: Klartext Verl. 1989. 264 S., Kt.; Tab.; Lit.
SACH Industrialisierung, Regional, Industriesiedlung, Dorf, Ländliche Gemeinde, Siedlungsgeschichte, Verstädterung, Stadtentwicklung, Großstadt, Industrieregion
REGI Ruhrgebiet, Essen-Altenessen, Duisburg-Hamborn, Herne-Wanne-Eickel, NRW, Deutschland
SIGN BfLR; B 11 347

KORP Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Bonn (Hrsg., Verantst.)
TITL Die geteilte Republik? Strategien gegen das Süd-Nord-Gefälle. = Ist das Strukturgefälle in der Bundesrepublik unabänderlich?, Seminartitel
IMPR Bonn 1988. 99 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Demokr.Gemeinde. S.-Nr.
SACH Wirtschaftsentwicklung, Strukturwandel, Technologie, Innovation, Regionale Disparität, Berufsqualifikation, EG, Wirtschaftspolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 805

BEAB Schliebe, Klaus (Bearb.)
TITL Technischer Wandel und räumliche Entwicklung. Ein Symposium in memoriam Klaus Türke-Schäfer. Themenheft.
IMPR In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1989)H.4, S.205-303, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Technologie, Strukturwandel, Regional, Telematik, Telekommunikation, Innovation, Raumwirksamkeit, Regionalentwicklung, Stadtentwicklung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 703

BEAB Behr, Iris (Bearb.); Imelli, Birgit (Bearb.); Schobeß, Detlef (Bearb.); Werner, Peter (Bearb.)
KORP HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH, Wiesbaden (Bearb.); Institut Wohnen und Umwelt GmbH - IWU -, Darmstadt (Bearb.); Hesen, Minister des Innern, Wiesbaden, (Hrsg.)
TITL Bauland-Reserven mobilisieren. Ein Praxishandbuch.
IMPR Wiesbaden 1988, 139 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Städtebau in Hessen
SACH Bodenmarkt, Bauland, Bodenpolitik, Regional, Flächennutzung, Flächensanierung, Flächenrecycling, Umweltplanung, Umweltschutz
REGI Hessen
SIGN BfLR; C 19 801

BEAB Beckmann, Klaus J.
KORP Univ. Karlsruhe, Institut für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.)
TITL Vom Umgang mit dem Alltäglichen, Aufgaben u. Probleme der Infrastrukturplanung. Zus. dt.
IMPR Karlsruhe 1988. 86 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Inst.f.Städtebau u. Landesplanung d.Univ.Karlsruhe. H.21
SACH Infrastrukturplanung, Planer, Planungsmethode, Zeitbudget, Aktionsraum, Verhalten, Wertvorstellung
SIGN BfLR; A 10 508

BEAB Spitthöver, Maria
TITL Frauen in städtischen Freiräumen.
IMPR Köln: Pahl-Rugenstein 1989. 286 S., Abb.; Tab.; Lit. Soz.Habil.; Oldenburg 1988=Pahl-Rugenstein Hochschulschr.Gesell.-u.Naturwiss. 271/Frauen u.Stud. 16
SACH Freiflächenplanung, Stadtplanung, Frau, Verkehrswegeplanung, Stadtstruktur, Straße, öffentliche Grünfläche, Sportplatz, Kinderspielplatz
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 731

KORP Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg.)
TITL Anwendung gesellschaftlicher Indikatoren in der Regionalplanung,
IMPR Hannover 1988. III, 268 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitsmater. Akad.f.-Raumforsch.u.Landesplanung. Nr.131
SACH Indikator, Regionale Disparität, Regionalplanung, Planungsziel, Planungsgrundlage
REGI Bundesrepublik Deutschland, Mittelrhein-Westerwald/Region. Rheinhessen-Nahe/Region, RHPF, Saarland, Mittelhessen/Region, HESS
SIGN BfLR; X 19 546

BEAB Dangschat, Jens S.; Friedrichs, Jürgen
KORP Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung e.V., Hamburg (Hrsg.)
TITL Gentrification in der inneren Stadt von Hamburg. Eine empirische Untersuchung des Wandels von drei Wohnvierteln.
IMPR Hamburg 1988. 115 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadterneuerung, Wohnviertel, Innenstadt, Sozialstruktur, Regional, Sozialökologie, Nachbarschaft, Befragung
REGI Hamburg
SIGN BfLR; C 19 806

BEAB Usbeck, Hartmut; Neumann, Hans
TITL Trends und Perspektiven von Großstadregionen in der DDR.
IMPR In: Wiss.Mitt., Leipzig 27(1988), S.12-24, Tab.; Lit.
SACH Stadtentwicklung, Stadtregion, Großstadt, Bevölkerungswanderung, Interregional, Innenstadt, Stadtumland, Pendlerverkehr, Flächennutzung
REGI DDR
SIGN BfLR; Z 537

BEAB Ungern-Sternberg, Dorothee von
KORP Univ. Bayreuth, Lehrstuhl Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung (Hrsg.)
TITL Das Image der peripheren Regionen. Ausdruck u. Verstärker ihrer Abhängigkeit von den Zentren? Untersucht am Beispiel Oberfranken.
IMPR Bayreuth 1989. XXXIII, 264 S., Abb.; Tab.; Lit. Geowiss.Diss.; Bayreuth 1988=Arbeitsmater.z.Raumordn.u.Raumplanung. H.78
SACH Regionalpolitik, Problemraum, Attraktivität, Landschaftsbewertung, Medien, Information, Verhalten, Sozialbeziehung, Wertvorstellung, Sozialgeographie, Befragung
REGI Oberfranken/Reg.-Bez., BAYR
SIGN BfLR; C 20 038

TITL Lage der Städte, Gemeinden und Kreise. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abg. Herkenrath, Austermann u.a. der Fraktion der FDP. - Drucks. 11/2011 -
IMPR In: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn (1988)11/3247, 31 S., Tab.
SACH Kommunalpolitik, Kommunale Selbstverwaltung, Gemeindefinanzen, Gemeindefinanzpolitik, Privatisierung, Siedlungsentwicklung, Raumplanungspolitik, Wohnungsversorgung, Sozialpolitik, Umweltpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 14

BEAB Winter, Joachim (Hrsg.); Mack, Jürgen (Hrsg.)
TITL Herausforderung Stadt. Aspekte einer Humanökologie.
IMPR Frankfurt/M.: Ullstein 1988. 327 S., Abb.; Tab.; Lit.=Ullstein-Buch. Nr.34535; Ullstein Sachb.
SACH Stadtökologie, Sozialökologie, Stadtgestalt, Stadtentwicklung, Umwelt, Regional, Stadtplanung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 642

BEAB Schwesig, Roland
TITL Räumliche Strukturen von Außerhausaktivitäten. Ein Konzept zur Analyse räumlichen Verhaltens u. empirische Überprüfung am Beispiel der Aktionsräume von Bewohnern der Stadtregion Hamburg.
IMPR Hamburg 1988. 316 S., Abb.; Tab.; Lit. Naturwiss.Diss.; Hamburg 1988
SACH Aktionsraum, Zeitbudget, Raummobilität, Raumstruktur, Großstadt, Einkaufsverhalten, Freizeitverhalten, Distanz, Wohnstandort, Arbeitsplatz, Empirische Sozialwissenschaft
REGI Hamburg/Umland/Region, HH, SCHL, NDS
SIGN BfLR; A 10 728

BEAB Heck, Bruno (Hrsg.)
TITL Sterben wir aus? Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 1. Kongreß der Polit.Akad. d. Konrad-Adenauer-Stift. zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland,
IMPR Freiburg/Br.: Herder 1988. 185 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Bevölkerungsentwicklung, Geburten, Bevölkerungspolitik, Familienpolitik, Sozialpolitik, Soziale Sicherheit, Wirtschaft
SIGN BfLR; B 11 263

KORP Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD-, Paris (Hrsg.); Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung -OECD-, Paris (Verw.)
TITL Cities and transport. Athens/Gothenburg/Hong Kong/London/Los Angeles/Munich/New York/Osaka/Paris/Singapore.
IMPR Paris 1988. 205 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadtentwicklung, Stadtverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Verkehrsplanung, Regional, International, Verkehrswirtschaft, Umweltschutz
REGI München, BAYR, Athen, Griechenland, Göteborg, Schweden, London, Großbritannien, Paris, Frankreich, New York/NY, Los Angeles/Calif., USA, Osaka, Japan, Hongkong, Singapur
SIGN BfLR; C 19 928

BEAB Jessen, Johann; Siebel, Walter
KORP Univ. Oldenburg, Arbeitsgruppe Stadtforschung (Bearb.); Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen -ILS-, Dortmund (Hrsg.); Nordrhein-Westfalen, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Düsseldorf (Auftr.)
TITL Wohnen und informelle Arbeit.
IMPR Duisburg: WAZ-Druck 1989. 158 S., Abb.; Tab.; Lit.=ILS Schriften. 19
SACH Informelle Wirtschaft, Selbsthilfe, Wohnen, Wohnsiedlung, Kommunalpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 858

BEAB Böhnisch, Lothar; Funk, Heide
KORP Deutsches Jugendinstitut e.V., München (Hrsg.)
TITL Jugend im Abseits? Zur Lebenslage Jugendlicher im ländlichen Raum.
IMPR München: DJI Verl. 1989. 285 S., Lit.=DJI Mater.
SACH Jugend, Ländlicher Raum, Lebensqualität, Regionalismus, Sozialbeziehung, Familie, Beruf, Sozialstruktur, Sozialwissenschaft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 286

KORP München, Sozialreferat (Hrsg.)
TITL Lebenssituation junger Erwachsener in München. Repräsentativerhebung, Gruppendiskussionen u. Expertengespräche. Zus. dt.
IMPR München 1988. ca. 105 S., Tab.; Lit.=Beitr.z.Sozialplanung
SACH Lebensqualität, Regional, Jugend, Wohnen, Bildung, Beruf, Bevölkerungsstruktur, Lebenshaltung, Freizeitverhalten, Erhebung, Kommunalplanung
REGI München, BAYR
SIGN BfLR; C 19 831

BEAB Thiemann, Friedrich
TITL Kinder in den Städten.
IMPR Frankfurt/M.: Suhrkamp 1988. 102 S.=Ed.Suhrkamp. 1461
SACH Kind, Familie, Stadtraum, Sozialbeziehung, Gesellschaft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 640

BEAB Harms, Hans (Proj.-Ltg.); Schubert, Dirk (Bearb., Proj.-Ltg.); Ferner, Michael (Bearb.); Tornow, Britta (Bearb.)
KORP TU Hamburg-Harburg, Forschungsschwerpunkt 6, Arbeitsbereich Städtebau und Objektbezogene Stadtplanung (Hrsg.)
TITL Groß-Siedlungen in Hamburg. Übersicht, Bestandsaufnahme, Probleme, 2. Aufl. Zus. dt.
IMPR Hamburg 1988. 482 S., Abb.; Tab.; Lit.=Forschungsber. Arbeitsbereich Städtebau u.Objektbezogene Stadtplanung im Forschungsschwerpunkt 6. TU Hamburg-Harburg. Bd.29
SACH Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Trabantenstadt, Bestandsaufnahme, Stadtplanung, Architektur, Gebäudezustand, Sozialstruktur, Regional, Wohnungsmarkt
REGI Hamburg
SIGN BfLR; C 19 836

BEAB Schroeders, Peter
KORP TU Hamburg-Harburg, Forschungsschwerpunkt 6, Städtebau I (Hrsg.)
TITL Wohnungswirtschaftliche und fiskalische Probleme in Hamburger Großwohnanlagen. Kommunale Handlungsansätze.
IMPR Hamburg: Krämer 1989. 221 S., Abb.; Tab.; Lit. Tech.Diss.; TU Hamburg-Harburg 1989=Beitr.z.städtebaul.Forsch. Bd.3
SACH Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Stadtentwicklung, Sozialer Wohnungsbau, Wohnungsbaufinanzierung, Wohnungspolitik, Regional, Wohneigentum, Wirtschaftlichkeit, Gemeindefinanzpolitik
REGI Hamburg
SIGN BfLR; A 10 784

BEAB Keim, Karl-Dieter (Hrsg.)
TITL Arbeit an der Stadt. Plädoyers für eine selbstproduktive Politik der Stadtentwicklung. Zus. dt.
IMPR Bielefeld: AJZ Druck u.Verl. 1989. 152 S., Lit.
SACH Stadtentwicklung, Ökologie, Stadtplanungsprogramm, Stadtplanungsinstitutionen, Stadtökologie, Sozialökologie, Kultur, Dezentralisierung, Kommunalverwaltung, Partizipation
REGI Wiesbaden, HESS
SIGN BfLR; A 10 757

BEAB Schäfers, Bernhard; Köhler, Gabriele
TITL Leitbilder der Stadtentwicklung. Wandel u. jetzige Bedeutung im Expertenurteil. Zus. dt.
IMPR Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft 1989. 128 S., Lit.=Beitr.z.-gesellschaftswiss.Forsch. Bd.7
SACH Stadtplanung, Stadtentwicklung, Städtebauziel, Empirische Sozialwissenschaft, Befragung, Stadtökologie, Kultur, Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftsentwicklung, Bevölkerungsentwicklung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 714

- BEAB Litz, Hans Peter; Lipowatz, Thanos; America, Sander (Mitarb.); Verhorst, Rik (Mitarb.)
TITL Amtliche Statistik in marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschlands, der Niederlande u. Frankreichs.
IMPR Frankfurt/M.: Campus Verl. 1986. XII, 311 S., Abb.; Tab.; Lit.=Campus Forsch. Bd.512
SACH Statistik, Forschungsinstitutionen, Beschäftigte, Planungsorganisation
REGI Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Frankreich
SIGN BfLR; A 10 706
- BEAB Ross-Strajhar, Gisela (Bearb.)
KORP Informationszentrum Sozialwissenschaften bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., Bonn (Hrsg.)
TITL Armut in einem reichen Land. Armut, Arbeitslosigkeit u. Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Literatur- u. Forschungsdokumentation 1984-1987. Zus. dt.; engl.
IMPR Bonn 1988. XXI, 135 S., Lit.; Reg.
SACH Literaturdokumentation, Forschungsdokumentation, Armut, Arbeitslose, Sozialhilfe
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 986
- BEAB Arras, Hartmut E. (Bearb.); Bierter, Willy (Bearb.)
KORP Syntropie - Stiftung für Zukunftsgestaltung, Liestal (Proj.-Ltg.)
TITL Welche Zukunft wollen wir? Drei Szenarien im Gespräch. Ein Beitrag des "Basler Regio Forum".
IMPR Basel: Merian 1989. 268 S., Abb.; Lit.
SACH Sozialwandel, Raumentwicklung, Wertvorstellung, Technologie, Politik, Umwelt, Wirtschaftsentwicklung, Regionalismus, Zukunft, Szenario
REGI Schweiz, Europa
SIGN BfLR; A 10 692
- BEAB Bals, Christel (Bearb.)
TITL Aussiedler - erneut ein räumliches Problem? Themenheft.
IMPR In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1989)H.5, S. 305-396, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Aussiedler, Verteilung, Regional, Ansiedlung, Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Wohnungspolitik, Kommunalpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 703
- BEAB Dyson, Kenneth (Hrsg.)
TITL Local authorities and new technologies. The European dimension.
IMPR London: Croom Helm 1988. 175 S., Kt.; Tab.; Lit.; Reg.=Bradford Stud.in Eur.Polit.
SACH Technologiepolitik, International, Regionale Wirtschaftspolitik, EG, Forschungspolitik, Mittelständischer Betrieb, Technologiezentrum, Kommunalpolitik
REGI Großbritannien, Frankreich, Nordrhein-Westfalen
SIGN BfLR; B 11 278
- BEAB Tschiedel, Robert
TITL Sozialverträgliche Technikgestaltung. Wissenschaftskritik für eine soziologische Sozialverträglichkeitsforschung zwischen Akzeptabilität, Akzeptanz u. Partizipation, Zus. dt.
IMPR Opladen: Westdt.Verl. 1989. X, 196 S., Abb.; Tab.; Lit.=Stud.z.Sozialwiss. Bd.74
SACH Technologiepolitik, Zielkonflikt, Sozialverträglichkeit, Gesellschaft, Wertvorstellung, Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 306
- BEAB Jarren, Otfried; Storll, Dieter; Bendlin, Rüdiger; Stuhnitz, Cecilia von (Mitarb.)
KORP Nordrhein-Westfalen, Landesregierung, Düsseldorf (Hrsg.)
TITL Lokale Medien und politische Kultur in Dortmund.=Begleitforschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Kabelpilotprojekt Dortmund. Band 10; Gesamttitel
IMPR Düsseldorf 1989. 504 S., Abb.; Tab.; Lit.=Landesregier.v.Nordrh.-Westf. informiert
SACH Kultur, Regional, Medien, Politik, Öffentlichkeit, Wirtschaftsraum
REGI Dortmund, Ruhrgebiet, NRW
SIGN BfLR; A 10 672
- BEAB Vogel, Maria (Bearb.)
KORP Deutscher Landfrauenverband e.V., Bonn (Hrsg., Verant.); Europarat, Europäische Kampagne für den Ländlichen Raum, Deutscher Ausschuß, Bonn (Verant.); Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn (Verant.); Rheinland-Pfalz, Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Mainz (Verant.)
TITL Die Frauen in der ländlichen Gesellschaft. Dokumentation eines Symposiums, 20.-25. Juni 1988, St. Martin.=Europäische Kampagne für den ländlichen Raum 1987-1988; Nebentitel
IMPR Bonn 1988. 155 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Frau, Ländlicher Raum, Gesellschaft, Arbeit, Bildung, Sozialpolitik, International
REGI Europa
SIGN BfLR; C 20 007
- BEAB München, Sozialreferat, Abteilung Sozialplanung (Hrsg.)
TITL Neue Armut in München. Ursachen - Strukturen - Entwicklungstendenzen - Sozialpolitische Konsequenzen. 3. Aufl.
IMPR München 1988. 247 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Armut, Regional, Sozialhilfe, Ursachenanalyse, Arbeitslose, Sozialstatistik, Sozialpolitik
REGI München, BAYR
SIGN BfLR; C 19 969
- BEAB Alden, Jeremy; Lehmann, Lutz; Newcombe, Vernin Zunz; Martin, M.
KORP Anglo-German Foundation for the Study of Industrial Society, London/
TITL Rural Schleswig-Holstein and Mid Wales. A comparative study of regional development.
IMPR London 1987. XVI, 119 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Regionalentwicklung, Regionalplanung, Regionalpolitik, Ländlicher Raum
REGI Schleswig-Holstein, Wales, Großbritannien
SIGN BfLR; A 10 718
- BEAB Kleine-Vogeloth, Klaus (Bearb.)
KORP Duisburg, Amt für Statistik und Stadtforschung (Hrsg.)
TITL Regionale Daten. Duisburger Ortsteile 1950-1986.
IMPR Duisburg 1987. XXI, 540 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Städtestatistik, Stadtteil, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Sozialstruktur, Wohnungsversorgung, Erwerbspersonen, Arbeitsstättenstatistik, Infrastruktur, Stadtverkehr, Wahlen
REGI Duisburg, NRW
SIGN BfLR; C 20 073
- BEAB Robson, Brian
TITL Those inner cities. Reconciling the economic and social aims of urban policy. Zus. engl.
IMPR Oxford: Clarendon Press 1988. XVII, 243 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
SACH Städtebaupolitik, Stadtentwicklung, Innenstadt, Lebensqualität, Regional, Indikator, Ursachenanalyse, Erfolgskontrolle, Städtebauziel
REGI Großbritannien
SIGN BfLR; B 11 353
- BEAB Königs, Lothar
KORP Univ. Dortmund, Fachbereich Raumplanung, Institut für Raumplanung -IRPUD- (Hrsg.)
TITL Erfolgskontrolle und Evaluierung kommunaler Entwicklungsplanung.
IMPR Dortmund: Informationskreis f.Raumplanung e.V. 1989. IX, 243 S., Abb.; Tab.; Lit. Tech.Diss.; Dortmund 1988=Dortmunder Beitr.z.Raumplanung. 54
SACH Kommunalplanung, Stadtplanung, Planungsprozess, Erfolgskontrolle, Wirkungsanalyse, Fachplanung, Raumplanung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 475
- BEAB Bürger, Klaus; Tiedt, Hans-Georg
TITL Entwicklung und Struktur der Bezirksstadt Gera. Zus. dt.; engl.; russ.
IMPR In: Geogr.Ber., Gotha 126/Jg.33(1988)H.1, S.1-21, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadtentwicklung, Stadtstruktur, Stadterneuerung, Innenstadt, Infrastruktur
REGI Gera, DDR
SIGN BfLR; Z 243
- BEAB Krüger, Rainer; Pieper, Annette; Schäfer, Benjamin
TITL Oldenburg - eine Alltagsliebe? Vorstellungen über die Stadt als Lebensraum.
IMPR Oldenburg/Oldb.: Bibl.-u.Informationssyst.d.Univ. Oldenburg 1989. 191 S., Abb.; Tab.; Lit.=Wahrnehmungsgeogr.Stud.z.Regionalentwickl. H.7
SACH Großstadt, Stadtstruktur, Attraktivität, Umweltpsychologie, Mental Map, Sozialgeographie, Empirische Sozialwissenschaft, Befragung
REGI Oldenburg/Oldenburg, NDS
SIGN BfLR; A 10 813
- BEAB Neumann, Hans; Usbeck, Hartmut
TITL Trends und Perspektiven von Großstadtreionen. Zus. dt.; engl.; russ.
IMPR In: Petermanns geogr.Mitt., Gotha 133(1989)4, S.255-264, Tab.; Lit.
SACH Stadtreion, Großstadt, Stadtumland, Standortkonzentration, Flächen-nutzung, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Bevölkerungswanderung, Intra-regional, Wohnungsbau
REGI Leipzig, DDR
SIGN BfLR; Z 326
- BEAB Bick, Wolfgang (Hrsg.); Bretschneider, Michael (Hrsg.)
KORP Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.); Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.)
TITL Kommunale Umfrageforschung. Erfahrungsberichte aus 10 Städten.
IMPR Berlin 1989. 197 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. =Difu-Materialien. 6/89
SACH Befragung, Stadtforschung, Lebensqualität, Regional, Attraktivität, Privater Haushalt, Kommunalpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 20 340
- BEAB Königs, Lothar
KORP Deutscher Städtetag, Köln (Hrsg.; Verant.)
TITL Ohne Städte keine Zukunft. Vorträge, Aussprachen u. Ergebnisse der 25. ordentlichen Hauptversammlung vom 29. bis 31. Mai 1989 in Bonn.
IMPR Stuttgart: Kohlhammer 1989. 127 S., Abb.=Neue Schr.d.Dt.Städtetages. H.58
SACH Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Infrastruktur, Stadtökonomie, Kommunale Selbstverwaltung, Zukunft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 835
- BEAB Dieleman, Frans M. (Hrsg.); Priemus, Hugo (Hrsg.)
TITL Beyond social housing. Themenheft.
IMPR In: Built Environ., Oxford 14(1988)Nr.3/4, S.139-219, Abb.; Tab.; Lit.
SACH Wohnungspolitik, Sozialer Wohnungsbau, Privatisierung, Sozialstruktur, Regional, Nachbarschaft, Wohnungssubvention, Obdachlose
REGI Niederlande, Großbritannien, Schweden, USA
SIGN BfLR; Z 2374
- BEAB Schmidtke-Glamann, Wolf-Dieter
TITL Städtewachstum und Industrialisierung. Ein historisches Phänomen im Spiegel theoretischer Erklärungsversuche. Zus. dt.
IMPR Kiel 1988. 441 S., Lit. Wirtsch.Diss.; Kiel 1988
SACH Städtewachstum, Industrialisierung, Stadtforschung, Stadtökonomie, Historische Raumforschung, Modell
SIGN BfLR; A 10 872
- BEAB Müller, Werner; Marißen, Norbert
TITL Leben in Armut.
IMPR In: Statist.Informdienst, Stuttgart (1989)S.-H.2, 66 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Armut, Regional, Sozialhilfe, Sozialstruktur, Privater Haushalt, Sozialstatistik
REGI Stuttgart, BADW
SIGN BfLR; St Stuttgart
- BEAB Irmen, Eleonore; Sinz, Manfred
TITL Zur Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft. Zus. dt.; engl.
IMPR In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1989)H.8/9., S. 589-602, Kt.; Tab.; Lit.
SACH EG-Binnenmarkt, Wirtschaftsentwicklung, Regional, Wettbewerb, International, Wirtschaftsstruktur, Indikator, Clusteranalyse, Faktorenanalyse, Wirkungsanalyse
REGI EG-Staaten, Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 703
- BEAB Peschel, Karin
TITL Die Wirkungen der europäischen Integration auf die Regionalentwicklung. Lehren aus der Vergangenheit. Zus. dt.; engl.
IMPR In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1989)H.8/9., S.549-565, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Regionalpolitik, International, EG, EG-Binnenmarkt, Raumwirksamkeit, Regionalwissenschaft, Regionalentwicklung
REGI Bundesrepublik Deutschland, EG-Staaten, Skandinavien
SIGN BfLR; Z 703

BEAB Becker, Heidede
 KORP TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung (Hrsg.)
 TITL Wohnungsfrage und Stadtentwicklung. Strategien, Engpässe u. Perspektiven der Wohnungsversorgung.
 IMPR Berlin 1989. VIII, 234 S., Abb.; Tab.; Lit. Tech.Diss.; TU Berlin 1989-
 Arbeitsh.d.Inst.f.Stadt-u.Regionalplanung d.TU Berlin. H.39
 SACH Wohnungspolitik, Regional, Stadtentwicklung, Wohnungsversorgung, Groß-
 stadt, Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Innenstadt, Sozialgruppe, Wohnungs-
 markt
 REGI Bundesrepublik Deutschland, Berlin
 SIGN BfLR; B 11 491

BEAB Norton, Alan (Hrsg.); Novy, Klaus (Hrsg.)
 KORP Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft,
 London/Bonn (Auftr.); Anglo-German Foundation for the Study of Industrial
 Society, London/Bonn (Verw.)
 TITL Soziale Wohnpolitik der 90er Jahre. Probleme u. Handlungsansätze aus
 britisch-deutscher Sicht.
 IMPR Berlin: Birkhäuser 1990. 308 S., Tab.; Lit.=Stadtforsch.aktuell. Bd.26
 SACH Wohnungspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsmarkt, Wohnungsversorgung, Sozial-
 gruppe, Ausländer, Mietrecht, Wohnungsbauunternehmen, Wohnungssubvention
 REGI Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; A 10 931

BEAB Herlyn, Ulfert
 TITL Leben in der Stadt. Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen.
 Zus. dt.
 IMPR Opladen: Leske u.Budrich 1990. 212 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Wohnen, Wohnung, Wohnumfeld, Privater Haushalt, Familie, Biographie, Alt-
 bauwohnung, Neubauwohnung, Stadtteil, Wohnort
 SIGN BfLR; A 10 976

BEAB Goeschel, Albrecht (Bearb.); Brühl, Hasso (Bearb.); Kunert-Schroth,
 Heidrun (Bearb.); Mittag, Klaus (Bearb.); Graziani, Ralph (Mitarb.);
 Just, Hans-Georg (Mitarb.); Ohlhorst, Dörte (Mitarb.)
 KORP Deutsches Institut für Urbanistik - Difu-, Berlin (Hrsg.)
 TITL Revision der sozialen Infrastruktur. Endbericht. Entwurf
 IMPR Berlin 1989. 315 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Infrastrukturplanung, Regional, Sozialinfrastruktur, Schule, Altenein-
 richtung, Freizeiteinrichtung, Gesundheitseinrichtung, Bevölkerungsent-
 wicklung, Wertvorstellung, Planungsziel
 REGI Dortmund, NRW, München, BAYR, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; C 20 381

BEAB Sommerfeldt-Siry, Petra
 KORP Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)
 TITL Regionale Erwerbsbeteiligung von Frauen 1972 und 1978 in der Bundesre-
 publik Deutschland.
 IMPR Bonn 1990. IX, 180 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. Math.-naturwiss.Diss.; Bonn
 1988-Forsch.z.Raumentwickl. Bd.18
 SACH Frauenerwerbstätigkeit, Regionale Daten, Regressionsanalyse, Beschäftigten-
 prognose, Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur, Statistik
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; C 20 562

BEAB Cheshire, Paul C.; Hay, Dennis G.
 TITL Urban problems in Western Europe. An economic analysis.
 IMPR London: Unwin Hyman 1989. XIII, 271 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
 SACH Stadtentwicklung, International, EG, Stadtregion, Stadtstruktur, Stadt-
 wachstum, Stadtökonomie, Städtebaupolitik, Indikator, Mathematisch-statisti-
 sche Analysemethode
 REGI EG-Staaten
 SIGN BfLR; B 11 420

BEAB Kunzmann, Klaus R.
 TITL Eine europäische Städtebaupolitik? Zus. dt.; engl.
 IMPR In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1989)H.8/9, S.609-615
 SACH Städtebaupolitik, International, EG, EG-Binnenmarkt, Stadtentwicklung,
 Stadtregion
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; Z 703

KORP Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Institut für Städtebau
 und Architektur, Berlin/Ost (Bearb.); Bauakademie der Deutschen Demokrati-
 schen Republik, Berlin/Ost (Hrsg.); Bauhaus Dessau (Hrsg.)
 TITL Bauen in der Stadt. Teil 1/2. Zus. dt.; engl.; franz.; russ.
 IMPR Berlin/Ost: Bauinformation 1989. 84 S., Abb.; Lit.=Bauforsch.-Bauprax.
 252/Neue Bauhaush. H.1
 SACH Wohnungsbau, Architektur, Stadterneuerung, Stadtgestaltung, Städtebauziel,
 Sozialer Wohnungsbau, Geschichte
 REGI DDR, Deutschland
 SIGN BfLR; C 20 371

KORP Deutscher Verband für Angewandte Geographie e.V., Bochum (Hrsg., Verant.)
 TITL Das Ruhrgebiet im Wandel. Welchen Beitrag kann die Geographie leisten?
 Ergebnisse der DVAG-Jahrestagung am 14. Sept. 1988 in Dortmund.
 IMPR Bochum 1989. 80 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Mater.z.angew.Geogr. Bd.17
 SACH Regionalentwicklung, Strukturwandel, Wohnen, Regionalverkehr, Geographie,
 Öffentlichkeitsarbeit, Unterricht
 REGI Ruhrgebiet, NRW
 SIGN BfLR; X 570/14

KORP Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg.); Baden-
 Württemberg, Innenministerium, Stuttgart (Verant.); Arbeitsgemeinschaft
 der Regionalverbände (Verant.)
 TITL Strukturwandel und Entwicklungstendenzen im Einzelhandel. Regionalplaner-
 tagung 1988 vom 4. bis 6. Mai 1988 in Überlingen.
 IMPR Hannover 1989. 138 S.; Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Einzelveröff. Akad.f.Raum-
 forsch.u.Landesplanung. 163; Arbeitsmater.
 SACH Einzelhandel, Strukturwandel, Standortpolitik, Einzelhandelsunternehmen,
 Unternehmensgröße, Öffentliches Recht, Raumordnungsverfahren, Einkaufsver-
 halten
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; C 20 589

BEAB Button, Kenneth J.; Pearce, David W.
 TITL Improving the urban environment: How to adjust national and local govern-
 ment policy for sustainable urban growth. Zus. engl.
 IMPR In: Progr.in Planning, Oxford 32(1989)P.3, S. 139-184, Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Stadtwachstum, International, Stadtökonomie, Kommunale Wirtschaftspolitik,
 Umweltpolitik, Verursacherprinzip, Vorsorgeprinzip, Emissionskontrolle,
 Flächennutzungsplanung, Bewertung
 REGI USA, Europa/West, Kanada, Australien
 SIGN BfLR; Z 2548

BEAB Drewe, Paul
 TITL Ist das Leben auf dem Lande "gesünder" als in der Großstadt? Eine sozial-
 ökologische Exploration.
 IMPR In: Angew.Sozialforsch., Wien 15(1988)H.1/2, S.35-42, Tab.; Lit.
 SACH Umweltbelastung, Regional, Ländlicher Raum, Großstadt, Indikator, Thema-
 atlas, Mathematisch-statistische Analysemethode, Sozialökologie
 REGI Bundesrepublik Deutschland, Niederlande
 SIGN BfLR; Z 2609

TITL ... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land. Armutsbericht des
 Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für die Bundesrepublik Deutschland.
 IMPR In: Blätter für Wohlfahrtspflege, Stuttgart 136(1989)H.11/12, S.269-348,
 Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Armut, Sozialhilfe, Wertvorstellung, Arbeitslose, Ausländer, Sozialgruppe,
 Sozialpolitik, Bewertung
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; H 830

BEAB Schweitzer, Rosemarie von (Mitarb.); Schmitt, Günther (Mitarb.); Bryden,
 John (Mitarb.); Uttitz, Pavel (Mitarb.); Cecora, James (Mitarb.)
 KORP Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn
 (Hrsg., Verant.)
 TITL Entwicklung ländlicher Räume aus europäischer und regionaler Sicht. Vor-
 träge der öffentlichen Arbeitstagung am 19. Okt. 1989 in Bonn
 IMPR Bonn 1989. 81 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Forschungsgesell.f.Agrar-
 polit.u.Agrarsoziol.e.V. 286
 SACH Regionalentwicklung, Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Privater Haushalt,
 Strukturwandel, Agrarpolitik, Regionalpolitik, Erwerbstätigkeit, Lebens-
 haltung
 REGI Bundesrepublik Deutschland, EG-Staaten
 SIGN BfLR; A 10 904

BEAB Bieberstein, Ingo
 TITL Die Dity als Standort für Einzelhandelsbetriebe. Dargestellt am Beispiel
 der City von Köln.
 IMPR Göttingen: Schwartz 1989. XVI, 354 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. Wirtsch.Diss.;
 Köln 1989=Schr.z.Handelsforsch. Nr.79
 SACH City, Einzelhandel, Regional, Standortfaktor, Attraktivität, Wettbewerb,
 Erreichbarkeit
 REGI Köln, NRW
 SIGN BfLR; B 11 469

BEAB Schäfer, Rudolf (Bearb., Proj.-Ltg.); Autzen, Rainer (Bearb.); Becker,
 Heidede (Bearb.); Schmidt, Elfriede (Bearb.)
 KORP Forschungsgruppe Stadt und Dorf (Bearb.); Deutsches Institut für Urbanistik
 -Difu-, Berlin (Bearb.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und
 Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr.)
 TITL Erfahrungen mit der Stadterneuerung. Zusatzuntersuchungen zum Bund-Länder-
 Programm 1985-1987.
 IMPR Bonn 1990. 133 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr. "Forsch."d.Bundes-
 minist.f.Raumordn.,Bauwes.u.Städtebau. H.475
 SACH Stadterneuerung, Stadtsanierung, Wohnungsmodernisierung, Planungsverfahren,
 Fachplanungsprogramm
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; B 11 460

KORP Frankfurter Geographische Gesellschaft e.V. (Hrsg.)
 TITL Zum System und zur Dynamik hochrangiger Zentren im nationalen und inter-
 nationalen Maßstab.
 IMPR Frankfurt/M. 1989. 167 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Frankfurter geogr.H. 58
 SACH Messe, Tagung, Oberzentrum, Standortfaktor, Standortverlagerung, Histori-
 sche Raumforschung
 REGI Deutschland, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Großbritannien,
 Schweden
 SIGN BfLR; Y 826/8

KORP Institut für Umweltschutz, Berlin/Ost (Hrsg.)
 TITL Umweltbericht der DDR. Information zur Analyse der Umweltbedingungen in
 der DDR u. zu weiteren Maßnahmen.
 IMPR Berlin/Ost: Verl."visuell" 1990. 86 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Umweltbericht, Umweltschutz, Umweltbelastung
 REGI DDR
 SIGN BfLR; C 20 833

BEAB Döhring, Dieter (Hrsg.); Hauser, Richard (Hrsg.)
 TITL Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten
 u. der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des
 Armutsproblems.
 IMPR Frankfurt/M.: Campus Verl. 1989. 196 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Armut, Soziale Sicherheit, Sozialpolitik
 REGI Bundesrepublik Deutschland, USA
 SIGN BfLR; A 10 991

KORP Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Geographie und Geoökolo-
 gie, Leipzig (Hrsg.)
 TITL Aspekte der Raumordnung, Ökologie und Stadtentwicklung. Auswahl unveröffent-
 lichter Studien aus den Jahren 1988-1990.
 IMPR Leipzig 1990. ca. 84 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Stadtentwicklung, Stadtregion, Raumplanung, Stadtplanung, Stadtökologie,
 Flächennutzung
 REGI DDR, Leipzig
 SIGN BfLR; C 20 540

BEAB Wildenmann, Rudolf (Hrsg.)
 KORP Verein zur Erforschung Gesellschaftlicher Entwicklungen (Auftr.); Baden-
 Württemberg, Landesregierung, Stuttgart (Auftr.)
 TITL Stadt, Kultur, Natur. Chancen zukünftiger Lebensgestaltung, Dt.; engl.
 IMPR Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1989. 662 S., Kt.; Abb.; Tab.;
 Lit.=Schriftenr.z.gesellschaftl.Entwickl. Bd.4
 SACH Stadt, Stadtentwicklung, Stadtgestalt, Kultur, Stadtökologie, Stadtökono-
 mie, Stadtstruktur, Lebensqualität, Technologie, Ländlicher Raum
 SIGN BfLR; B 11 485

KORP Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Institut für Städtebau
 und Architektur, Berlin/Ost (Bearb.); Bauakademie der Deutschen Demokrati-
 schen Republik, Berlin/Ost (Hrsg., Verant.)
 TITL Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung. Wissenschaftliches Symposium
 am 17. Jan. 1990 in Berlin.
 IMPR Berlin/Ost: Bauinformation 1990. 112 S., Abb.; Tab.; Lit.=Bauforsch.-
 Bauprax. H.274
 SACH Stadtentwicklung, Stadtplanung, Gesellschaftsordnung, Wirtschaftsordnung,
 Strukturwandel, Sozialwandel
 REGI DDR
 SIGN BfLR; C 20 561

Eleonore Irmen, Uwe-Jens Walther
BfLR Bonn

Frauen, Räumliche Forschung und Planung
- zwei aktuelle Veröffentlichungen der BfLR

Das Verhältnis der Geschlechter wandelt sich: Spätere Erstheirat, häufigere Scheidungen, Zunahme der alleinlebenden Frauen und der alleinerziehenden Mütter, Parallelität von Erwerbs- und Familienrolle sind nur wenige der Indikatoren, die darauf hinweisen, daß sich dabei vor allem für Frauen die Lebensverhältnisse und Lebensweise nachhaltig ändern. Als Erwerbstätige, als Mütter generell wie als Alleinerziehende; aber auch als Nutzerinnen von öffentlichen Räumen und Verkehrsmitteln usw. erleben sie zunehmend die Diskrepanzen zwischen den Erwartungen aus dem Fortbestehen alter Rollenbilder und den neuen Anforderungen und Ansprüchen, die aus einer selbstbestimmten, gleichberechtigten Lebensführung erwachsen.

Frauen nehmen diesen Wandel aktiv in Angriff. Ziele sind die Beseitigung von Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern, die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben und die partnerschaftliche Teilung von Aufgaben in Familie und Beruf. Frühe Anstöße dazu kamen aus der Frauenbewegung. Inzwischen ist es selbstverständlicher, daß im politischen Raum frauenbezogene Themen mit Nachdruck formuliert und vertreten werden. Die Politik hat in vielen Bereichen diese Herausforderung aufgegriffen. Die parlamentarischen Anfragen häufen sich. Einen wichtigen Anteil daran hat die Institutionalisierung von frauenbezogenen Themen und Interessen in Betrieben und Behörden. Allein in den Kommunen gab es 1989 rd. 460 Frauenbeauftragte, Frauenbüros und Gleichstellungsstellen. Sie haben nicht nur frauenspezifische Belange in der Erwerbstätigkeit im Blick. Es geht ihnen auch um die Verbesserung der Situation in Lebensbereichen, die im Zentrum raumbezogener Politik und Forschung stehen: Stadtplanung und Verkehr, Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen, Sicherheit im öffentlichen Raum usw.

So sind es sowohl die gewandelten Lebensbedingungen von Frauen als auch die aktive bewußte Gestaltung im politischen Bereich, die das Thema "Frauen und räumliche Planung" aktuell machen. Wie unterschiedlich auch immer die Reichweite und Durchsetzungskraft von Fraueninteressen heute beurteilt werden mag - unstrittig ist: ihre Verbreitung und Institutionalisierung schafft auch in der räumlichen Planung und Forschung neue Informationsbedarfe. Um diese geht es in zwei neuen Publikationen der BfLR:

o Frauen und räumliche Forschung

Zeitschrift "Informationen zur Raumentwicklung", H.8/9 1990

Das Heft der Zeitschrift "Informationen zur Raumentwicklung (IzR) knüpft an die bisherigen Forschungsthemen an: Tendenzen in der Erwerbstätigkeit von Frauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, räumliche Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten usw. Ausgangspunkt ist dabei die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen. Allerdings werden diese Themen im Lichte der Kenntnisse über neuere Tendenzen der Rahmenbedingungen diskutiert: so etwa anhand eines möglicherweise spezifischen (bundes)deutschen Weges in die Dienstleistungsgesellschaft, der Lebensentwürfe von Frauen und ihren Konsequenzen für Familie, Haushaltsbildung, Erwerbs- und Wohnbiographie; den sich neu formierenden Wohnungs- und Arbeitsmärkten in der ehemaligen DDR; der Ansatzpunkte für eine Wirtschaftsförderung, die sich enger an die Ziele der Frauenförderung anlehnen. Das Verhalten von Frauen in städtischen Freiräumen ergänzt diesen Ansatz um einen wichtigen Aspekt der räumlichen Forschung.

o Frauen und räumliche Planung

Reihe "Materialien zur Raumentwicklung", H. 38

Das Heft in der neuen Reihe "Materialien zur Raumentwicklung" (MzR) konzentriert sich auf konkrete Planungsthemen "vor Ort": Vor allem im kommunalen Bereich, aber auch in überkommunalen Ansätzen versuchen Frauen, ihre Interessen in die Planung einzubringen. Lokale Gleichstellungsstellen, kommunale Frauenbeauftragte, örtliche oder überregionale Frauengruppen oder Institutionen mit ähnlicher Themenstellung haben Konzepte und Modelle entwickelt oder derartige Projekte begleitet. Welche Erfahrungen liegen bereits vor, welche neuen Ansätze gibt es? Welche Impulse für die räumliche Forschung lassen sich aus den lokalen Konzepten ableiten? Weiterhin ist das Heft ein Forum zur Diskussion kontroverser Ansichten über Möglichkeiten und Grenzen eines spezifischen weiblichen Ansatzes in der räumlichen Planung und Forschung. Auch stellen sich einige der in diesem Bereich arbeitenden Gruppen vor.

Eine Übersicht über die Themen und AutorInnen sowie ein Bestellformular befinden sich auf der letzten Seite dieses Nachrichtenblattes.

Neuerscheinungen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Informationen zur Raumentwicklung

"Frauen und räumliche Forschung"

IzR 8/9.1990

Inhalt:

H. Häußermann/I. Ostner: Frauenerwerbstätigkeit, Tertiärisierung und Stadtentwicklung. Oder: Verschwindet die Hausfrau?

E. Spiegel: Frau, Familie, Haushalt – neue Haushaltstypen, neue Lebenskonzepte, neue Planungsaufgaben?

H.-U. Müller/G. Seidenspinner: Weibliche Lebensentwürfe und Stadtplanung?

C. Geißler: Wohnung und Arbeitsplatz – Forschungsergebnisse und Folgerungen für planungsrechtliche Festsetzungen

S. Kablsch: Berufstätigkeit und Wohnsituation von Frauen in der ehemaligen DDR

M. Spitthöver: Mehr Freiräume für Frauen. Ein Beitrag zur Berücksichtigung frauenspezifischer Belange in der kommunalen Freiraumplanung

S. Baumgart/I. Janys: Wirtschaftsförderung = Frauenförderung? Ein Diskussionsansatz

Literaturinformation
Forschungsinformation

Materialien zur Raumentwicklung

"Frauen und räumliche Planung"

MzR Heft 38

Inhalt:

M. Grote/K. Müller-Lehnen/D. Reich: Stadtplanung im Spannungsfeld: Von der Bewußtmachung zur Durchsetzung von Fraueninitiativen

K. Gothe/G. Kotzke: Frauenbelange in der Planung – ein Erfahrungsaustausch zwischen Planerinnen und Frauenbeauftragten

M. Rodenstein: Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Frauen in der Planung. Ein Kommentar zu Gothe/Kotzke

S. Stang: Frauen in der Stadt – Stadt für Frauen. Eine Untersuchung der Stadt Dortmund

M. Rohde: Stadtplanung – ein Thema für Frauenbeauftragte

A. Petri: IBA-Emscher Park: Mitwirkungsangebote für Frauen – Zwischenbilanz nach einem Jahr

D. Reich: Frauenprojekte im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park

J. Naumann: Der Beirat für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen in Berlin

K. Zapf: SOLL FRAU oder frau nicht?

Ch. Weiske: Frauenräume

D. Wastl-Walter: Feministische Forschung

D. Schweizer/C. Will: Erwachsenenbildung: Stadtplanung und Stadtgestaltung für Frauen an der Volkshochschule?

Frauen organisieren sich: SRL, DGS, FOPA, BOA

Ausgewählte Veröffentlichungen aus der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Informationen zur Raumentwicklung

Zur Dynamik der regionalen Arbeitsplatzentwicklung

Heft 1.1990, DM 7,--

Zur regionalen Versorgung mit Gesundheitsleistungen

Heft 2/3.1990, DM 14,--

Raumstrukturelle Wirkungen von Großprojekten

Heft 4/5.1990, DM 14,--

Vorankündigung:

Frauen und räumliche Forschung

Heft 8/9.1990, DM 14,--

Bestellschein

Selbstverlag
Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30
5300 Bonn 2.

Hiemit bestelle ich aus dem Selbstverlag
der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde
und Raumordnung

Ex. IzR 8/9.1990 "Frauen und räumliche Forschung"
(je 14,00 DM)

Ex. MzR H. 38 "Frauen und räumliche Planung"
(je 14,00 DM)

Datum

Unterschrift

Liefer- und Rechnungsanschrift

Forschungen zur Raumentwicklung

Stefan Schmitz
Schadstoffemissionen des Straßenverkehrs
in der Bundesrepublik Deutschland
Band 19

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim
Selbstverlag der BfLR, Postfach 20 01 30, 5300 Bonn 2